

fzs-MV

54. Mitgliederversammlung des fzs -11.-13.
März '16 in Marburg

Reader nach der 54. MV

Stand: 17. Juni 2016

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	3
TOP 5: Berichte	8
54-5-1-1 Bericht des Vorstandes	8
54-5-2-1 Bericht zur Arbeit des 53. Ausschusses der Student*innenschaften	22
54-5-3-2 Bericht Ausschuss Internationales	24
54-5-3-3 Bericht des Ausschuss Studienreform zur 54. MV	26
54-5-3-1 Bericht des Ausschusses Verfasste Student*innenschaft/Politisches Mandat zur 54.MV	28
54-5-3-4 Bericht des Ausschusses Finanzen	31
54-5-3-6 Bericht Ausschuss FGP	34
54-5-3-5 Bericht des Ausschuss Sozialpolitik	36
54-5-5 Berichte Antidiskriminierungsbeauftragte	38
TOP 7: Inhaltliche Anträge	42
54-7-I2 Prekäre Personalkategorie der wissenschaftlichen Hilfskräfte abschaffen!	42
54-7-I17 Studis go Blockupy! Block University!	44
54-7-I11 Studierende sind keine Bittsteller*innen – gegen die Delegitimierung studentischer Gremienarbeit	46
54-7-I12 Für eine Verwirklichung der Menschenrechte und gegen Fluchtursachen	48
54-7-I3 Kritische Wissenschaft für alle statt Exzellenz für die Interessen weniger	53
54-7-I14 Solidarität mit den Mitgliedern der ODTÜ – Repressionen stoppen	55
54-7-I1 Internationale Studierendenplattform	58
54-7-I16 Sexismus ist keine Kunst	60
54-7-I15 Positionspapier Service Learning	68

54-7-I4 Weiterentwicklung der Finanzierung des ESU-Pools aus Gutachter*innen für Quality Assurance und Anpassung der Aufwandsentschädigungen für die studentischen Gutachter*innen . .	70
54-7-I21 Nachhaltiger fzs	74
54-7-I13 Unterstützung der Forderung nach einem Hochschulsozialpakt	77
54-7-I19 PEPP stoppen!	80
54-7-I18 Unser Feminismus bleibt Antirassistisch	82
54-7-I20 Nationalismus ist keine Alternative	85
54-7-I5 Ingenieur_innengesetze: Akademische Selbstverwaltung statt zusätzliche Bürokratie	87
54-7-I6 Praxisphasen dualer Studiengänge im Berufsbildungsgesetz absichern	88
54-7-I7 Keine Zusammenarbeit mit der AfD	89
54-7-I8 Ticketstudierende ABSCHAFFEN	92
54-7-I9 Danke für nichts – schafft Alternativen zur institutionellen Leere!	93
54-7-I10 Initiative Transparente Zivilgesellschaft unterstützen	96
54-7-I11 Studierende sind keine Bittsteller*innen – gegen die Delegitimierung studentischer Gremienarbeit	102
Änderungsantrag 54-7-I11-1	102
54-7-I8 Ticketstudierende ABSCHAFFEN	103
Änderungsantrag 54-7-I8-1	103
54-7-I2 Prekäre Personalkategorie der wissenschaftlichen Hilfskräfte abschaffen!	105
Änderungsantrag 54-7-I2-1-15	105
54-7-I12 Für eine Verwirklichung der Menschenrechte und gegen Fluchtursachen	107
Änderungsantrag 54-7-I12-1-101	107
54-7-I1 Internationale Studierendenplattform	109
Änderungsantrag 54-7-I1-3	109
54-7-I4 Weiterentwicklung der Finanzierung des ESU-Pools aus Gutachter*innen für Quality Assurance und Anpassung der Aufwandsentschädigungen für die studentischen Gutachter*innen . .	110
Änderungsantrag 54-7-I4-4	110
54-7-I7 Keine Zusammenarbeit mit der AfD	112
Änderungsantrag 54-7-I7-6	112
54-7-I4 Weiterentwicklung der Finanzierung des ESU-Pools aus Gutachter*innen für Quality Assurance und Anpassung der Aufwandsentschädigungen für die studentischen Gutachter*innen . .	113
Änderungsantrag 54-7-I4-6	113

54-7-I7 Keine Zusammenarbeit mit der AfD	114
Änderungsantrag 54-7-I7-7-9	114
54-7-I6 Praxisphasen dualer Studiengänge im Berufsbildungsgesetz absichern	115
Änderungsantrag 54-7-I6-8	115
54-7-I9 Danke für nichts – schafft Alternativen zur institutionellen Leere!	116
Änderungsantrag 54-7-I9-8; 50	116
54-7-I6 Praxisphasen dualer Studiengänge im Berufsbildungsgesetz absichern	117
Änderungsantrag 54-7-I6-9	117
54-7-I3 Kritische Wissenschaft für alle statt Exzellenz für die Inter- essen weniger	118
Änderungsantrag 54-7-I3-15	118
54-7-I1 Internationale Studierendenplattform	119
Änderungsantrag 54-7-I1-17	119
54-7-I9 Danke für nichts – schafft Alternativen zur institutionellen Leere!	120
Änderungsantrag 54-7-I9-28-29	120
54-7-I8 Ticketstudierende ABSCHAFFEN	121
Änderungsantrag 54-7-I8-54-7-I8 Ä1	121
Änderungsantrag 54-7-I8-alle	123
54-7-I12 Für eine Verwirklichung der Menschenrechte und gegen Fluchtursachen	124
Änderungsantrag 54-7-I12-Modifikationsantrag 2 an den Ände- rungsantrag des AStA Marburg	124
Änderungsantrag 54-7-I12-Modifikationsantrag 1 an den Ände- rungsantrag des AStA Marburg	125
54-7-I7 Keine Zusammenarbeit mit der AfD	126
Änderungsantrag 54-7-I7-Änderungsantrag des ASTA Marburg .	126
54-7-I5 Ingenieur_innengesetze: Akademische Selbstverwaltung statt zusätzliche Bürokratie	127
Änderungsantrag 54-7-I5-ergänzend nach Zeile 11	127

TOP 8: Strukturelle Anträge 128

54-8-St17 Mindestanforderung an Berichte	128
54-8-St6 Live-Streaming der AS-Sitzungen ermöglichen	129
54-8-St2 Transparenz statt Klüngerlei – Einrichtung eines politischen Beirats	131

54-8-St4 Partizipationshürden senken – Erarbeitung eines Wikis zur Hochschulpolitik	133
54-8-St3 Mitglieder transparent aufführen und vorstellen	134
54-8-St5 Visualisierung des Haushalts des fzs nach OpenSpending . .	135
54-8-St1 Einrichtung eines AK „Lifelong Learning“	137
54-8-St7 Beschlüsse wirklich umsetzen und deren Umsetzung nachverfolgen können	139
54-8-St8 Aufgaben des AS in alternative Strukturen überführen . . .	140
54-8-St9 Live-Streaming der MV endlich umsetzen	142
54-8-St10 Verständnis linker Hochschulpolitik definieren	144
54-8-St11 Strategie entwickeln um Ziele zu erreichen	153
54-8-St12 Indikatoren und Kennzahlen definieren um den Erfolg der Verbandsarbeit evaluieren zu können	154
54-8-St13 Klimaneutrale Verbandsveranstaltungen durchführen	155
54-8-St14 Auflösung von Arbeitskreisen	156
54-8-St15 Webseite zeitnah veröffentlichen oder Projekt begraben . .	159
54-8-St16 Fahrtenbuch abschaffen	160
54-8-St17 Mindestanforderung an Berichte	162
Änderungsantrag 54-8-St17-7	162
54-8-St16 Fahrtenbuch abschaffen	163
Änderungsantrag 54-8-St16-alle	163
54-8-St14 Auflösung von Arbeitskreisen	165
Änderungsantrag 54-8-St14–	165
54-8-St8 Aufgaben des AS in alternative Strukturen überführen . . .	166
Änderungsantrag 54-8-St8-alle	166
54-8-St2 Transparenz statt Klüngerlei – Einrichtung eines politischen Beirats	167
Änderungsantrag 54-8-St2-alle	167
54-8-St1 Einrichtung eines AK „Lifelong Learning“	168
Änderungsantrag 54-8-St1-alle	168
54-8-St7 Beschlüsse wirklich umsetzen und deren Umsetzung nachverfolgen können	169
Änderungsantrag 54-8-St7-alle	169
54-8-St11 Strategie entwickeln um Ziele zu erreichen	170
Änderungsantrag 54-8-St11-alle	170
54-8-St12 Indikatoren und Kennzahlen definieren um den Erfolg der Verbandsarbeit evaluieren zu können	171
Änderungsantrag 54-8-St12-alle	171

TOP 9: Änderungen von Satzungen und Ordnungen	172
54-9-1-S1 Namensänderung	172
Änderungsantrag 54-9-1-S1-1	174
Änderungsantrag 54-9-1-S1-1ff.	176
54-9-2-GO2 Anpassung der harmonischen Redeliste	178
54-9-2-GO1 Geschlechtergerechtigkeit von Anträgen sicherstellen . . .	180
54-9-2-GO2 Anpassung der harmonischen Redeliste	182
Änderungsantrag 54-9-2-GO2-15	182
54-9-3-F1 Haushalt des fzs veröffentlichen	183
54-9-4-W1 Vorstand mündlich befragen	184
TOP 10: Wahlen	185
Bewerbung 54-10-1-AS1 AStA Marburg	185
Bewerbung 54-10-1-AS5 StudierendenRat Uni Heidelberg	187
Bewerbung 54-10-1-AS2 AStA Uni Lüneburg	188
Bewerbung 54-10-1-AS3 StuRa Freiburg	190
Bewerbung 54-10-1-AS8 AStA Uni Duisburg-Essen	192
Bewerbung 54-10-1-AS6 Studierendenschaft Uni Hannover	194
Bewerbung 54-10-1-AS7 AStA/SprecherInnenrat Universität Passau .	195
Bewerbung 54-10-1-AS4 Student*innenschaft Universität Vechta . . .	196
Bewerbung 54-10-3-HF1 Christian Cordts	197
Bewerbung 54-10-AD1 Corinna „Coo“ Kalkowsky	198
Bewerbung 54-10-KPA4 Anna Kirchner	199
Bewerbung 54-10-KPA5 Jan Cloppenburg	200
Bewerbung 54-10-KPA-1 Daniel Janke	201
Bewerbung 54-10-KPA-2 Verena Pintatis	202
Bewerbung 54-10-KPA-3 Matthias Schröder	203
Bewerbung 54-10-ASR-1 Vincent Orth	204
Bewerbung 54-10-ASR-2 Philipp Droll	205
Bewerbung 54-10-HF-2 Tine Möller	206
TOP 11: Initiativanträge	207
54-11-1 Solidarität mit „Reclaim Feminism“	207
54-11-2 „Keine Zusammenarbeit mit der AfD“ nach den Landtags- wahlen inBaden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen- Anhalt und derKommunalwahl in Hessen	208

54-5-1-1

AntragstellerInnen: Vorstand

Gegenstand: TOP 5: Berichte

Bericht des Vorstandes

1 Schwerpunktsetzung in der Arbeit des Vorstandes

2 Der Vorstand befasst sich mit einer Reihe von Themen und arbeitet mit einer
3 großen Zahl von Arbeitsgruppen, Bündnissen und Organisationen zusammen,
4 sodass eine grobe Arbeitsaufteilung unerlässlich ist. Die Unterstützung bzw.
5 Kooperation von Ausschüssen und Landesstudent*innenvertretungen wurden
6 daher auf verschiedene Personen verteilt. Themen wurden grob zugewiesen,
7 ansonsten wird die anfallende Arbeit meist nach zeitlicher und örtlicher Ver-
8 fügbarkeit vergeben.

9 Der Schwerpunkt der Vorstandstätigkeit liegt auf der Bildungsarbeit im Rah-
10 men von Seminaren, der Organisation von Kampagnen, Öffentlichkeitsarbeit
11 und medialer Kommentierung politischer Ereignisse, der Begleitung und Unter-
12 stützung von Arbeitskreisen und Ausschüssen des fzs sowie der Unterstützung
13 von lokalen Studierendenvertretung und Bündnissen.

14 Zusätzlich fallen diverse administrative Aufgaben an, wie etwa die Finanzver-
15 waltung. Zur Haushaltserfüllung und -planung wird separat berichtet.

16 Im Laufe der Amtszeit wurden mit einer Reihe von Funktionär*innen und
17 Verbänden Gespräche über Kooperationen geführt. Diese werden in Zukunft
18 zu konkreten Projekten und Kampagnen fortgesetzt. An dieser Stelle sei schon
19 hervorgehoben, dass gemeinsam mit dem BdWi ein Studienheft veröffentlicht
20 wurde und zukünftig ein Forum Wissenschaft veröffentlicht wird, dass sich
21 mit dem „Politischen Mandat“ befasst. Der Ausschuss VSPM wird eine Reihe
22 von Artikeln zu dieser Publikation beisteuern. Ebenfalls ist die Beteiligung an
23 einem Heft zum Thema Lehrer*innenbildung in Planung. Darüber hinaus soll

24 mit der GEW ein Flyer zu Arbeitsverhältnissen studentischer Beschäftigter
25 herausgegeben werden.

26 Dieser Bericht kann selbstverständlich keine vollständige Auflistung aller Ter-
27 mine, Gespräche, administrativen Arbeiten und produzierten Texte liefern.
28 Das alltägliche Geschäft, Beratungsangebote, Infrastrukturarbeit, der Bear-
29 beitung von Anfragen sowie die Betreuung von Arbeitnehmer*innen und der
30 Geschäftsstelle bleiben weitestgehend unsichtbar. Vorbereitungssitzungen und
31 Absprachen mit Bündnispartner*innen nehmen selbstverständlich einen Teil
32 der Arbeit ein und sind wichtig für den Verein. Eine Auflistung von Terminen
33 ohne Erläuterung erscheint wenig aufschlussreich. Daher beschränken wir uns
34 an vielen Stellen darauf, Themenschwerpunkte zu erläutern.

35 **Seminare**

36 Seit dem Beginn unserer Amtszeit haben diverse Seminare stattgefunden. Da
37 das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) für dieses Jahr 23
38 Seminare unterstützt, ist der Organisationsaufwand ziemlich groß und teilwei-
39 se der Bewerbungszeitraum gering. Trotz dieser Schwierigkeiten musste bislang
40 lediglich ein Seminar mangels Teilnehmer*innen abgesagt werden. Das lag vor
41 allem daran, dass dieses Seminar genau zwischen Amtszeiten und darüberhin-
42 aus an dem nicht gerade zentralen Ort Binz stattfinden sollte. Die Seminare
43 waren in der Regel gut besucht und wurden gut von den Teilnehmer*innen
44 bewertet. Dennoch möchten wir die Qualität, gerade bei den Seminaren für
45 Fortgeschrittene, steigern. Neu ist dieses Jahr, dass einige Seminare in der
46 Geschäftsstelle stattgefunden haben. Dies eröffnet die Möglichkeit einem be-
47 grenzten Teilnehmer*innenkreis zu sehr geringen Kosten weitere Seminare an-
48 zubieten und damit das Seminarangebot zu verbreitern. Allerdings stellt sich
49 der Umfang an Reproduktionsarbeit deutlich höher dar als bei Seminaren in
50 Jugendherbergen. Insgesamt hat die hohe Anzahl an Seminaren und sonsti-
51 ger Bildungsarbeit dazu geführt, dass die politische Bildungsarbeit – even-
52 tuell noch mehr als sonst üblich – einen Schwerpunkt der Vorstandsarbeit
53 darstellt(e).

54 **Seminare – durchgeführt**

55 **23.-25.10.15 Professionell beraten – Seminar für BAföG- 56 Berater*innen und Sozial-Referent*innen (Berlin)**

57 Das Seminar gab einen Einblick in die wichtigsten Punkte der BAföG-
58 Beratung. Außerdem stellte Matze von der GEW die Änderungen und For-
59 derungen zum laufenden Gesetzgebungsprozess vor und gab einen Einblick,

60 welche politischen Perspektiven auf die Studienfinanzierung geschlossen wer-
61 den können.

62 **20.-22.11.15 Inklusion und Transformation (Mannheim)**

63 Zu diesem Treffen kamen verschiedene Referent*innen, die zu Inklusion an
64 Hochschulen arbeiten. Neben dem Austausch, was vor Ort passiert und wie
65 positive Aufmerksamkeit zu generieren ist, gab es inhaltliche Workshops, um
66 den Teilnehmer*innen inhaltliche Argumentation zur Seite zu stellen.

67 **27.-29.11.15 Grundlagen des Arbeits- und Sozialversicherungsrechts
68 für Studierendenvertretungen (Berlin)**

69 Das Seminar fand in der Geschäftsstelle in Berlin statt. Dort wurden Menschen
70 aus Strukturen der studentischen Selbstverwaltung mit Personalverantwortung
71 wichtige Kenntnisse über die Rolle als Arbeitgeber*innen weitergegeben. Die
72 Finanz- und Personalverantwortung in Student*innenschaften wurde von Ex-
73 pert*innen (juristisch) ins Bewusstsein gerufen und praxisnah erläutert.

74 **04.-06.12.15 Hochschulsteuerung in Zeiten der Spar- und Krisenpo-
75 litik (Tübingen)**

76 In dem Seminar wurde ausgehend von einer Analyse der deutschen, europäi-
77 schen und der internationale neoliberalen Sparpolitik und ihre Konsequenzen
78 für gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse ermittelt, wie sich die Hochschul-
79 steuerung in Deutschland verändert hat. Dazu wurde nach konkreten politi-
80 schen Interventionsstrategien im europäischen Raum gesucht. Die Beispiele,
81 die dabei beluchtet wurden, konnten in verschiedenen Workshops genutzt wer-
82 den, um politische Praxen innerhalb der Hochschulpolitik zu erarbeiten. Das
83 Seminar war daher auch ein Vorarbeit zu Kampagnen und strategischer Öff-
84 fentlichkeitsarbeit

85 **11.-13.12.15 Wa(h)re Liebe – Zwischenmenschliche Beziehungen und
86 Liebe in Zeiten eines flexibilisierten und internationalisierten Studi-
87 ums (Berlin)**

88 Die Teilnehmer*innen wurden im Rahmen dieses Seminars dazu angeregt, aus-
89 gehend von als privat markierten Praxen gesamtgesellschaftliche Verhältnisse
90 zu reflektieren. Schließlich wurden Strategien, wie Diskriminierungen abgebaut
91 werden können, entwickelt.

92 **Vernetzung- und Vorbereitungstreffen für das festival contre le ra-
93 cisme**

94 Das Vorbereitungstreffen wurde genutzt, um verschiedene Organisationsgrup-
95 pen zusammen zu bringen und offene Fragen zur Kampagnen Arbeit vor Ort
96 und der Organisation eines festivals zu klären. Neben zwei inhaltlichen Work-
97 shops – zum einen zum Thema Antiziganismus aus einer gesellschaftskriti-
98 schen Perspektive und zum anderen zur sozialen Lage von ausländischen Stu-
99 dent*innen, der vom BAS beigesteuert wurde – gab es die Möglichkeiten des
100 Methodentrainings und offene Fragen im Plenum zu klären. Das festival fin-
101 det vom 1. bis zum 10. Juni zum 13. Mal dezentral statt. Das heißt, es wird
102 an vielen Orten einen bunten Strauß an Vortragen, Seminaren, künstlerischen
103 Auftritten, Aktionen, Demos und Konzerten gegen Rassismus geben. Auch die-
104 ses Jahr werden wieder die Themen „Flucht und Asyl“ behandelt, konkret wird
105 der Kampf gegen Antiziganismus vorangetrieben. Das Motto ist daher „Anti-
106 ziganismus“. Ein Aufruf wird in den kommenden Wochen veröffentlicht.

107 **Seminare – Aktuell in Arbeit**

108 **19.-21.02.16 Hochschulpolitischer Winterkongress – Ausschluss, Het- 109 ze und Kriminalisierung als Bedingungen des Kapitalismus (Wiesba- 110 den)**

111 Dieses Jahr möchten wir beim Winterkongress den Fokus auf Herrschafts-
112 verhältnisse legen. Hier werden einige Fäden inhaltlicher Auseinandersetzun-
113 gen zusammengeführt, die schon bereits in vorherigen Seminaren aufgegrif-
114 fen wurden. Inhaltlich und organisatorisch ist die Planung abgeschlossen, die
115 Bewerbung ist über verschiedene Kanäle (eMail, Social Media, Flyer, MV-
116 Verschickung) angelaufen.

117 **Überblicksseminar Hochschulpolitik für Einsteiger*innen**

118 *26.-28.02.16 – Halle (Saale)*

119 Wie jedes Jahr wird es auch dieses Jahr mehrere HoPo-Seminare für Einstei-
120 ger*innen geben. Dabei geht es darum, Personen, die neu in der Hochschulpo-
121 litik sind, einen Überblick in die verschiedenen Felder zu geben. Das Ziel ist,
122 diese Referent*innen oder Mitglieder vom StuPa/ StuRa einen guten Start in
123 die Aufgaben zu geben, ohne dabei den kritischen Blick für die Verhältnisse
124 zu verlieren.

125 Speziell bei diesem Seminar wurde versucht vor allem Frauen* als Refe-
126 rent*innen zu gewinnen, was auch geglückt ist. Auch hier hat sich die Not-
127 wenigkeit bestätigt, gerade Referentinnen sehr frühzeitig zu kontaktieren. Die
128 Planung des Seminars ist vollständig abgeschlossen.

129 **09.-11.03.16 Frauen* in der Student*innenbewegung (Marburg)**

130 Dieses Seminar soll neben einer historischen Annäherung an die Beteiligung
131 von Frauen* in der Student*innenbewegung auch ganz konkret Zustände vor
132 Ort beleuchten und Wege aus der scheinbaren Sackgasse männlicher domi-
133 nierter Räume gemeinsam solidarisch ausfindig machen. An der Konzeption
134 und Organisation des Seminars sind die Ausschüsse frauen- und genderpolitik
135 und Verfasste Student*innenschaft/Politisches Mandat gemeinsam mit dem
136 Vorstand beteiligt. Die Planung des Seminars ist abgeschlossen. Gegenwärtig
137 läuft die Referent*innensuche und die Drittmittelakquise. Die Bewerbung des
138 Seminars startet in diesen Tagen.

139 **01.-03.07.16 Internationale Bewegung. Internationale Politik. Fokus**
140 **Europa (Frankfurt am Main)**

141 Aktuell planen die Ausschüsse Internat, VSPM und der Vorstand unter dem
142 oben genannten Arbeitstitel einen internationalen Kongress, der studentische
143 Organisationen bzw. Bewegungen und ihre Bündnispartner*innen zu einem
144 Austausch über Praxen, Strategien und Organisationsformen birgen soll. Die-
145 ser Austausch über die Form von politischer Arbeit fußt auf aktuellen politi-
146 schen Missständen gegen Strategien ausgearbeitet werden müssen.

147 Momentan wird international zu diesem Kongress eingeladen. Dabei werden
148 der inhaltliche Fokus und die Fragestellungen weiter konkretisiert. Der Pro-
149 zess der Finanzeinwerbung für ein solch aufwändigen und eher kostspieligen
150 Kongress ist noch nicht vollends abgeschlossen.

151 **Weitere Bildungsarbeit**

152 Weiterhin wurden wir auch von einzelnen Studierendenschaften oder Grup-
153 pen angefragt, Vorträge oder Workshops zu halten oder an Podiumsdiskussio-
154 nen teilzunehmen. Gerne können uns Studierendenschaften für Vorträge oder
155 Workshops anfragen. Neben hochschulpolitischen Themen haben wir auch wei-
156 tere Themen z.B. zu Antidiskriminierung in Petto. Und wenn dies nicht der Fall
157 ist, kennen wir bestimmt Personen, an die wir euch weiterleiten können.

158 **Vorträge/ Workshops**

159 Es wurde extern und intern zu verschiedenen Themen Workshops oder Vorträ-
160 ge angeboten. Selbstverständlich bildet die Liste nicht abschließend alle Bil-
161 dungsangebote ab, die im Repertoire des Vorstandes stehen. Auch wird hier
162 nicht abgebildet wie oft, wo und wann die Inhalte angeboten wurden, denn das
163 wäre zum Teil redundant. Hier soll vielmehr der Eindruck erweitert werden
164 zu welcher Bandbreite an Themen ein direktes Bildungsangebot bereitgestellt

165 wurde. Dass die Themen, die Hochschule im engeren Sinne betreffen, mehrfach
166 und zu vielen Gelegenheiten bearbeitet wurden, liegt in der Natur der Sache.

167 Free education vs. Social requirement

168 Einführung in die Hochschulpolitik

169 Rassismus an Hochschulen

170 Rassistischer Feminismus? What the fuck?!

171 Anert Europa – Studierendenprotestvernetzung in Europa nach Bologna

172 Akkreditierungswesen

173 Soziale Mutterschaft und Leistungsideologie in der studentischen Selbstverwal-
174 tung

175 Pränataldiagnostik – Einfluss auf Inklusionspolitik

176 Inklusion und Schule aus einer Herrschaftskritischen Perspektive

177 Kritische Theorie und Bildung

178 Öffentlichkeitsarbeit studentischer Organisationen

179 Hochschulfinanzierung und Hochschulsteuerung (in Zeiten neoliberaler Krisen-
180 politik)

181 Kampagnentraining (zu diversen Themen)

182 Projektfinanzierung

183 Digitalisierung der Hochschule

184 Anwesenheitspflicht

185 **Mitglieder**

186 Die Studierendenschaften der Uni Magdeburg, Uni Marburg, PH Weingarten
187 und die Studierendenschaft der HS Albstadt-Sigmaringen haben sich seit Sep-
188 tember für eine Mitgliedschaft im fzs entschieden. Außerdem sind wir weiterhin
189 in Gesprächen mit Studierendenschaften, um für die Mitgliedschaft zu werben
190 und um die sehr positive Mitgliederentwicklung der letzten Monate weiter vor-
191 anzutreiben.

192 **Wissenschaftszeitvertragsgesetz**

193 Der fzs hat sich, vertreten durch den Vorstand, intensiv in die Debatte um die
194 Novellierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes eingebracht. Hierzu wurden

195 gemeinsame Briefe an Abgeordnete mit 12 Landesstudierendenvertretungen so-
196 wie Gewerkschaften und Verbänden verfasst, eine Stellungnahme im Wissen-
197 schaftsausschuss des Bundestages abgegeben, sowie umfangreiche Pressearbeit
198 betrieben. Die Novelle war auch ein (Mit-)Fokus des Aktionstages am 1.12.
199 (s.u.). Durch die intensive Arbeit von Studierenden konnte verhindert werden,
200 dass eine Höchstbefristungsdauer von vier Jahren für Hilfskräfte eingeführt
201 wurde, welche im Kabinettsentwurf vorgesehen war. Außerdem konnten klei-
202 nere Fortschritte im Bereich der Drittmittelstellen erreicht werden. Die Novelle
203 verbleibt jedoch unzureichend.

204 **Arbeitsverhältnisse**

205 Auch außerhalb der gesetzlichen Ebene standen Auseinandersetzungen um Ar-
206beitsverhältnisse (an Hochschulen) im Zentrum einiger Arbeit des 2. Halb-
207 jahres 2015. So setzte sich bspw. der Arbeitskampf der Studierenden an der
208 Universität Frankfurt um einen Tarifvertrag fort. Der fzs unterstützte bei Pres-
209 searbeit und Aktionen, ebenso wie Initiativen von und mit Hilfskräften in wei-
210 teren Städten unterstützt wurden. Am 1.12. wurde auch vom fzs zu dezentralen
211 Vollversammlungen zum Thema studentische Beschäftigungsverhältnisse auf-
212 gerufen, die in zahlreichen Städten stattfanden und oftmals den Anstoß für
213 sich bildende Initiativen studentischer Beschäftigter boten.

214 **Bildungsproteste**

215 Das Zentrum des Bildungsprotests 2015 war so unzweifelhaft wie vielleicht
216 unerwartet in Landau zu finden. Die Proteste unter den Mottos #landau-
217 landunter und #meutern wurden vom fzs durch Materialerstellung, Solidari-
218 tätsarbeit sowie mit strategischer Beratung und politischen Bildungsangeboten
219 unterstützt. Mehrfach waren Vorstands- und Ausschussmitglieder zum Protest-
220 Support in Landau. Mit einem Redebeitrag auf der Demonstration in Mainz
221 sowie in mehreren Vollversammlungen in Landau selbst wurde die Solidarität
222 weiterer Strukturen überbracht. Weiterhin gab es Proteste in Frankfurt am
223 Main und Aktionen in Regensburg. Auch hier wurde versucht Solidaritätsar-
224 beit zu leisten. Der Fokus lag dabei auf den Arbeitskämpfen in Frankfurt. Sie
225 galten als Fanal für den Aktionstag studentischer Beschäftigter am 1.12.

226 **Lernfabriken ... meutern!**

227 Der Vorstand unterstützt weiterhin die Kampagne Lernfabriken ... meutern!
228 Im Januar gab es ein Vernetzungstreffen der Sektion Bayern in Würzburg,
229 zu dem eine Reihe lokaler Protestgruppen (auch außerhalb von Bayern) kam.
230 Nach diesem erfolgreichen landesweiten Treffen wird es nun weitere überre-
231 gionale Vernetzungen geben, zu denen alle lokalen Protestgruppen eingeladen

232 sind. Das nächste Treffen findet vom 4. bis 6. März in Frankfurt am Main
233 statt. Im Rahmen dieses Treffens sollen Kampagnen Material und der Zeit-
234 plan kommender Aktionen abgestimmt werden. Der Vorstand unterstützt die
235 Organisation. Darauf folgend findet ein Treffen in Landau vom 8.-10. April
236 statt. Dort werden die finalen Aktionen für den Sommer geplant und gegen-
237 seitige Unterstützungen für die Teaserevents koordiniert.

238 Der Aktionszeitraum für den Sommer wurde vorläufig vom 13.-26. Juni termi-
239 niert.

240 **Hochschulstatistikgesetz**

241 Der Vorstand des fzs wurde als Sachverständiger zur Anhörung des Hochschul-
242 statistikgesetzes im Wissenschaftsausschuss des Bundestages geladen. Hierzu
243 wurde eine eine schriftliche Stellungnahme eingereicht und die Position des fzs
244 auch gegenüber der Öffentlichkeit vertreten.

245 **Hochschulfinanzen**

246 Es wurde ein Recherchestelle eingestellt und betreut, die sich mit der schie-
247 ren Unmenge an wettbewerblich vergebenen Mitteln befasst hat. Dazu wurde
248 ein Überblick über die geplanten und bestehenden Finanzpakete, unter Berück-
249 sichtigung des Finanzvolumens, Antragsbedingungen und der Vergabekriterien
250 erstellt. Weiterhin wurde recherchiert, zu welchen Bedingungen und gemäß wel-
251 cher Indikatoren leistungsorientierte Mittel in den einzelnen Bundesländern
252 vergeben werden. Zusätzlich soll ein Überblick über die Transparenzgesetze
253 der einzelnen Bundesländer erstellt werden. Dies ist gerade noch in Arbeit.

254 **BAföG**

255 Auf die fortbestehenden Defizite und die Probleme der zeitlichen Verschlep-
256 pung der letzten BaföG-Novelle hat der fzs intensiv hingewiesen. Der fzs ist
257 weiter tragender Akteur im studentischen Bafög-Bündnis, welches umfangrei-
258 che Aktionen und Kongresse für die Zeit bis 2017 plant. Zum 1.1.2016 konn-
259 te zumindest eine Vorziehung der früheren Bezugsmöglichkeit für Geflüchtete
260 erreicht werden. Zum Thema wurde mit Gewerkschaften, Hochschulgruppen-
261 verbänden und dem DSW zusammengearbeitet.

262 **Internationales**

263 Im Bereich Internationales wurde neben der Ausschreibung und Entsendung
264 von Delegationen zu ESU-Veranstaltungen (European Students Union) vor al-
265 lem bezüglich des Internationalen Kongresses, welcher für Anfang Juni geplant

266 ist, gearbeitet. Hierfür wurde in Zusammenarbeit mit dem Ausschuss Interna-
267 tionales ein Konzept entwickelt. Darüber hinaus arbeitet der fzs in der Interna-
268 tional Cooperation Working Group von ESU mit. Durch die weitere Mitarbeit
269 in der Gruppe TOPICS war ein Mitglied des Vorstandes in Luxembourg auf
270 dem Kongress „Anert Europa“ der UNEL (Luxemburgische Studivertretung)
271 und referierte dort über Studierendenprotestvernetzung nach Bologna in Eu-
272 ropa.

273 **Antifa/Antira**

274 In der Aktualität der Geflüchtetenpolitik haben wir uns mehrfach für einen
275 menschlicheren Umgang mit Geflüchteten eingesetzt. Dies betrifft insbesondere
276 den Hochschulzugang für Geflüchtete, der nach der Asylgesetzverschärfung im
277 Herbst 2015 für viele unmöglich gemacht wurde. Ebenso wurde Vernetzungs-
278 und Koordinationsarbeit zu verschiedenen Modellen des Hochschulzugangs für
279 Geflüchtete, sowie Arbeit bezüglich der Studienfinanzierung von Geflüchteten
280 durchgeführt.

281 Das festival contre le racisme befindet sich derzeit in der Vorbereitungsphase.
282 Schwerpunkte der Kampagne sind derzeit die Arbeit gegen „Antiziganismus“
283 auch vor dem Hintergrund von aktuellen Asylregelungen. Der Aktionszeitraum
284 des diesjährigen festivals liegt vom 1.-10. Juni. Ein Aufruf wird derzeit formu-
285 liert.

286 Es gab mehrere Treffen im kleinen Rahmen und ein größeres Vernetzungstref-
287 fen mit Gruppen der kurdischen Studierendenvertretung. Diese Treffen waren
288 sehr hilfreich, da so Vorurteile abgebaut und über die gegenseitige Arbeit ge-
289 sprochen werden konnte.

290 **Genderpolitik**

291 Im Herbst haben an vielen Hochschulstandorten die Aktionstage gegen Sexis-
292 mus und Homophobie im Rahmen der *gesellschaft macht geschlecht* Kampa-
293 gne stattgefunden.

294 Darüber hinaus hat der Ausschuss fgp das Seminar „Wa(h)re Liebe“ durchge-
295 führt und plant derzeit weitere Seminare gemeinsam mit dem Vorstand.

296 Verstärkte Aufmerksamkeit verdiente besonders seit Januar das Thema „Pick-
297 up-artists“, da es hier zu einer Klage gegen die Studierendenschaft der Uni-
298 versität Frankfurt kam. Bezüglich der Klage hat der fzs solidarische Presse-

299 sowie Koordinationsarbeit geleistet, um gegen die Einschränkung des politi-
300 schen Mandats sowie die Zensur der Debatte um Sexismus vorzugehen. An-
301 gesichts angekündigter weltweiter Versammlungen von ultrasexistischen Män-
302 nern am 6.2. wurde umfassende Informationsarbeit von Schottland bis Mün-
303 chen durchgeführt und zu Gegenaktionen mobilisiert. Diese Geschehnisse zei-
304 gen uns, dass der Kampf gegen sexualisierte Gewalt, insbesondere der gesell-
305 schaftlich angesehenen, wichtig ist und weitergeführt werden muss.

306 **Inklusion und Enthinderungspolitik**

307 Im Rahmen des Seminars „Inklusion und Transformation“ haben wir uns kri-
308 tisch mit dem Inklusionsbegriff auseinandergesetzt. Weiterhin achten wir ver-
309 stärkt auf die Barrierefreiheit sämtlicher Veranstaltungen. Zudem sind die zu-
310 grunde liegenden Ausgrenzungsverhältnisse Thema der Kampagne Lernfabri-
311 ken . . . meutern! So wurden bereits zahlreiche Flyer verteilt und Demojingle
312 abgespielt, die die gesellschaftliche Konstruktion von Krankheit und Behinde-
313 rung kritisieren und für den Abbau von Barrieren eingesetzt werden können. Zu
314 einer Zusammenarbeit mit Betroffenenorganisationen ist es bisher leider nur in
315 an wenigen Stellen gekommen. Mit den großen Bündnissen und Dachverbän-
316 den konnten wir trotz Anfragen noch keine dauerhafte Kooperation aufbauen.
317 Lediglich die Vernetzung mit den jeweiligen (autonomen) Referaten lokaler
318 Student*innenvertretungen ist im Rahmen des Seminars gelungen. Der Vor-
319 stand hat eine kleine Liste von Referent*innen und eigene Workshops zum
320 Thema, sodass bei Bedarf inhaltlich Zuarbeit für lokale Strukturen geleistet
321 werden kann.

322 **Bio- und Körperpolitik**

323 Bei mehreren Veranstaltungen des fzs haben wir eine Referentin eingeladen,
324 um die Arbeit zu diesem Thema zu vertiefen.

325 Weiterhin bearbeiten wir die Entwicklungen zur möglichen Einführung des
326 Pauschalierenden Entgeltsystems Psychiatrie und Psychosomatik (PEPP).

327 **Weitere Themen**

328 Außerdem hat sich der Vorstand im Rahmen der Interessensvertretung und
329 Öffentlichkeitsarbeit mit folgenden Themen auseinandergesetzt: Wohnungs-
330 bauprogramm (Vario-Wohnungen) des BMUB, Exzellenzinitiative, sowie der
331 Novellierung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes. Zu letzterem wurde an
332 einer Anhörung im Niedersächsischen Landtag teilgenommen und dies presse-
333 öffentlich begleitet.

334 **Hochschulwatch**

335 Das Projekt Hochschulwatch von fzs, transparency international und taz.die ta-
336 geszeitung hat in diesem Jahr den Otto-Brenner-Preis für kritischen Journalis-
337 mus gewonnen. Der fzs hat eine Recherchestelle für das Projekt zu Hochschul-
338 finanzierung bereitgestellt, die die Hochschuldatenbank erweitern soll. Dabei
339 liegt der Fokus ihres Augenmerks auf den Gebühren, die private Hochschule er-
340 heben. Aktuell werden die konkreten Arbeitsverbindungen zwischen Stiftungs-
341 professuren und ihren Stifter*innen untersucht. Konkret geht es um die Frage,
342 wie direkt ihre Forschungsarbeit für ihre speziellen Geldgeber*innen verwert-
343 bar sind und inwiefern Daten unmittelbar und evtl. ausschließlich von dieser
344 Seite genutzt werden.

345 **Homepage**

346 Teil der Übergabe vom letzten auf den jetzigen Vorstand war das Projekt de
347 Homepage- und eMailumzugs. Leider war der angedachte Zeitplan im Verhält-
348 nis zu den zur Verfügung stehenden Mitteln im Haushalt zu ambitioniert, so
349 dass sich außer im Rahmen von ehrenamtlicher Laienarbeit seitens des Vor-
350 standes seither nichts auf der bestehenden Demoseite getan hat. Der derzeiti-
351 ge Zustand der Demowebpräsenz erlaubt kein Livegehen der Seite, zumal sich
352 herausgestellt hat, dass der derzeitige Webserver zu langsam für die gestellten
353 Anforderungen ist.

354 Insgesamt ergibt sich das Bild, dass sowohl am Hosting, am Design, an der
355 Struktur und der Datenübertragung von der alten auf die neue Webseite noch
356 erheblich nachgebessert werden muss. Die Notwendigkeit einer Aktualisierung
357 des Internetauftritts des Verbandes und all der Nebenschauplätze wird inner-
358 halb des Vorstandes gesehen und im Rahmen des Möglichen bearbeitet.

359 **Büro**

360 Im Büro wurden einige Anschaffungen getätigt, um die Arbeit für die An-
361 gestellten zu erleichtern. Hierzu gehören vor allem neue Bürostühle für die
362 Mitarbeiter*innen.

363 Weiterhin haben wir neue Betten angeschafft und eingerichtet, um mehrere
364 Personen in der Geschäftsstelle unterbringen zu können. Mit diesen Maßnah-
365 men konnte die maximale Übernachtungskapazität der Geschäftsstelle verdop-
366 pelt werden.

367 **Vorstandssitzungen**

368 Es fanden mehrere Vorstandssitzungen statt. Auf diesen wurden Aufgaben und
369 Zuständigkeiten besprochen sowie Seminare geplant. Die Seminarorganisation
370 und die Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle wurden reflektiert und weiter

371 entwickelt. Auf ein bis zwei Telefonkonferenzen pro Woche wurde die Arbeit
372 zu viert koordiniert und kurzfristige Entscheidungen getroffen.

373 **Landesstudierendenvertretung**

374 Wir versuchen möglichst häufig an Treffen der Landesstudierendenzusam-
375 menschlüsse teilzunehmen. So waren wir z.B. bei Sitzungen der LAK Nie-
376 dersachsen, dem RASt NRW, der KSS, der LaStuVe Baden-Württemberg und
377 Bayern, der KTS, der LAK Hessen (...).

378 Außerdem haben wir am Vernetzungstreffen der Landesstudierendenvertretun-
379 gen in Würzburg teilgenommen.

380 **Vernetzungstreffen/ Bündnistreffen**

381 Wir haben verschiedenste bundesweite Treffen wahrgenommen. So z.B. Treffen
382 des BAföG-Bündnisses, das Kuratorium der Deutschen Studentenwerke (sic!),
383 des Aktionsbündnisses gegen Studiengebühren.

384 **Publikationen**

385 Das Studienheft Nr. 10 wurde gemeinsam mit dem BdWi, der ÖH und der
386 GEW herausgegeben. Es beschäftigt sich mit dem Thema „Naturalisierung.
387 Beiträge der Wissenschaft zur Legitimation von Armut und Ausgrenzung“ und
388 kann in der fzs-Geschäftsstelle bestellt werden. Bis zur MV sind noch weitere
389 Herausgaben und Überarbeitungen von Flyermaterial geplant.

390 **Social Media**

391 Die Social-Media Präsenzen des fzs wurden gepflegt, es konnten in einigen Be-
392 reichen deutliche Reichweitensteigerungen erreicht werden. So wurden die Likes
393 der fzs-Seite um 186 auf 2023 gesteigert, die maximale Reichweite einzelner
394 Beiträge betrug 13.554. Im Monat Dezember hat die fzs-Seite über 45.000 Per-
395 sonen erreichen können. Die gesellschaft*macht*geschlecht-Seite konnte von
396 1038 auf 1235 Likes gesteigert werden. Die maximale Reichweite der Seite be-
397 trug für eine Beitrag 16.912. Ende Januar Anfang Februar konnten über 25.000
398 Personen erreicht werden. Außerdem wurden auch die Seiten festival contre le
399 racisme und Hochschulwatch betreut.

400 **Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**

401 Besonders im Rahmen des Hochschulstatistikgesetzes, des Wissenschaftszeit-
402 vertragsgesetzes und der Exzellenz-Initiative kamen Presse-Vertreter*innen auf
403 uns bzw. unsere Pressemitteilungen zurück. Außerdem hatten wir Interviews
404 z.B. zu Geflüchteten an Hochschulen und dem Engagement von Student*innen.

- 405 Zahlreiche Gespräche mit Journalist*innen und Interviews sind nicht aufge-
406 listet. Folgende Pressemitteilungen wurden bis zur Verschickungsfrist versen-
407 det:
- 408 01.09.15 53. Mitgliederversammlung: Für Streikrecht und gegen rechten Ter-
409 ror
- 410 07.09.15 Refugees welcome! An der Hochschule und überall!
- 411 17.09.15 Sexismus stoppen – Marsch gegen Frauen blockieren
- 412 23.09.15 Wohnraum für alle! Nicht nur in Hochschulstädten
- 413 29.09.15 Ankunft von Refugees in Hannover: AStA Uni Hannover und fzs:
414 Solidarität zeigen – individuell und strukturell
- 415 29.10.15 Menschenrechte solange der Vorrat reicht – jetzt leider nur noch in
416 Sachleistungen
- 417 02.01.15 Freude hält sich in (nationalen) Grenzen – Happy Birthday Kalt-
418 land
- 419 16.10.15 Groß angekündigt und doch nicht eingeführt: Demokratie an nieder-
420 sächsischen Hochschulen
- 421 16.10.15 Wissenschaftszeitvertragsänderung ist eine Mogelpackung
- 422 19.10.15 Sozialkürzungen für Studierende: 6000 BaFöG-Empfänger*innen we-
423 niger erwartet
- 424 10.10.15 fzs schließt sich Appel zur „Erziehung nach Auschwitz“ in pädagogi-
425 schen Berufen an
- 426 23.10.15 Planlos in der Hochschullandschaft: fzs kritisiert Unkorrektheit des
427 Hendricks-Programms
- 428 23.10.15 Bundesregierung kapituliert vor Zulassungschaos
- 429 05.11.15 Hire & Fire an Hochschulen bleibt in Kraft
- 430 05.11.15 Den Tropfen zumindest auf den richtigen Stein – Wohnbauprogramm
431 nach Bedarf einsetzen
- 432 09.11.15 *Gesellschaft macht Geschlecht* Aktionswoche an Universitäten und
433 Hochschulen
- 434 11.11.15 Die Regierung hat sich stets bemüht – Anhörung zeigt Defizite in
435 Novelle des Wissenschaftszeitvertragsgesetz auf

- 436 18.11.15 Internationaler Tag der Studierenden – Die Aufgabe bleibt Antifa-
437 schismus
- 438 18.11.15 Hilfskräfte übernehmen Senatssitzung: Tarifvertrag für studentische
439 Hilfskräfte, jetzt!
- 440 26.11.15 Streik legt Universität Landau lahm – Studierende bundesweit soli-
441 darisch gegen Unterfinanzierung und Ausbeutung
- 442 30.11.15 Bundesweite Aktionstage gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse
443 an Hochschulen – Studierende kritisieren Novelle des WissZeitVG
- 444 30.11.15 Gläsernde Studis ohne Mehrwert – fzs fordert politische Handlung
445 statt Datensammlung
- 446 16.12.15 Studierendenproteste gegen prekäre Beschäftigung, Ausbeutung und
447 Unterfinanzierung
- 448 17.12.15 Für eine solidarische Zusammenarbeit – hier, in Kurdistan und über-
449 all
- 450 18.12.15 Frist oder stirb? Wissenschaftszeitvertragsgesetz bleibt Befristungs-
451 monster
- 452 15.01.15 Kritik an Sexismus darf nicht zensiert werden
- 453 20.01.15 Leucht- und Elfenbeintürme sind einsam und erkenntnisarm. Studie-
454 rende fordern solide Grundfinanzierung statt Exzellenzinitiative
- 455 Der Pressespiegel ist hier nachzulesen:
456 www.fzs.de/service/pressespiegel/index.html

AntragstellerInnen

Vorstand

54-5-2-1

AntragstellerInnen: Ausschuss der Student*innenschaften

Gegenstand: TOP 5: Berichte

Bericht zur Arbeit des 53. Ausschusses der Student*innenschaften

1 Seit der letzten Mitgliederversammlung (MV) in Lüneburg fanden vier Sitzun-
2 gen des AS statt: Ende September in Berlin, Anfang November in Düsseldorf,
3 Ende Dezember in Berlin und Mitte Januar in Würzburg. Weiterhin fanden
4 vier Telefonkonferenzen statt.

5 Das Protokoll der 53. Mitgliederversammlung lag vor. Die Protokolle der 50.
6 und 52. Mitgliederversammlung lagen nicht vor. Bzgl. des Protokolls der 50.
7 MV hakte der AS über den Vorstand mehrfach beim Protokollanten leider
8 ohne Erfolg nach.

9 Die Studierendenschaft der PH Weingarten, der OVGU Magdeburg, der Uni-
10 versität Marburg und der Hochschule Albstadt-Sigmaringen wurden als Voll-
11 mitglied aufgenommen sowie die Studierendenschaft der Universität Göttingen
12 als Fördermitglied. Weiterhin wählte der AS mehrere Personen in Ausschüsse
13 nach.

14 Der AS hat die von der letzten Mitgliederversammlung überwiesenen Anträge
15 behandelt. Alle Antragsteller*innen wurden über die Behandlung ihres Antra-
16 ges per Mail informiert und eingeladen an den Sitzungen des AS teilzuneh-
17 men.

18 Der AS entschied auf seiner dritten Sitzung eine 2er Delegation mit mindestens
19 einer Frau für die 31. European Students' Convention (ESC) in Amsterdam
20 auszuschreiben. Die Durchführung der Ausschreibung und die Besetzung der
21 Delegation wurden dem Vorstand übertragen.

22 Der AS diskutierte mit dem Vorstand über den Haushaltsabschluss 2014/15
23 und mehrfach über den Haushalt 2015/16. Ferner wurde mehrfach über die
24 Personalsituation in der Geschäftsstelle diskutiert.

25 Der AS beschäftigte sich mit dem auf der letzten Mitgliederversammlung auf-
26 gekommene Thema Fahrtenbuch und entschied sich dazu einen Antrag für
27 diese Mitgliederversammlung einzureichen. Gleiches gilt für das Thema Rede-
28 liste. Hier fand zusätzliche eine Rücksprache mit dem Ausschuss Frauen- und
29 Genderpolitik (FGP) statt.

30 Auf seiner Sitzung im Dezember in Berlin beschloss der AS Zeit und Ort der 54.
31 Mitgliederversammlung sowie die Frist für verschickungsrelevante Anträge.

32 Insgesamt sind die Mitglieder des Ausschusses sehr zufrieden mit der gemein-
33 samen Arbeit und vor allem mit der konstruktiven Arbeitsatmosphäre. Nicht
34 zuletzt war die Mischung aus erfahrenen und neuen Mitgliedern förderlich für
35 sachliche wie zielführende Diskussionen und Ideensammlungen.

36 Der Ausschuss hofft, dass diese Arbeit in der nächsten Amtszeit vom kommen-
37 den AS weitergeführt werden kann.

AntragstellerInnen

Ausschuss der Student*innenschaften

54-5-3-2

AntragstellerInnen: Ausschuss Internationales

Gegenstand: TOP 5: Berichte

Bericht Ausschuss Internationales

1 Der Ausschuss hat zwei mal bis zur MV getagt. Auf der konstituierenden Sit-
2 zung in Darmstadt (30.10.-1.11.15) wurde besprochen, wie man die Arbeit in
3 ESU begleiten will und das der Arbeitsschwerpunkt die Planung eines Kongres-
4 ses im Juni sein wird. Der Kongress wird aus diversen Workshops mit Aktiven
5 aus verschiedenen Teilen Europas und der Welt bestehen. Hierbei sollen Ge-
6 meinsamkeiten in der Arbeit und im Kampf aufgezeigt werden. Gemeinsame
7 Perspektiven sollen erarbeitet werden und transnationale Projekte angesto-
8 ßen werden. Außerdem soll zum vereinfachten Einstieg in den Ausschuss eine
9 Handreichung verfasst werden. Zudem wurde der Aufruf von OBESSU und
10 ESU zum international Students Day zur Unterzeichnung an den AS gesandt
11 und von diesem beschlossen sowie vom Vorstand veröffentlicht.

12 Auf der zweiten Sitzung in Heidelberg (29.1.-31.1.15) hat der Ausschuss die
13 Vorarbeit des Ausschusses und des Vorstands fortgesetzt und für das Seminar
14 einen Ablaufplan erstellt und die weitere Planung koordiniert. Des Weiteren
15 wurde sich mit dem ESU Policy-Paper zu "Public Responsibility" auseinan-
16 dergesetzt und an den AS Änderungsvorschläge, die der fzs einbringen könnte,
17 weitergeleitet.

18 Zwei Ausschussmitglieder waren auf dem Board Meeting von ESU und ha-
19 ben dem Ausschuss berichtet. Die Themen des Board Meeting wurden über
20 E-Mails und Telefonkonferenzen vorbereitet und nachverfolgt. Mit einigen an-
21 deren Studierendenvertretungen (Österreich, Schweiz, Frankreich, Luxemburg,
22 Belgien) wurde ein regelmäßiger Online-Telefonie-Termin vereinbart. Auf den

23 bisherigen Terminen wurde eine Resolution zusammen verfasst. Diese ist be-
24 reits hier zu lesen <http://unef.fr/2016/01/22/freedom-dies-with-security/> und
25 soll auch demnächst vom fzs veröffentlicht werden.

26 Außerdem arbeitet der Ausschuss zur ESU-Working-Group "International Co-
27 operation". Ein Ausschuss Mitglied hat den fzs auf dem Arbeitstreffen in War-
28 schau vertreten. Bei der Arbeit hält sich der Ausschuss im Wesentlichen an
29 seine Mandatierung aus der letzten Sitzung des vorjährigen Ausschusses, die
30 inzwischen vom Vorstand bestätigt wurde. Der fzs setzt sich für eine frühzeiti-
31 ge und maßgebliche Beteiligung sämtlicher Regionen der Welt ein. Außerdem
32 wurde dort der Kongress des Ausschusses beworben. In diesem Zusammenhang
33 wird auf der Mitgliederversammlung in Marburg ein Antrag eingereicht.

AntragstellerInnen

Ausschuss Internationales

54-5-3-3

AntragstellerInnen: Ausschuss Studienreform

Gegenstand: TOP 5: Berichte

Bericht des Ausschuss Studienreform zur 54. MV

1 (Stand des Berichts: Ende Januar 2016)

2 1. Arbeitsschwerpunkte:

3 Auf seiner konstituierenden Sitzung in Berlin beschloss der ASR zu den folgen-
4 den Themen zu arbeiten:

5 a) Überarbeitung bzw. Neuerstellung von Readern

6 b) Akkreditierung und Qualitätssicherung

7 c) Hochschule und Gesellschaft

8 d) Studium und Zeit

9 Im folgenden soll kurz erläutert werden was zu den einzelnen Bereichen bereits
10 getan wurde bzw. was noch geplant ist.

11 a) Bei der Readern wird derzeit an einem Reader zum Thema Workload und
12 Studierbarkeit gearbeitet. Ein weiterer Reader zum Thema Akkreditierung und
13 Qualitätssicherung soll in der zweiten Hälfte der Legislatur des Ausschusses
14 erstellt werden.

15 b) Der ASR befasst sich derzeit mit möglichen Überarbeitungen der Akkredi-
16 tierungsregeln und erarbeitet hierzu eine Stellungnahme mit inhaltlichen For-
17 derungen. Zudem soll auch allgemein ein Positionspapier zum Thema Akkredi-
18 tierung und Qualitätssicherung erstellt werden, welches sich mit diesen Themen
19 auseinandersetzt.

20 c) Der ASR beschäftigt sich mit den Themen Hochschulzugang und Anerken-
21 nung von Prüfungs- und Studienleistungen sowie der Rolle von Hochschule in
22 der Gesellschaft. Hierzu soll Mitte Februar auch auf einer gemeinsamen Sit-
23 zung mit dem Ausschuss Sozialpolitik gearbeitet werden. Dabei soll auch das
24 Thema Hochschulzugang für Refugees thematisiert werden.

25 d) Hinsichtlich des Themenkomplexes Studium und Zeit will sich der ASR
26 u.a. mit den Themen Teilzeitstudium und Förderungsdauer/-regelungen beim
27 BAföG beschäftigen. Auch hierzu will man eng mit dem Ausschuss Sozialpolitik
28 zusammenarbeiten. Hinsichtlich des zweiten Punktes, ist zudem geplant, auch
29 nach Möglichkeit unter einbeziehung der studentischen Vertreter im DSW,
30 einheitliche und transparente Regelungen hinsichtlich der Thematik BAföG-
31 Förderungsdauer und Verlängerung dieser Dauer zu fordern.

32 Zusätzlich zu diesen langfristigen Themenkomplexen arbeitet der Ausschuss
33 Studienreform zu tagesaktuell auftretenden Themen. So wird aktuell eine
34 Stellungnahme zu den geplanten Änderungen bei ingenieurwissenschaftlichen
35 Studiengängen und einem möglichen Einfluss der Kammern auf jene Studien-
36 gänge vorbereitet. Zudem wird auf eine Positionierung des fzs zur Novellierung
37 des Berufsbildungsgesetzes im Hinblick auf Regelungslücken in dualen Studien-
38 gängen hingearbeitet.

39 2. Sitzungen:

40 Der ASR hat sich bisher zu zwei Sitzungen getroffen, einmal die konst. Sitzung
41 in Berlin und einmal Mitte Dezember in Hannover. Die nächste Sitzung findet
42 Mitte Februar in Göttingen zusammen mit dem Ausschuss Sozialpolitik statt.
43 Zudem gibt es, je nach Bedarf, am Ende des Monats eine Telefonkonferenz, wo
44 der aktuelle Arbeitsstand und das weitere Vorgehen besprochen werden.

AntragstellerInnen

Ausschuss Studienreform

54-5-3-1

AntragstellerInnen: Ausschuss Verfasste Student*innenschaft/Politisches Mandat

Gegenstand: TOP 5: Berichte

Bericht des Ausschusses Verfasste Student*innenschaft/Politisches Mandat zur 54.MV

1 Ausschussmitglieder: Norman Noël, Astrid Wriedt, Silke Hansmann, Kevin
2 Kunze, Sandra-Diana Heidbrecht, Tobias Eisch, Jasper Kahrs, Markus D.D.
3 Müller, Sven Gödde, Ann-Ca Düppe

4 Auf der konstituierenden Ausschusssitzung in Berlin wurden Michael Schema,
5 Bastian Saß, Jonna Klein und Glenn Tenko Bauer kooptiert.

6 Als Ausschusskoordinator wurde Tobias Eisch gewählt und Tenko wurde in
7 den Ausschuss Internationales entsandt. Der Ausschuss hat bis zur Verschi-
8 ckungsfrist zur 54. MV viermal getagt. Die Konstituierung fand gemeinsam
9 mit allen anderen Ausschüssen, bis auf Internationales, in Berlin statt. Darauf
10 folgten weitere Sitzungen in Berlin, Jena und eine gemeinsame Sitzung mit
11 dem Ausschuss Frauen- und Genderpolitik in Lüneburg. Zudem fand bis zur
12 Verschickungsfrist eine Telefonkonferenz statt.

13 **VS-Reader**

14 Der Schwerpunkt des Ausschusses lag bei der Erstellung eines VS-Readers.
15 Hierfür tagte der Ausschuss in der Geschäftsstelle in Berlin. Dort wurden die
16 vorhanden Materialien eingesehen. Auf dieser Sitzung wurde anhand von be-
17 reits vorhandenen Materialien überlegt, welche Artikel für den Reader erstellt
18 werden müssen. Nach der Sichtung des Materials wurde eine Gliederung er-
19 stellt. Der Ausschuss hat sich dazu entschlossen, die Themen Geschichte der

20 Student*innenvertretungen, Geschichte der VS, Student*innenschaftsmodelle,
21 Fachschaften, unterschiedliche Situationen in den Bundesländern, Urteile und
22 Gutachten VS/PM, Prinzip und Funktionsweise autonomer Referate, Sat-
23 zungsautonomie, Beitragshöhe, Beratungsproblematik, Referate und Arbeits-
24 bereiche in VSen, Beitragshöhe und Verwendung, Wahlbeteiligung, Urabstim-
25 mung, Vollversammlung, direkte Mitbestimmung, Geschichte des PM, Lan-
26 desstudent*innenvertretungen, Vernetzung bundesweit, internationale studen-
27 tische Arbeit und Hochschulen an mehreren Standorten in dem Reader zu
28 behandeln. Daraufhin wurden die ersten Texte erstellt, welche auf der Sitzung
29 in Jena überarbeitet wurden. Dort wurden auch weitere Artikel geschrieben.
30 Danach wurde auf einer Telefonkonferenz weiter an dem Reader gearbeitet
31 und auf der Sitzung in Lüneburg weiter an dem Reader gearbeitet. Bis zur
32 Verschickungsfrist wurden die meisten Artikel fertiggestellt.

33 **Publikationen**

34 Der Ausschuss bringt sich mit Artikeln in das BdWi Magazin Forum
35 Wissenschaft mit Beiträgen zum politischen Mandat der Verfassten Stu-
36 dent*innenschaft ein. Hierbei sollen unter anderem die Ergebnisse des PM-
37 Seminars vom März 2015 einfließen. Bis zur Verschickungsfrist war allerdings
38 noch nicht klar, in welcher Ausgabe die Publikation erscheinen sollen. Au-
39 ßerdem hat sich der Ausschuss auf der Sitzung in der Geschäftsstelle dazu
40 entschieden, einen Flyer zu dem Thema Wahlbeteiligung zu erstellen.

41 **HoPo-Einstiegsseminare**

42 Ausschussmitglieder wurden als Referent*innen in die Einstiegsseminare mit-
43 einbezogen.

44 **Weitere Seminare**

45 Der Ausschuss hat zusammen mit dem Ausschuss Frauen- und Genderpolitik
46 ein Seminar zu dem Thema „Frauen* in der Student*innenbewegung“ ausge-
47 arbeitet. Hierzu fand eine gemeinsame Sitzung in Lüneburg statt. Hier wurden
48 Zeitplan und Struktur festgelegt und Referent*innenvorschläge gemacht. Des
49 Weiteren hat sich der Ausschuss Internationales mit dem VS/PM in Verbin-
50 dung gesetzt, um den internationalen Kongress zu planen. Hier wurden bereits
51 Ideen und mögliche Themenfelder gesammelt.

52 **Zusammenarbeit mit Landesstudent*innenvertretungen usw.**

53 Nachdem im letzten Jahr die Zusammenarbeit mit der LAK Bayern zurück-
54 ging, wurde wieder Kontakt mit ihr aufgenommen. Dem Ausschuss wurde si-
55 gnalisiert, dass eine Zusammenarbeit von Seiten der LAK erwünscht ist, sie sich

56 aber erst nach den Wahlen der LAK Anfang 2016 an den Ausschuss wenden
57 wird. Auf Nachfrage der KTS (Konferenz Thüringer Studierendenschaften) hat
58 sich der Ausschuss mit Teilen der Novellierung des dortigen Hochschulgesetzes
59 auseinandergesetzt.

60 **Zusammenarbeit mit dem Vorstand**

61 Die Zusammenarbeit mit dem zuständigen Vorstandsmitglied, sowohl inhalt-
62 lich als auch organisatorisch, war sehr angenehm und produktiv. Durch die
63 Zusammenführung und Weiterleitung der vorhandenen Dropboxen hat der
64 Vorstand vorhandenes Wissen und bereits erledigte Arbeiten effektiv an den
65 Ausschuss weitergegeben. Außerdem war es dem Ausschuss wichtig, dass die
66 Protokolle schnell und vollständig auf den internen Bereich der Homepage ge-
67 stellt werden. Auch hier war die Zusammenarbeit sehr gut.

68 **Spaß**

69 Nach der Sitzung in Jena besuchten wir gemeinsam den Weihnachtsmarkt.
70 Trotz der intensiven und langen Arbeitszeiten ist es dem Ausschuss gelungen
71 Spaß auf den Sitzungen und im Rahmen dieser zu haben.

AntragstellerInnen

Ausschuss Verfasste Student*innenschaft/Politisches Mandat

54-5-3-4

AntragstellerInnen: Ausschuss Finanzen

Gegenstand: TOP 5: Berichte

Bericht des Ausschusses Finanzen

1 Der Ausschuss Finanzen hat sich auf seiner Sitzung gemeinsam mit den ande-
2 ren Ausschüssen des fzs an dem Wochenende 25.09.2015 in Berlin konstituiert.
3 Da auf der letzten Mitgliederversammlung kein explizites Arbeitsprogramm
4 für den Ausschuss festgelegt worden war, haben wir uns das vorherige Arbeits-
5 programm und bisherige Arbeit angeschaut und konnte viele Projekte über-
6 nehmen. Die Verantwortlichkeiten wurden in einer Verantwortlichkeitsmatrix
7 festgehalten mit einem festen Ansprechpartner*in pro Projekt und weiteren
8 Projektbeteiligten.

9 Der Ausschuss hat zu jeder Ausschusssitzung einen Kurzbericht angefertigt
10 und den Vorstand um Verteilung an die anderen Ausschüsse und an die Mit-
11 glieder gebeten. Zusätzlich wurden die Kurzberichte in den internen Bereich
12 der Homepage (extra.fzs.de) hochgeladen.

13 Folgende Termine fanden statt:

14 25.09.2015 in Berlin – Konstituierende Sitzung;

15 17.11.2015 Telefonkonferenz;

16 17.12.2015 Telefonkonferenz.

17 Für Januar 2016 war zunächst eine Sitzung geplant, die aber nun im Vorfeld
18 der Mitgliederversammlung Anfang März 2016 stattfinden soll, um dort ggf.
19 einen anstehenden Nachtrag zum Haushalt behandeln zu können.

20 Die Mitglieder des Ausschusses sind zuversichtlich, die nachfolgend benannten
21 Projekte in Zusammenarbeit mit dem Vorstand, dem AS sowie weiteren Ak-
22 tiven innerhalb des Verbands in der zweiten Hälfte der Amtszeit entscheidend
23 vorantreiben zu können.

24 Diese Projekte haben den Ausschuss beschäftigt:

25 Initiative Transparente Zivilgesellschaft

26 -> Hierzu ist ein Antrag an die MV geplant. Die Umsetzung sollte binnen
27 weniger Stunden möglich sein.

28 Gender-Budgetierung

29 -> Das Thema ist weiterhin aktuell und wird eruiert. Eine Zusammenarbeit
30 mit dem Ausschuss FGP ist geplant.

31 Nicht-Mitgliederumfrage

32 -> Eine umfangreiche Umfrage für Nicht-Mitglieder inkl. Anschreiben wurde
33 erstellt. Der AS hat die Umfrage abgelehnt. Der Ausschuss wird über die Ent-
34 scheidung des AS noch einmal auf der nächsten Sitzung debattieren und ggf.
35 Alternativen überlegen.

36 ISIC-Karten

37 -> In anderen National Students Union erfolgt die Vergabe der ISIC Karten
38 durch diese. In Deutschland durch eine GmbH. Für die nationale Ausschrei-
39 bung sollen noch weitere Informationen eingeholt werden z.B. wann diese er-
40 folgen soll.

41 fzs-Mehrwert / Rahmenverträge

42 -> Der Ausschuss will das aktuelle Rahmenvertragsportfolio u.A. GEMA über-
43 arbeiten und neue Rahmenvertragspartner gewinnen. Eine Ausarbeitung dazu
44 befindet sich in der Umsetzung.

45 Aufwandsentschädigungen in Studierendenvertretungen / Umsatzsteuerpflicht
46 der Studierendenschaften

47 -> Der Ausschuss erarbeitet hierzu einen Reader bzw. Buch. Ein Flyer ist
48 ebenfalls dazu in Planung um eine Übersicht zu bieten.

49 Gewinnung neuer Mitglieder

50 -> Diese Thematik geht mit der Nicht-Mitglieder-Umfrage ein, anhand der
51 Umfrage soll identifiziert werden, wie neue Mitglieder geworben werden können
52 nach deren Bedürfnissen.

53 Veröffentlichung des Haushalts

54 -> Der Ausschuss hat sich generell für mehr Transparenz ausgesprochen. Mit
55 weiteren Organen des Verbandes soll besprochen werden wie die Veröffentli-
56 chung aussehen kann.

57 Ansonsten verweist der Ausschuss auf die Kurzberichte.

58 Verfügbar unter:

59 Kurzprotokoll-01 <http://bit.ly/1mbvkuy>

60 Kurzprotokoll-02 <http://bit.ly/1PeQZKr>

61 Kurzprotokoll-03 <http://bit.ly/1SDRPoO>

AntragstellerInnen

Ausschuss Finanzen

54-5-3-6

AntragstellerInnen: Ausschuss FGP

Gegenstand: TOP 5: Berichte

Bericht Ausschuss FGP

1 Ausschussmitglieder: Lina Taube (TU Berlin), Franziska Wagner (Uni Mann-
2 heim), Moritz Keßler (Universität Würzburg), Silke Hansmann (Universität
3 Göttingen), Tobias Warkentin (Universität Bielefeld), Lydia Kray (Universi-
4 tät Potsdam), Anja Zürn (Universität Würzburg), Kevin Kunze (Universität
5 Lüneburg), Louise Haitz (Universität Potsdam) und Ronja Hesse (Universität
6 Lüneburg). Silke Hansmann (Universität Göttingen) wurde in den Ausschuss
7 Internationales entsendet. Der Ausschuss hat bis zur Verschickungsfrist der 54.
8 MV zweimal getagt. Die Konstituierung fand in Berlin statt, die andere Sitzung
9 fand gemeinsam mit dem Ausschuss Verfasste Studierendenschaft/Politisches
10 Mandat (VS/PM) in Lüneburg statt. Seit der 53. MV finden einwöchent-
11 lich Telefonkonferenzen statt. Zur Auswertung der erstmaligen Anwendung
12 der harmonischen Redeliste fand eine gemeinsame Telefon Konferenz mit dem
13 Ausschuss der Student*innenschaft (AS) statt. Sowohl bei den Sitzungen als
14 auch in den Telefonkonferenzen wurde der Ausschuss durch den Vorstand und
15 die Antidiskriminierungsbeauftragten sehr gut unterstützt. Der Ausschuss er-
16 stellt(e) ein Positionspapier zu Antirassistischen Positionspapier.

17 Seminare

18 Insgesamt organisierte der Ausschuss zwei Seminare. Das erste Seminar
19 "Wa(h)re Liebe" fand vom 11.-13. Dezember in Berlin statt. Weiterhin wird
20 zusammen mit dem Ausschuss VS/PM vom 9.-11. März zum Thema Frauen*
21 in Verfassten Studierendenschaften in Marburg organisiert. Das erste Seminar
22 war gut besucht und die Rückmeldungen der Teilnehmer*innen waren zum
23 größten Teil sehr positiv.

²⁴ **Publikationen**

²⁵ Der Ausschuss hat den HoPo-Einstiegs-Reader überarbeitet und damit be-
²⁶ gonnen die Anti-Sexismus-Broschüre des Redaxkollektivs der ÖH neu aufzule-
²⁷ gen.

AntragstellerInnen

Ausschuss FGP

54-5-3-5

AntragstellerInnen: Ausschuss Sozialpolitik

Gegenstand: TOP 5: Berichte

Bericht des Ausschuss Sozialpolitik

1 Der Ausschuss hat neben der Konstituierung in Berlin noch eine Sitzung in Er-
2 furt abgehalten. Vor der Mitgliederversammlung (MV) wird noch eine Sitzung
3 in Göttingen stattgefunden haben. Zwischen den Sitzungen wurde die Arbeit
4 durch Telefonkonferenzen.

5 Auf der Konstituierung wurde beschlossen, keine weiteren Männer in den Aus-
6 schuss zu Kooptieren, bis das Geschlechtsverhältnis ausgewogener ist. Zwischen
7 den Sitzungen ist leider mit Kirsten ein langjähriges Ausschussmitglied zurück-
8 getreten, sodass wir nun noch weiter von diesem Ziel entfernt sind.

9 Außerdem wurde auf der Konstituierung ein Arbeitsprogramm verfasst, wel-
10 ches vom AS beschlossen und auf der Homepage nach zu lesen sein sollte,
11 sobald der Vorstand es online gestellt hat.

12 Zum Seminar "Inklusion und Transformation" im November in Mannheim wird
13 der Ausschuss eine Dokumentation erstellen. Diese soll auf der Homepage nach
14 zu sehen sein, um eine dauerhafte Information zum Thema zu bieten.

15 In Erfurt wurde sich in den Themenkomplex "Refugees und Hochschule" in
16 seinen verschiedenen Dimensionen eingearbeitet. Darauf aufbauend hat der
17 Ausschuss ein Übersichtspapier erstellt, welches bereits auf der Homepage ver-
18 öffentlicht wurde. In Göttingen wird sich der Ausschuss schwerpunktmäßig mit
19 der Konzeption des Bundeskongress studentischer Sozialpolitik befasst.

20 Bei einem zusätzlichen Treffen in Aachen wurde der aktuelle Stand der Diskus-
21 sion und Gerichtsverfahren zu Uni-Assist erfasst und Handlungsmöglichkeiten

22 erarbeitet. Es soll ein Übersichtspapier entstehen und weitere Schritte geplant
23 werden. Diese werden bei Gelegenheit vorgestellt.

24 Der Ausschuss hat mit Hilfe von Jay-C. zum Thema Langzeitstudiengebühren
25 und Studienabbruch mit Schwerpunkt Sachsen-Anhalt recherchiert. Zu den
26 dortigen Landtagswahlen soll eine Aufforderung an die Parteien verschickt wer-
27 den, Langzeitstudiengebühren abzuschaffen. Dem Vorstand wurde empfohlen,
28 dafür mit Studierendenschaften vor Ort zu kooperiert.

29 Zudem wurde mit den Arbeiten an einem ausführlichen Reader zu Krankenver-
30 sicherungen begonnen. Außerdem hat der Ausschuss für Studierende relevante
31 gesetzliche Änderungen im Jahr 2016 gesammelt und aufbereitet, welche kurz-
32 fristig durch den Vorstand verteilt werden sollen. Auch die Arbeit im BAföG-
33 Bündnis, dem der fzs angehört, wurde und wird weiterhin begleitet.

34 Der Ausschuss würde sich sehr über Kandidaturen von Frauen* auf der MV in
35 Marburg freuen, und steht Interessierten gerne für Fragen zur Verfügung.

AntragstellerInnen

Ausschuss Sozialpolitik

54-5-5

AntragstellerInnen: Lina Taube u.a.

Gegenstand: TOP 5: Berichte

Berichte Antidiskriminierungsbeauftragte

1 Evaluation letzte MV (inkl. harmonische Redeliste)

2 Nach der Wahl auf der 53. MV in Lüneburg haben wir zunächst mit den
3 alten Antidiskriminierungsbeauftragten eine Evaluation der MV und der Vor-
4 bereitung durch die Antidiskriminierungsbeauftragten gemacht. Insbesondere
5 zu den Themen harmonische Redeliste, Barrierearmut, Stimmung, Redekultur
6 und Toilettenaufteilung haben wir Resümees gezogen. Das Fazit war in den
7 meisten Punkten sehr positiv, auch in Bezug auf die Redekultur, ganz be-
8 sonders in Relation zu vorhergegangenen MVen. Allerdings haben wir auf der
9 Nachbereitung auch festgestellt, dass bspw. die harmonische Redeliste noch
10 überarbeitet werden muss, um ihren Zweck zu erfüllen.

11 Koordination und Organisation

12 In den Wochen nach der MV in Lüneburg haben Stephan und Lina ihre Mail-
13 adressen erhalten, eingerichtet und sich durch das Verfassen von Texten darum
14 gekümmert das die Antidiskriminierungsbeauftragten auf der Website präsent
15 sind.

16 Kommuniziert haben wir in der gesamten Amtszeit vorrangig über Mailverkehr
17 und gelegentlich bei Telefonkonferenzen. Diese fanden vor allem zur Vorberei-
18 tung der MV statt.

19 Konstituierung

20 Bei der Konstituierung der verschiedenen Ausschüsse in Berlin konnten zwei
21 der Antidiskriminierungsbeauftragten anwesend sein. Hier haben sich auch
22 sie quasi konstituiert und über ihr Arbeitsprogramm, welches ja in Form der

23 Antidiskriminierungsvorschrift schon in großer Ausführlichkeit vorlag, ausge-
24 tauscht, Aufgaben verteilt etc.

25 Des Weiteren haben wir bei der Konstituierung versucht alle anwesenden Aus-
26 schüsse zu besuchen, um uns, unser Amt und unsere Selbstverständnis von der
27 Arbeit vorzustellen und den Ausschüssen eine Zusammenarbeit und Beratung,
28 bspw. beim Planen von Seminaren anzubieten.

29 Leider nicht besuchen konnten wir die Ausschüsse Finanzen, Studienreform,
30 Hochschulfinanzierung, Internationales und Sozialpolitik. Auch während des
31 Wintersemesters haben wir es leider nicht geschafft eine Sitzung dieser Aus-
32 schüsse zu besuchen. Es ist aber geplant, dies baldmöglichst nachzuholen.

33 **Seminarbegleitung**

34 Teil der Aufgaben der Antidiskriminierungsbeauftragten ist das Besuchen und
35 Begleiten von Seminaren. Es war uns zu dritt leider nicht möglich alle vom fzs
36 veranstalteten Seminare zu besuchen. Nach der Konstituierung war ein*e An-
37 tidiskriminierungsbeauftragte*r bei folgenden Seminaren anwesend: Inklusion
38 in der Lehrer*innenbildung, Inklusion und Transformation – Vernetzungstref-
39 fen der Inklusionsreferate und der Referate für Studierende mit Behinderung
40 in Mannheim, Hochschulsteuerung in Zeiten der Spar- und Krisenpolitik in
41 Tübingen und Wa(h)re Liebe – Zwischenmenschliche Beziehungen und Liebe
42 in Zeiten eines flexibilisierten und internationalisierten Studiums in Berlin. Zu-
43 letzt war auch eine Antidiskriminierungsbeauftragte beim Seminar Frauen*
44 in der Student*innenbewegung als Ansprechpartnerin vor Ort.

45 Außerdem war ein*e Antidiskriminierungsbeauftragte*r bei den folgenden Sit-
46 zungen oder Treffen anwesend: Konstituierungen der Ausschüsse Frauen- und
47 Genderpolitik, Verfasste Studierendenschaft Politischen Mandat und Aus-
48 schuss der Student*innenschaften (AS), Sitzung des AS in Düsseldorf und des
49 AK AntiFa, sowie beim Planungstreffens für das festival contre le racisme in
50 Mannheim. Des Weiteren war ein*e Antidiskriminierungsbeauftragte*r beim
51 Lernfabriken Meutern Vernetzungstreffen in Würzburg anwesend, da es sich
52 hierbei ja um eine vom fzs mit angestoßene Kampagne handelt.

53 Insgesamt kann festgehalten werden, dass um eine hinreichende Begleitung der
54 Veranstaltungen des fzs im Sinne der Antidiskriminierungsvorschrift zu leisten,
55 mehr als drei Antidiskriminierungsbeauftragte notwendig sind, da es häufig
56 aufgrund zeitlicher Restriktionen nicht möglich war bei allen Veranstaltungen
57 die gesamte Zeit anwesend zu sein.

58 Allerdings glauben wir trotzdem, dass durch die kontinuierliche begleitende
59 Arbeit viele Teilnehmer*innen auf die Institution aufmerksam geworden sind
60 und zukünftig erscheint es uns sinnvoller, anstatt sehr zeitintensiv alle Ver-
61 anstaltungen zu begleiten, den Fokus darauf zu setzen die Veranstalter*innen
62 (Ausschüsse, Vorstand etc.) bei der Planung zu begleiten und um in Bezugnah-
63 me zu bitten, bzw. auch die Teilnehmer*innen auf die Antidiskriminierungs-
64 beauftragten aufmerksam zu machen.

65 **Weiteres zur Umsetzung der Antidisvorschrift**

66 Ein Teil der Umsetzung der Antidiskriminierungsvorschrift soll durch die Aus-
67 schüsse und Seminarorganisator*innen erfolgen, mit Unterstützung der Anti-
68 diskriminierungsbeauftragten. Inwieweit dies funktioniert hat, lässt sich leider
69 nicht vollständig beantworten, da die Ausschüsse das Angebot diesbzgl. Be-
70 raten zu werden, nicht angenommen haben. Im kommenden halben Jahr soll
71 daher die Unterstützung verbreitert werden und die Zusammenarbeit verbes-
72 sert werden.

73 Ein wesentlicher Aspekt in der Umsetzung ist die Vorbereitung und Durchfüh-
74 rung der Mitgliederversammlung (siehe unten).

75 **Zusammenarbeit mit Vorstand und Ausschüssen**

76 Die Zusammenarbeit mit dem Vorstand hat sehr gut geklappt. Absprachen
77 bzgl. Anwesenheit auf Seminaren wurden frühzeitig kommuniziert und Fragen
78 zu Organisation und Koordination zügig beantwortet. Die Antidiskriminie-
79 rungsbeauftragten wurden zudem in die Aktionen bzgl. des Pick-up-Artists an
80 der Frankfurter Universität eingebunden.

81 Die Ausschüsse sind bislang nicht mit Fragen und Wünschen auf die Beauftrag-
82 ten zugekommen. Ein Ziel ist es, im Rahmen der 54. Mitgliederversammlung
83 nochmal auf diese Möglichkeiten hinzuweisen.

84 **Vorbereitung nächste MV**

85 Die Antidiskriminierungsbeauftragten standen im Vorfeld der MV in Kontakt
86 mit den Organisator*innen aus Marburg. Mit Ihnen wurden unter anderem
87 wichtige Aspekte struktureller Diskriminierung besprochen (Räumlichkeiten,
88 Toilettensituation) und versucht diesen entgegen zu wirken. Ein Besuch in Mar-
89 burg weit vor der Mitgliederversammlung war leider nicht möglich, soll aber
90 nach Möglichkeit in Zukunft eingerichtet werden. Trotzdem war es möglich sich
91 vor der MV mit den Veranstalter*innen und vor allem mit dem Awareness-
92 Team zu koordinieren und Maßnahmen wie Vorgehensweisen abzustimmen.

93 Weiter wurden die eingegangenen Anträge zur MV besprochen und teilweise
94 Stellung dazu bezogen. Ebenfalls abgesprochen haben wir uns mit den an der
95 Redeleitung interessierten Personen, vor allem um die Durchsetzung der Rede-
96 regeln zu gewährleisten und somit eine möglichst nicht gewaltvolle Redekultur
97 auf der MV zu unterstützen.

98 Konkret wurden auch für diese MV wieder konkrete Angebote geschaffen,
99 bspw. die dauerhafte Erreichbarkeit der Antidiskriminierungsbeauftragten
100 durch ein Antidistelefon, ebenso wie durch das Installieren von Kummerkä-
101 ten.

102 **Ideen und Projekte für das Sommersemester**

103 Es gibt Ideen für Projekte, die zum einen die Ausschüssen und Seminarorga-
104 nisator*innen unterstützen sollen, zum anderen auch mit der Zeit der Anti-
105 diskriminierungsbeauftragten sorgsamer umzugehen. Dazu gehören u. A. ei-
106 ne Checkliste zur Planung von Seminaren, sowie der Besuch der verbliebe-
107 nen Ausschüsse. Möglich ist auch themenbezogene Zusammenarbeit mit den
108 Ausschüssen. Weiter sind die Antidiskriminierungsbeauftragten auch offen für
109 Vorschläge und Bitten aus den Reihen der fzs-Mitglieder.

110 Ganz wichtig ist es, mehr Menschen für die Arbeit der Antidiskriminierungsbe-
111 auftragten zu gewinnen, da sonst auch diese Projekte nur eingeschränkt umge-
112 setzt werden können. Auch empfinden wir es als erstrebenswert den Ausschuss
113 FGP stärker in die Arbeit der Antidiskriminierungsbeauftragten einzubinden
114 und gemeinsame Projekte zu entwickeln und umzusetzen.

AntragstellerInnen

Lina Taube, Stephan Baglikow und Ronja Hesse

54-7-I2

AntragstellerInnen: Studierendenschaft der Philipps-Universität Marburg/AStA Marburg

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Prekäre Personalkategorie der wissenschaftlichen Hilfskräfte abschaffen!

1 Der fzs fordert die Abschaffung der Personalkategorie der wissenschaftlichen
2 Hilfskräfte sowie die konsequente Umwandlung in Tarifpersonal und vertritt
3 diese Position gemeinsam mit den Gewerkschaften gegenüber den Gesetzge-
4 ber*innen und anderen politischen Akteuren.

5 Wissenschaftliche Hilfskräfte sind meist hochqualifiziertes Personal, welches
6 elementare Aufgaben der Hochschulen, sowohl in der Lehre, Forschung und
7 der Verwaltung übernimmt. Dieses Personal ist also durch ihre Aufgaben bzw.
8 Qualifikation von wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen oder administrativen
9 Mitarbeiter*innen, bspw. in Technik, Verwaltung, etc. nicht zu unterscheiden.
10 Der Unterschied besteht in den deutlich schlechteren Arbeitsverhältnisse (kein
11 Tarifvertrag, geringere Bezahlung, kurze Vertragslaufzeiten, etc.) der wissen-
12 schaftlichen Hilfskräften. Hierdurch wird zudem Tarifpersonal verdrängt und
13 Personal an Hochschulen zunehmend ausgebeutet und in prekäre Beschäfti-
14 gung überführt. Die Personalkategorie der wissenschaftlichen Hilfskräfte ist
15 also stets prekär und muss abgeschafft werden!

Begründung

Die Forderung wissenschaftliche Hilfskräfte abzuschaffen wird schon lange seitens der Gewerkschaften und vieler Studierendenvertretungen artikuliert. In Gesetzgebungsprozessen der Länder kämpfen Studierendenvertretungen immer

wieder gemeinsam mit Gewerkschaften für die Abschaffung. In einigen Bundesländern ist dies bereits geglückt, beispielsweise in Berlin. Der Forderung gegenüber stehen Hochschulen und Regierungen, die ihre angeblichen Sparzwänge weiterhin vollen Bewusstseins auf dem Rücken der Beschäftigten, insbesondere der wissenschaftlichen Hilfskräfte austragen. Nicht nur die Landesregierungen zeigen meist keine Handlungsbereitschaft die gesetzlichen Rahmenbedingungen anzupassen, auch Hochschulen setzen sich offensiv für den Erhalt von wissenschaftlichen Hilfskräften ein. So ignorieren beispielsweise einige Hochschulpräsidien in Hessen die Streichung der Personalkategorie ‚wissenschaftliche Hilfskraft‘ im neuen hessischen Hochschulgesetz vom 30.11.2015 und stellen weiter WHKs, mit Verweis auf ein ‚Schlupfloch‘ im Gesetz ein. Es ist also dringend notwendig dieser alten Forderung Nachdruck aus studentischer Sicht zu verleihen, um den Kampf der Hilfskräfte für bessere Beschäftigungsbedingungen zu unterstützen.

AntragstellerInnen

Studierendenschaft der Philipps-Universität Marburg/AStA Marburg

54-7-I17

AntragstellerInnen: AStA Marburg

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Studis go Blockupy! Block University!

- 1 Der fzs erklärt sich mit dem Blockupy-Bündnis solidarisch und beteiligt sich
- 2 innerhalb des eigenen Bezugsrahmens, nämlich den Hochschulen, an den Blo-
- 3 ckaden der Kristallisationspunkte der europäischen Austeritätspolitik.

Begründung

Hochschulen sind neben anderen gesellschaftlichen Orten der Hegemonieproduktion sowie Kapitalakkumulation Teil des neoliberalen europäischen Projektes. Zwar gibt es nationale Freiräume wie bspw. die sog. „Autonomie“ der Hochschulen, allerdings zeigt sich insbesondere das „deutsche Modell“ als besonders engagiert darin, Hochschulen den Mechanismen des Neoliberalismus zu unterwerfen.

Blockupy wird 2016 zum ersten mal in Berlin stattfinden und hat somit den Fokus von den Finanzmärkten auf das Herz der europäischen Austeritätspolitik gelenkt. Daran anknüpfend ist es sinnvoll, an sämtlichen Orten der Hegemonieproduktion zu intervenieren, um dem Ausmaß der neoliberalen Verflechtungen innerhalb der Gesellschaft angemessen zu begegnen. Lasst uns die Hochschulen blockieren, um unseren Protest gegen Unterfinanzierung, Exzellenzinitiativen, Konkurrenz usw. mit anderen Kämpfen gegen Austerität zu verbinden. Nur solidarisch können wir die Hochschulen, Bildungspolitik sowie das neoliberale europäische Projekt emanzipatorisch verändern. Let'sblock University!

AntragstellerInnen

AStA Marburg

54-7-I11

AntragstellerInnen: LandesAStenKonferenz Niedersachsen

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Studierende sind keine Bittsteller*innen – gegen die Delegitimierung studentischer Gremienarbeit

1 Mit der Novellierung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes Anfang 2016
2 wurde die Möglichkeit eingeführt, sogenannte „Studierendeninitiativen“ durch-
3 zuführen. Mit diesen Initiativen können 3% der Studierenden Anliegen in die
4 Gremien der Hochschule bringen, die dort behandelt werden müssen.

5 Von der Landesregierung wird dies als große Errungenschaft in der Beteili-
6 gung von Student*innen an Entscheidungsprozessen gefeiert. Eigentlich zeigt
7 dieses Instrument jedoch, dass direkt gewählten Vertreter*innen in den Gre-
8 mien die Legitimation abgesprochen wird. Anliegen können jetzt auch schon
9 von den gewählten Gremienmitgliedern eingebracht werden. Es ist zu befürch-
10 ten, dass in Gremien nun für jeden studentischen Antrag auch eine solche
11 Initiative eingefordert wird und es wird vereinfacht, alle von studentischen Re-
12 präsentant*innen vorgebrachten Anliegen für irrelevant zu erklären, sofern die
13 eigentlich weniger repräsentativen Studierendeninitiativen nicht vorgelegt wer-
14 den. Anstatt die studentischen Mitglieder der Gremien und die Gremien selbst
15 zu stärken, werden diese durch das Gesetz noch weiter geschwächt.

16 Studentische Beteiligung wird nicht durch zahnlöse Tiger wie die 3%-Initiative
17 verbessert, sondern durch mehr tatsächliche Mitbestimmung. Anstatt Stu-
18 dent*innen noch weiter zu Bittsteller*innen zu degradieren müssen alle Hoch-
19 schulgremien paritätisch besetzt werden. Auch muss eine Kultur von Mitbe-
20 stimmung ermöglicht werden, in der weitreichende studentische Beteiligung
21 gewollt ist und entsprechende Anliegen nicht wie vermeintlich unwichtige Min-
22 derheitsinteressen behandelt werden.

23 Der fzs spricht sich entschieden dagegen aus, solche Instrumente in Hochschul-
24 gesetzen und an Hochschulen festzuschreiben und steht stattdessen für eine
25 mindestens paritätische Besetzung von Gremien und eine gelebte Kultur von
26 Hochschuldemokratie.

Begründung

Als großer Gewinn von Beteiligungskultur wurde das oben angesprochene Verfahren von der niedersächsischen Landesregierung gefeiert, die „Studierendeninitiative“, analog verstanden zu Volksbegehren, ist aber eigentlich eine Schwächung der direkt gewählten Student*innen in akademischen Gremien.

Um bundesweit über dieses Thema aufzuklären und dazu arbeiten zu können, schlägt die LAK Niedersachsen obige Positionierung dazu vor.

AntragstellerInnen

LandesASTenKonferenz Niedersachsen

54-7-I12

AntragstellerInnen: LandesAStenKonferenz Niedersachsen

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Für eine Verwirklichung der Menschenrechte und gegen Fluchtursachen

1 Die Lage der Flüchtlinge ist eine Katastrophe. In einem Land wie der BRD, das
2 zu den reichsten der Welt gehört und wegen seiner kolonialen und faschistischen
3 Vergangenheit eine besondere Verantwortung trägt, ist diese Situation völlig
4 inakzeptabel. Gegen das Gebot der Menschlichkeit werden Migrant*innen als
5 nützlich oder unnützlich für die Wirtschaft einsortiert, des Nachts in unsichere
6 Länder abgeschoben oder schon an den Außengrenzen ohne Rücksicht auf Leib
7 und Leben abgewehrt.

8 Durch eine neokoloniale Außenpolitik gegenüber weniger entwickelten Staaten,
9 durch rücksichtslose Ausbeutung natürlicher Ressourcen, Destabilisierung, Er-
10 pressung und militärischer Abschottung werden die Lebensgrundlagen und –
11 perspektiven von Millionen von Menschen zerstört. Damit treiben nicht nur
12 Krieg und Terror Menschen in die Flucht, sondern auch Armut. Diese wird
13 vor allem durch eine Gesellschaftsordnung verursacht, die auf Ausbeutung,
14 Konkurrenz und Verwertungszwang fußt.

15 Eine Beendigung des Elends der Flüchtlinge geht mit einer Beendigung der
16 Politik einher, welche ursächlich für das Elend ist. Das Schüren von Resen-
17 timents, die politisch betriebene Selektion von Menschen nach Verwertungs-
18 kriterien, sowie die Austeritätspolitik, mit der soziale Errungenschaften der
19 öffentlichen Daseinsvorsorge zugunsten von Profitinteressen zerstört werden,
20 müssen beendet werden. Das Grundrecht auf Asyl muss umfassend wieder-
21 hergestellt werden und soziale Einrichtungen, die die Wahrnehmung und Ver-
22 wirklichung der Grundrechte ermöglichen, finanziell, personell und inhaltlich

23 massiv gestärkt, ausgebaut und für alle zugänglich gemacht werden. Gegen Na-
24 tionalchauvinismus und die menschenverachtende Ungleichheitsideologie von
25 Rechts setzen wir uns ein für ein Zusammenleben aller Menschen in Frieden
26 und Solidarität.

27 **Für Gleichheit vor dem Recht**

28 Das Leben aller Zugewanderten unterliegt höchst restriktiven und selektieren-
29 den Gesetzen. Von der Abschottung Europas durch Frontex, Mauern und Mi-
30 litär über die Dublin-Verordnungen und Abschiebung, hin zur Residenzpflicht.
31 Mit der Unterteilung in „nützlich“ und „nicht nützlich“, in Kriegs- und Wirt-
32 schäftsflüchtlinge, sollen Menschen gegeneinander ausgespielt werden. Mit der
33 erneuten Verschärfung des Asylrechts (willkürliche Ausweitung der „sicheren
34 Drittstaaten“, schnelleren Abschiebungen und die Abschaffung von Geldlei-
35 stungen) sowie der Diskussion um Internierungslager (euphemistisch: Transit-
36 zonen) wird auf Abschottung und Abschreckung gesetzt. Eine solche Politik
37 ist schlicht menschenverachtend. Es bedarf eines humanen Asylrechts ohne
38 Sonderbehandlungen.

39 Wir fordern:

- 40 • legale Fluchtwege, um das Massensterben im Mittelmeer zu stoppen
- 41 • das Bleiberecht für alle
- 42 • die vollständige Wiederherstellung des Asylrechts ohne Einschränkungen
- 43 • die Abschaffung der Dublin-Verordnung und faire Asylverfahren
- 44 • die Beendigung von Abschiebungen und Abschiebehäft
- 45 • die besondere Achtung minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge

46 **Für menschenwürdige Bedingungen**

47 Wohnen, gesundheitliche Versorgung und Arbeit sind Grundbedürfnisse und
48 Menschenrecht. Der akute Mangel an menschenwürdigem Wohnraum, Kür-
49 zungen und Privatisierung im medizinischen Bereich, der Kultur sowie im So-
50 zialen, prekäre Arbeitsbedingungen und hohe Arbeitslosigkeit sind der Beleg
51 für eine fehlgeleitete Politik. Geflüchtete Menschen leiden dabei besonders un-
52 ter der Prekarisierung der Gesellschaft durch entsprechende „Sonderbehand-
53 lungen“. Einjährige Arbeitsverbote, Sachleistungen statt Geldleistungen, Resi-
54 denzpflicht und die damit verbundene Einschränkung der Bewegungsfreiheit,
55 Kettenduldungen die Menschen in einer drückenden Ungewissheit lassen sowie
56 Sondergenehmigungen, um braves Verhalten zu honorieren und aufmüpfiges

57 Verhalten zu disziplinieren. Diese Diskriminierung und Kriminalisierung müs-
58 sen zugunsten würdiger Lebensbedingungen von Flüchtlingen sofort beendet
59 werden.

60 Es bedarf:

- 61 • einer Aufhebung der Residenzpflicht und stattdessen die Gewährleistung
62 von Mobilität
- 63 • der dezentralen Unterbringung von Flüchtlingen in eigenen Wohnungen
- 64 • der Schaffung von mehr bezahlbarem, menschenwürdigem Wohnraum
- 65 • der Enteignung von Leerstand, um Geflüchtete besser unterzubringen
- 66 • freien Zugangs zu Wissenschaft, Bildung und Kultur für alle
- 67 • einer vollständigen Gesundheitsversorgung für Flüchtlinge
- 68 • einer bedarfsgerechten und sanktionsfreien Mindestsicherung statt Sach-
69 leistungen
- 70 • der Aufhebung des Arbeitsverbots für Geflüchtete

71 **Für eine weltoffene Hochschule**

72 Die Hochschule als Ort in gesellschaftlicher Verantwortung, mit dem Anspruch,
73 über universale Zusammenhänge aufzuklären und sie im Sinne der Menschen-
74 rechte produktiv zu machen, kommt in der gegenwärtigen Situation eine beson-
75 dere Bedeutung zu. Mit dem emanzipatorischen Engagement für sozial offene,
76 demokratische und kritische Hochschulen ergreifen wir Partei für eine huma-
77 ne Entwicklung der Gesellschaft. Die Auseinandersetzung mit Fluchtursachen
78 wäre dabei ein Beitrag von Wissenschaft und Forschung, um ein gutes Leben
79 für alle Menschen zu ermöglichen. Eine der verheerendsten Fluchtursachen
80 sind Krieg und Ressourcenkonflikte. Um dagegen vorzugehen ist sowohl die
81 Einführung von Zivilklauseln an Hochschulen geboten, damit keine Rüstungs-
82 forschung mehr unternommen und jegliche Kooperation mit Rüstungsunter-
83 nehmen beendet wird, als auch die Ausrichtung der Forschung auf Konfliktur-
84 sachen und die Ergründung und Lösung gesellschaftlicher Probleme.

85 Wir setzen uns ein:

- 86 • für die Beseitigung von Hürden beim Zugang zum Studium
- 87 • für eine auskömmliche öffentliche Studienfinanzierung für alle

- 88 ● für eine unbürokratische Immatrikulation von studieninteressierten
89 Flüchtlingen
- 90 ● für den Ausbau von Sprach-Intensivkursen
- 91 ● für die Weiterentwicklung der Sozial-, Rechts- und Studienberatung der
92 Hochschulen
- 93 ● für das erleichterte Erlangen des Studierendenstatus
- 94 ● für rein zivile Forschung, welche gesellschaftliche Probleme ergründet und
95 Problemlösungen entwickelt

96 **Rassismus bekämpfen**

97 Während tausende Menschen sich solidarisch in der Betreuung und Versor-
98 gung von Geflüchteten engagieren, ist auf rechter Seite eine Verrohung des ge-
99 gesellschaftlichen Klimas zu beobachten. Geistige Brandstifter*innen von NPD
100 und AfD, bis Pegida, CSU und darüber hinaus schüren rassistische Ressenti-
101 ments gegenüber Asylsuchenden und propagieren ein Menschenbild, das von
102 Ungleichheit und Ungleichwertigkeit geprägt ist. Sie versuchen, die gesellschaft-
103 lich weit verbreitete Unzufriedenheit mit der allgemeinen sozialen Lage gegen
104 Geflüchtete zu richten, um von den Ursachen sozialer Probleme abzulenken.
105 Während sich die Bundesregierung lobt, wird das Asylrecht weiter verschärft.

106 Wir fordern:

- 107 ● das Verbot von NPD, Pegida sowie jeglichen faschistischen Gruppierun-
108 gen und Organisationen
- 109 ● einen Ausbau des Schutzes vor rassistischer Ausgrenzung und Gewalt
- 110 ● die Förderung von Aussteiger*innenprogrammen für Angehörige der ex-
111 tremen Rechten
- 112 ● eine stärkere Verbreitung von antifaschistischen Inhalten in Bildungs-
113 und soziokulturellen Einrichtungen
- 114 ● die Abkehr von rassistischen Verdrängungs- und Kriminalisierungsprak-
115 tiken
- 116 ● Aufklärung über menschenfeindliche Ideologien auch außerhalb rechter
117 Organisationen bis in die gesellschaftliche „Mitte“ und ein Ende des ras-
118 sistischen Normalzustands!

Begründung

Ist im Text enthalten, weitere Begründung kann mündlich erfolgen.

AntragstellerInnen

LandesASTenKonferenz Niedersachsen

54-7-I3

AntragstellerInnen: AStA Uni Hamburg

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Kritische Wissenschaft für alle statt Exzellenz für die Interessen weniger

1 Die bundesweite Entwicklung in der Hochschul- und Wissenschaftspolitik deu-
2 tet einen anderen Weg als die Exzellenzinitiative an. Die Studierendenbewe-
3 gung hat in der letzten Zeit einiges durchgesetzt: Seit dem Wintersemester
4 2014/15 werden in keinem Bundesland mehr allgemeine Studiengebühren er-
5 hoben. In den letzten beiden Jahren sind Hochschulgesetze mit der Linie einer
6 zaghaften Demokratisierung überarbeitet worden. In Baden-Württemberg ist
7 nach jahrzehntelangem Verbot die Verfasste Studierendenschaft wieder einge-
8 führt worden. Die „Bologna“-Reform mit den Bachelor-Master-Studiengängen
9 steht hart in der Kritik. Im Jahr 2015 haben 36 Hochschulen neu eine Zivil-
10 klausel in ihren Grundordnungen festgeschrieben.

11 Dies ist ganz wesentlich dem Umstand geschuldet, dass bereits die europa-
12 weite studentische Protestbewegung 2009, die ihren Ausgang in der Gegner-
13 schaft zum „Humankapital“-Prinzip der Bologna-Reform nahm, über einen
14 Abwehrkampf hinaus ging und für die positive Perspektive der „Bildung mün-
15 diger Menschen“ kämpfte. Die Eckpunkte dieser erfreulichen Hochschulent-
16 wicklung sind dabei: Emanzipatorische Studienreform, Ausbau demokratischer
17 Verfassung der Hochschulen, bedarfsdeckende Grundfinanzierung für eine ge-
18 gesellschaftlich verantwortungsvolle Wissenschaft.

19 Die „Exzellenzinitiative“ (kurz EI) steht dieser Entwicklung souveräner Wis-
20 senschaft für die Bildung mündiger Menschen im kritischen Gesellschaftsbezug
21 entgegen – sie führt in die Irre. Statt die Wissenschaftsfragen an den zu lösen-
22 den epochalen Schlüsselproblemen zu orientieren, sollen bei der Vergabe der

23 EI allein Verwertungskriterien gelten. Innerhalb den Hochschulen soll dieser
24 „Wettbewerb“ dazu führen, dass die eh schon zu knappen Mittel in „exzellente“
25 Bereiche umverteilt werden. Perfide wird also die (politisch gewollte) Unter-
26 finanzierung der Hochschulen genutzt, um Wissenschaft stärker Konkurrenz-
27 und Wettbewerbsmechanismen zu unterwerfen und damit zur Konformität zu
28 zwingen.

29 Doch insbesondere in Anbetracht der aktuell tiefen gesellschaftlichen Krise sind
30 unorthodoxe, kritische Wissenschaftsansätze nötig, die unterlegt sind mit aus-
31 reichenden Grundmittel. Diese kritische Wissenschaft zum allgemeinen Wohl
32 kann nur in Kooperation betrieben werden, deswegen müssen alle konkurrenz-
33 verschärfenden Instrumente abgeschafft werden. Die EI darf nicht fortgesetzt
34 werden. Stattdessen muss die bedarfsgemäße Grundfinanzierung der Hochschu-
35 len ermöglicht werden, so dass die Gelder der bisherigen Exzellenzinitiative
36 „on-top“ an die Hochschulen ohne Konkurrenzmechanismen, sondern an ge-
37 gesellschaftlichen Erfordernissen orientiert vergeben werden.

38 Der freie Zusammenschluss studentInnenschaften e.V. (fzs) setzt sich vor die-
39 sem Hintergrund ein für:

- 40 • die Überwindung der Unterfinanzierung der Hochschulen durch öffentli-
41 che Investitionen und die Abschaffung der Schuldenbremse,
- 42 • die Abschaffung aller Konkurrenzmittel durch u.a. die Realisierung des
43 ausfinanzierten 1:1-Bachelor-Master-Übergangs,
- 44 • die inhaltliche (Um-)Orientierung von Wissenschaft, Forschung und Leh-
45 re auf die humane, demokratische und ökologisch, sozial und ökonomisch
46 nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft durch u.a. die Beendigung der
47 Exzellenzinitiative.

48 In diesem Sinne will der fzs alle Kritiker*innen der EI ermutigen, kritische
49 Wissenschaft für alle zu betreiben und sich dabei nicht von der EI abhalten
50 zu lassen. Der fzs unterstützt alle Studierendenschaften darin, Druck auf die
51 jeweiligen Landesregierungen und die Bundesregierung auszuüben für das En-
52 de der EI. Denn wenn nur ein Bundesland nicht mehr mitmacht, kann der
53 Staatsvertrag über die EI nicht zustande kommen.

AntragstellerInnen

AStA Uni Hamburg

54-7-I14

AntragstellerInnen: AStA Uni Lüneburg

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Solidarität mit den Mitgliedern der ODTÜ – Repressionen stoppen

1 Der freie Zusammenschluss von studentInnenschaften unterzeichnet den Aufruf
2 der Uni-Verwaltung der ODTÜ (Technische Universität des Mittleren Ostens),
3 welcher von 700 Mitgliedern des Lehrkörpers und 5000 Absolvent*innen un-
4 terzeichnet und verbreitet wurde.

5 Darüber hinaus erklärt sich der fzs solidarisch mit den Mitgliedern der Univer-
6 sität und fordert insbesondere Studierendenschaften und studentische Gruppen
7 dazu auf, den Aufruf zu unterschreiben und sich solidarisch zu erklären.

8 Eine weitere politische Unterstützung durch Demonstrationen und ähnliche
9 Aktivitäten erhöht den Druck auf die türkische sowie die deutsche Regierung
10 und wird daher angestrebt. Der Schulterchluss von Merkel und co. mit Erdo-
11 gan ist auch ein Schulterchluss mit dessen kriegstreibender Politik und muss
12 umgehend beendet werden.

13 **Aufruf in deutsch:**

14 „Die ODTÜ feiert gerade den 60. Jahrestag ihrer Gründung. An der ODTÜ
15 sind Studierende aus allen Städten, aus unterschiedlichen sozialen Schichten
16 der Gesellschaft mit unterschiedlichen politischen Ansichten. Mit 120.000 Ab-
17 solventen ist die ODTÜ eine der renommiertesten Institutionen des Landes
18 und vertritt universelle Werte. Die ODTÜ hat eine Kultur, die ihre Probleme
19 partizipativ, offen, zivilisiert lösen kann und wo verschiedene politische Ansch-
20 ten und Glaubensrichtungen gleichberechtigt sind. Diese demokratische Kultur,

21 *die durch die Zusammenarbeit der Lehrkörper, der Arbeitenden und der Stu-*
22 *dierenden der Universität entwickelt ist und getragen wird – als Teil der in der*
23 *Aufklärung verwurzelten Tradition – ist die Grundlage der Aufrechterhaltung*
24 *der optimistischen Zukunft der Uni.*

25 *Wir, die Mitglieder des Lehrkörpers, die diese Erklärung und den Aufruf un-*
26 *terschrieben haben, teilen mit, dass wir jegliche Einmischung von Außen, aus*
27 *welchen Gründen auch immer, ablehnen. Wir rufen alle zur Aufrechterhaltung*
28 *der Souveränität der Universität, der akademischen Freiheit, der wissenschaft-*
29 *lichen Bildung und Forschung auf.“*

30 **Aufruf:**

31 *“60. yıl dönümünü kutlayan ODTÜ, Türkiye’nin tüm bölgelerinden, farklı so-*
32 *syal kesimlerden ve siyasi görüşler-den öğrencisi ve 120.000’i aşkın mezunu ile*
33 *ülkemizde evrensel değerlerin taşıyıcısı saygın kurumlardan biridir.*

34 *ODTÜ, aynı zamanda, farklı görüş ve inançlara saygılı, bunların özgürce dile*
35 *getirildiği ve yaşandığı, sorun-larını çoğulcu, katılımcı ve hoşgörülü yaklaşımla*
36 *çözebilme kültürüne sahip bir üniversitedir. ODTÜ yö-netimi, çalışanları,*
37 *öğrencileri ve mezunlarının özverili çabalarının ürünü olan bu demokratik kül-*
38 *tür, ülkemizin köklü üniversite geleneğinin bir parçası olarak aydınlık geleceği-*
39 *nin güvencesidir.*

40 *Biz aşağıda imzası bulunan ODTÜ öğretim elemanları her ne sebeple olursa*
41 *olsun ODTÜ’ye üniversite dışından yapılacak müdahaleleri kabul edilemez bul-*
42 *duğumuzu duyuruyor, üniversiteyi tanımlayan evrensel değerleri ülkü edinen*
43 *herkesi bilimsel düşünce ve araştırmaya, üniversite özerkliğine ve akademik*
44 *özgürlüklere sahip çıkmaya davet ediyoruz.”*

45 *Orginaltext des Aufrufs der Lehrenden und Kommilitoninnen der ODTÜ (Or-*
46 *tadogu Teknik Üniversitesi) – Technische Universität des Mittleren Ostens;*
47 *Unterzeichnende: 700 namentlich genannte Mitglieder der ODTÜ und 5000*
48 *Absolvent*innen.*

Begründung

Die ODTÜ ist die älteste Universität der Türkei. Sie war 1968 Ausgangspunkt für die Studentenbewegung und dies hat bis heute weiter Bestand. Die linke Hegemonie, welche an der Universität vorherrscht, ist für Erdogan und seine Schergen ein Dorn im Auge. Seit Jahren versucht die türkische Regierung die Universität und ihre Mitglieder für die repressive und konservative Politik der

AKP einzunehmen. Dies stößt auf großen Widerstand seitens der Mitglieder. Was am folgenden Vorfall, woraufhin der Aufruf entstanden ist, erneut deutlich wird:

Am 22. Dezember fand ein Streit zwischen linken Studierenden und einigen IS-Anhängern statt. Nachdem sich herausgestellt hat, dass zwei Absolventen der ODTÜ sich dem IS angeschlossen haben und in Syrien getötet worden sind, wurde Propaganda und Rekrutierung von Studierenden für den IS in der ODTÜ unternommen. Daraufhin haben die linken Studierenden den Zusammenhang zwischen der sich charismatisch gebenden studentischen Gruppe “ODTÜ Mescit Toplulugu” und dem IS veröffentlicht und erklärt, dass Scharia-Propaganda und IS-Rekrutierung nicht toleriert werden.

Ein Teil der islamischen Studenten hat veröffentlicht, dass sie schon lange an der Uni eine große Moschee und acht kleine „mescit“ haben, ihren Glauben ausüben können und bis jetzt kein Problem hatten, bis der IS sich breitmachen wollte und auch sie selber vom IS bedroht wurden. Die türkische Zeitung “Yeni Akit” hat daraus die Schlagzeile “Linke überfallen und bedrohen die betenden Studenten” gemacht, andere Medien haben ebenfalls in diesem Stil berichtet.

Die Propaganda, man würde betende Studierende überfallen, dient allein dem Zweck den Widerstand zu brechen und die Universität in den Dienst der türkischen Regierung zu stellen, damit diese ihr repressives Vorgehen gegen die Bevölkerung fortsetzen kann. Universitäten als Orte der Hegemoniebildung waren schon immer umkämpft. Die ODTÜ zeigt, dass demokratische, kritische und verantwortungsvolle Wissenschaft notwendig ist, um im Wohle aller die Welt weiterzuentwickeln.

Dies will Erdogan verhindern und fordert deshalb vom YÖK (Staatliche Dachorganisation der Unis, direkt Erdogan unterstellt) eine Untersuchung des Vorfalls an der ODTÜ, um den nahezu einzigen Rektor, der nicht AKP-Anhänger ist und eine laizistische Weltanschauung hat, aus dem Amt zu entheben.

AntragstellerInnen

AStA Uni Lüneburg

54-7-I1

AntragstellerInnen: Ausschuss Internationales

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Internationale Studierendenplattform

1 Anlässlich der Bemühungen der ESU zur Gründung einer Internationalen Stu-
2 dierendenplattform positioniert sich der fzs wie folgt:

3 Der fzs hält eine internationale Zusammenarbeit von Studierende und für Bil-
4 dung wichtig. Dabei können zwei Aufgaben unterschieden werden:

- 5 1. Eine Austauschplattform wie das International Students Movement das
6 eine Struktur zur Vernetzung und Solidaritätsarbeit anbietet.
- 7 2. Eine Organisation zur Beobachtung und Begleitung der Umsetzung vom
8 Recht auf Bildung ähnlich wie es Amnesty International für Menschen-
9 rechte tut.

10 Beide Arbeiten erscheinen dem fzs gleich wichtig, allerdings erfordern sie un-
11 terschiedliche Strukturen. Ob sie unter einem Dach vereint werden könnten
12 und welche Arbeit zuerst angegangen wird, kann und möchte der fzs nicht
13 selbst entscheiden. Er wird sich in die bestehenden Prozesse sowohl bei der
14 International Cooperation Working Group als auch beim ISM einbringen, da
15 dies aktuell die Prozesse sind, die sich an einer internationalen Vernetzung und
16 Organisation versuchen. Wenn weitere erfolgsversprechende Projekt entstehen
17 wird sich der fzs auch an diesen beteiligen. Eine erneute Mitarbeit in der IUS
18 (International Union of Students) kann sich der fzs nur bei einer Emanzipie-
19 rung z.B. der Union von Nordkorea vorstellen.

Begründung

Einige europäische Studierendenverbände erarbeiten zur Zeit eine Idee für eine weltweite Studierendenvernetzung. Der Ausschuss Internationales schlägt vor die Position des fzs zu aktualisieren.

AntragstellerInnen

Ausschuss Internationales

54-7-I16

AntragstellerInnen: AS u.a.

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Sexismus ist keine Kunst

1 Nachdem der AStA (Allgemeiner Student*innenausschuss) der **Goethe-**
2 **Universität Frankfurt** jahrelang mit auf dem Campus und außerhalb
3 agierenden „Verführungskünstlern“ zu tun hatte, ist ein Artikel in der Stu-
4 dent*innenzeitschrift erschienen, der dieses Verhalten, unter Nennung betei-
5 ligter Akteur*innen, benannt und kritisiert hat.

6 Was zur Veröffentlichung des Artikels geführt hat, waren sich häufende Vor-
7 fälle auf dem Campus, in denen Studentinnen*[1] mit aggressiven Techniken
8 „verführt“ werden sollten.

9 Es sollten bestehende Zustände benannt und darüber aufgeklärt werden, wel-
10 che Personen und Strukturen an ihnen beteiligt sind.

11 Dabei wurden sowohl die PickUp-Community, wie auch beteiligte Einzelper-
12 sonen kritisiert.

13 Es folgte eine Klage, die sich auf die Nennung des Namens einer Person im
14 Artikel bezog.

15 Nachdem die Klage beim Verwaltungsgericht in erster Instanz personenrecht-
16 lich nicht durchgesetzt werden konnte, kam es in der zweiten Instanz zu einer
17 gerichtlichen Entscheidung, u.a. auf Basis des Presserechts, da zusätzlich mit
18 dem hochschulpolitischen Mandat argumentiert wurde.

19 Die Entscheidung fiel dieses Mal gegen den AStA aus:

20 Die Äußerungen zum Thema PickUp Artists seien keine genuin hochschulpoli-
21 tische Angelegenheit sondern eine gesellschaftspolitische und fielen damit auch

22 nicht in den Themenbereich, mit dem die Student*innenschaft sich öffentlich-
23 keitswirksam zu beschäftigen habe.

24 Resultat des Ganzen ist eine Auseinandersetzung auf drei Ebenen:

25 1.) **Die feministische Kritik**

26 Die inhaltliche Kritik an den selbsternannten „Verführungskünstlern“, die nach
27 wie vor international und lokal agieren, bleibt bestehen. Die Möglichkeit, Hoch-
28 schule zu einem Raum zu machen, in dem sich Frauen* frei bewegen können,
29 wird weiter eingeschränkt.

30 Zu diesem Punkt folgen unten weitere Ausführungen.

31 2.) **Trennung von Allgemein- und Hochschulpolitik**

32 Die Behauptung, der zugrundeliegende Sexismus und die damit einhergehen-
33 den Konflikte an der Hochschule dürften keine Themen öffentlicher studentischer
34 Diskussionen sein, markiert eine Zäsur, die nur künstlich aufrechterhalten
35 werden kann.

36 In der Realität sind die Menschen, die sich an einer Hochschule begegnen,
37 immer auch Teil der bestehenden Gesellschaftsordnung und ihrer Effekte. Diese
38 Tatsache wird durch das Urteil untergraben.

39 Das Bestreben, studentische Gruppen zu entpolitisieren, wird damit durch
40 weitere Sanktionen vorangetrieben.

41 Hochschulpolitische Arbeit ist ohnehin schon ein Raum, der durch Hürden
42 der Prekarisierung, zeitlichen Anforderungen des Studiums und immer weit-
43 reichende Bildungsreformen rasant schwindet oder affirmativ gestaltet wird.

44 3.) **Die Disziplinierung von Sozialbereichen**

45 In Deutschland kann sich die Verfasste Student*innenschaft als körperschaft-
46 liche Organisation aller Student*innen nicht auf Grundrechte, wie etwa die
47 Meinungs- oder Pressefreiheit berufen. Das liegt an einem Rechtsverständnis,
48 das historisch älter ist als die Bundesrepublik. Gemäß dieser Rechtsauffassung
49 gehören Körperschaften öffentlichen Rechts der mittelbaren Staatsverwaltung
50 an und dienen der Disziplinierung von Sozialbereichen. Aus dieser Perspektive
51 sind Verfasste Student*innenschaften allenfalls potentielle Grundrechtsverlet-
52 zerinnen, die – wie der Staat – dem bürgerlichen Individuum einschränkend
53 gegenüberstehen. In diesem urdeutschen Rechtsverständnis, das auf so zweifel-
54 hafte Denker wie Carl Schmitt und Ernst Forsthoff zurückgeht, ist eine kollek-
55 tivgrundrechtliche Betrachtungsweise ausgeschlossen.

56 Bemerkenswerterweise ist dieser Umstand den Student*innenschaften histo-
57 risch genau dann zum Verhängnis geworden, als sie begannen sich in eine
58 außerparlamentarische Opposition gegenüber dem staatlichen Regierungshand-
59 deln zu verwandeln. Uns reicht es allerdings nicht, bloß zynisch darüber zu
60 schmunzeln, dass Etatist*innen, die gesellschaftliche Prozesse Top-Down kon-
61 struieren, scheinheiligerweise genau dann vor dem Staat und den Verfassten
62 Student*innenschaften warnen, wenn letztere emanzipatorische Ziele voran-
63 treiben wollen. Wir werden uns auch zukünftig kritisch gegenüber dem Staat
64 und sozialen Dominanzbeziehungen verhalten.

65 **Infolge der Zensur solidarisierten sich bundesweit (studentische)**
66 **Gruppen mit dem AStA der Universität Frankfurt.**

67 Die Gründe dafür waren und sind die inhaltliche Ablehnung der Agenda der
68 selbsternannten Verführungskünstler und deren offensiv sexistische Praktiken,
69 aber auch den Widerstand gegen die Zensur studentisch-politischer Teilhabe.

70 Die Solidarisierung war mit der Wiederveröffentlichung der Artikel verbunden
71 und der Unterzeichnung einer gemeinsamen Pressemitteilung verbunden.

72 Diese kollektive Wiederveröffentlichung sollte ein klares Zeichen setzen, dass
73 sich die betreffenden Gruppen nicht den Mund verbieten lassen würden und
74 auch nicht hinnehmen würden, wenn Anderen, darunter auch vielen feministi-
75 schen Aktivist*innen, untersagt würde, sich gegen die agierenden Sexisten zur
76 Wehr zu setzen und sie als solche zu benennen.

77 Aus der Wiederveröffentlichung resultierte eine Reihe von Abmahnungen inklu-
78 sive hoher Geldforderungen gegen zahlreiche hochschulpolitische Gruppen.

79 Bevor es mit dem aktuellen Stand weitergeht, sollen an dieser Stelle einige
80 Worte zum Gegenstand der Debatte gesagt werden.

81 **Es ist eine Debatte über Sexismus, die trotz des gemeinsamen The-**
82 **mas ganz anders verläuft, als die Debatte zur Silvesternacht am Köl-**
83 **ner Hauptbahnhof. Dazu ist es wichtig zu verstehen, wer "PickUp-**
84 **Artists" sind, wie sie organisiert sind und wie sie agieren.**

85 "Der Begriff **Seduction Community** oder **Pickup Community** bezeichnet
86 heterogene, überwiegend männliche Gruppen, die sich durch Anwendung ver-
87 schiedener Methoden bessere Chancen in der Kunst der sexuellen Verführung
88 versprechen", sagt uns der Wikipedia Eintrag zu "Seduction Community". Dar-
89 an wäre zu korrigieren, dass es nicht als Kunstform gelten kann, wenn einem die
90 Mittel eines jahrhundertealten Patriarchats zu gebote stehen, um männliches
91 Begehren an anderen Menschen durchzusetzen.

92 Es handelt sich um eine international weit verstreute und über das Internet
93 vernetzte Gruppe von überwiegend weißen, cis-männlichen Menschen [2].

94 Bekannt ist die "Community" vielen vielleicht über vier Vertreter:

95 Der fiktionale Charakter "**Barney Stinson**" aus der Serie "How I met your
96 mother";

97 der Autor des Buches *The Game: Penetrating the Secret Society of Pickup*
98 *Artists* (deutsch: Die perfekte Masche. Bekenntnisse eines Aufreißers), **Neil**
99 **Strauss**.

100 Ein extremer Vertreter ist Daryusch Valizadeh, im Internet besser unter dem
101 Pseudonym **Roosh V** bekannt, der dieses Jahr forderte, Vergewaltigungen im
102 privaten Raum zu legalisieren, um "unterdrückten Männern" ihre "Rechte"
103 wiederzugeben.

104 Und **Julien Blanc**, der 2014 international in seiner Funktion als "Dating-
105 Guru" auffiel, indem er in seinen Seminaren Sätze sagte wie: "In Tokio kannst
106 du als weißer Mann machen, was du willst. Ruf einfach Pokémon oder Pikachu
107 und greif sie dir."

108 Dazu passend den Hashtag #ChokingGirlsAllAroundTheWorld prägte und mit
109 Vorliebe T-shirts trägt auf denen "Diss Fatties, Bang Hotties" zu lesen sind.

110 Nachdem Blanc Einreiseverbot in Großbritannien und Australien erhalten hat,
111 wo er Seminare plante, ist es in den letzten zwei Jahren stiller um ihn gewor-
112 den.

113 Wer aber denkt, Blanc sei ein "schwarzes Schaf" mit herausragend misogynen
114 Ansichten, der*die irrt sich.

115 Seit Anfang der 1990er Jahre weitet sich auch die kommerzielle Seite der Com-
116 munity aus. Es erscheinen Ratgeber, Serien und Filme zum Thema (Beispiele:
117 "Magnolia", Spielfilm, (1999), "The Pickup Artist, Reality TV Show, VH1
118 (2007), "How to Get the Women You Desire into Bed", Ross Jeffries (1994)
119 u.v.m.).

120 Hinzu kommen einige international aufgestellte Unternehmen, die Pick-Up Se-
121 minare anbieten.

122 Die Preise für ein zweitägiges Seminar liegen in Deutschland gerade bei rund
123 1450 Euro und werden beworben mit Sätzen wie "Verführung nützt auch fürs
124 Business!" und "Erklärungen" wie:

125 "Es gibt Mechanismen, wie man bei schönen Frauen unter dem Radar in die
126 unterbewussten Schichten kommt, um bei ihnen den "Ich-will-den Typ" Schal-
127 ter auslöst."

128 Um solche Aussagen zu stützen, werden populärwissenschaftliche Thesen (z.B.
129 Frauen* seien auf der Suche nach "guten Genen") herangezogen oder, je nach
130 Gusto, Verhaltensbiologie, sexuelle Selektion, evolutionäre Psychologie, evolu-
131 tionäre Ästhetik, Soziologie, Soziobiologie oder Neuropsychologie als "wissen-
132 schaftliche" Grundlage herbeizitiert.

133 "Techniken" wie Persuasive Kommunikation, Bewusstseinskontrolle, Suggesti-
134 on oder Hypnose sind geringesehene Zusatzqualifikationen.

135 Die PickUp Community setzt damit aber entgegen ihrer Behauptung nicht
136 auf "wissenschaftliche Erkenntnisse", sondern auf die Auswirkungen weiblicher
137 Geschlechtersozialisierung, die von ihnen systematisch ausgenutzt wird.

138 So werden schon bestehende gesellschaftliche Strukturen rund um das Ge-
139 schlechterverhältnis genutzt, um sexuelle Verfügungsgewalt zu demonstrieren
140 und männliches Begehren um jeden Preis durchzusetzen.

141 Kurzum: Es handelt sich um die Systematisierung von Rape Culture.

142 Rape Culture bezeichnet eine kulturelle Atmosphäre, in der das andauernde
143 Übertreten individueller Grenzen von Frauen* normalisiert wird, in privaten
144 und öffentlichen Räumen gleichermaßen.

145 Die "PickUp Community" ist ein exzellentes Beispiel für diese Kultur, aber
146 sicher nicht das Einzige. Der Grad der "Professionalisierung" und ihr schematisches
147 Vorgehen macht sie als Vertreter aber besonders sichtbar- und benenn-
148 bar.

149 Die Rede ist von einer Community, die in einem ihrer größten deutschen Foren
150 mit den Worten wirbt:

151 "Wie man zum Kuss kommt, wie man zu der Intimzone der Frau gelangt,
152 ohne große Widerstände. Wenn das Prinzip einmal klar ist, werden Sie überall
153 fremde Frauen küssen im Club, bei Dates, auf der Straße, einfach immer und
154 an jedem Ort. Sie werden nie wieder Angst vor der Eskalation haben, denn Sie
155 werden sie vollkommen beherrschen."

156 Was hier ausbuchstabiert wird, ist eine zugespitzte Form des üblichen Bezugs
157 von Männern* auf Frauen* und kein Alleinstellungsmerkmal der PickUp Com-
158 munity.

159 Einer Gesellschaft, in der Frauen* sich nicht frei bewegen können, ohne sexua-
160 lisiert und/oder beleidigt zu werden, fügt die Pickup Community noch eine
161 Bedrohung hinzu.

162 Wenn es in den Seminaren und Ratgebern der selbsternannten Gurus expli-
163 zit um "schöne Frauen" geht, wird auch klar, dass es hier um eine noch viel
164 weiterreichende Klassifizierung geht:

165 Der Wert eines Menschen wird in einem Nummerierungssystem von 1-10 gestaf-
166 felt.

167 Wer nicht hart arbeitet, um sich diesen verrückten Maßstäben anzupassen,
168 darf mit Beleidigungen auf der Straße rechnen ("Diss Fatties, Bang Hotties",
169 eben.).

170 Das bedeutet: Keine Frau* ist davor gefeit. Die Degradierung zum Objekt
171 beinhaltet Abwertung und Aufwertung gleichermaßen und kann willkürlich
172 von einem ins andere umschlagen. Diese Klassifizierungsmechanismen repro-
173 duzieren auch andere existierende Abwertungen, gerade mit und durch ihre
174 pseudowissenschaftliche Argumentation.

175 So gehören zu diesem Menschenbild notwendigerweise auch Abwertungen von
176 Menschen, die von ihrem Körper, ihrem Verhalten oder ihrer politischen Hal-
177 tung her nicht dem von der Community gesetzten "Ideal" entsprechen – also
178 eigentlich allen, die nicht als "schöne Frauen" oder "starke Männer" eingeord-
179 net werden.

180 Und selbst diese sind nur so viel Wert wie ihre Funktionen.

181 Damit wird nicht nur ein zutiefst reaktionäres Geschlechterrollenbild gewalt-
182 sam fortgeschrieben, sondern auch eine konkurrenzbasierende Gesellschaft unter-
183 mauert.

184 Die Logik der An-und Aberkennung von Wert anhand von ästhetischen, funk-
185 tionalistischen und sexistischen Ideologien ist als Grundlage für einen zwischen-
186 menschlichen Umgang abzulehnen.

187 Uns geht es darum, aktiv gegen die Akteure anzugehen, die Rape Culture zu ei-
188 ner Alltagsrealität machen und **nicht** Frauen* für ihren Umgang mit einer sol-
189 chen Kultur zu kritisieren oder gar zu bestrafen. Ein reaktionäres Frauen*bild,
190 das Frauen* als Opfer und Objekte männlichen Begehrens imaginiert, muss ak-
191 tiv bekämpft werden, um Freiräume und Alternativen zu ermöglichen.

192 Wenn diejenigen, die gegen Sexismus aktiv werden, zum Schweigen gebracht
193 werden, hat das zur Folge, dass sexistische Praxen weiterhin als Normalzustand
194 akzeptiert werden.

195 Wenn sich über "PickUp-Artists" als Ausnahmephänomen entsetzt wird, das
196 nichts mit bestehenden Realitäten zu tun hat, ist auch das eine Verschleierung
197 von herrschenden Zuständen.

198 Sexismus und sexuelle Gewalt sind Phänomene, die zum bestehenden Ge-
199 schlechterverhältnis gehören wie die Kälte zum Eis.

200 Die Empörung über Einzelpersonen und Gruppen, wo Sexismus als individuelle
201 Tat auftaucht oder auf Basis rassistischer Ressentiments diskutiert wird, wird
202 der gesamtgesellschaftlichen Lage nicht gerecht und beinhaltet stark verkürzte
203 Kritik.

204 Wenn eine Debatte über Sexismus nur dann geführt werden *darf*, wenn die Tä-
205 ter vermeintlich Geflüchtete sind, dann hat das nichts mit einer vollständigen
206 oder gar sinnvollen Diskussion über sexuelle Gewalt zu tun.

207 Wir stellen uns diesen Strukturen als Bündnis verschiedener Stu-
208 dent*innenvertretungen, politischer Organisationen und Publikationsorgane
209 entschieden entgegen. Wir haben uns

210 [1] Die Schreibweise mit dem * zeigt an, dass Geschlecht eine gesellschaftliche
211 Kategorie und keineswegs eine natürliche Tatsache ist.

212 Die PickUp-Szene reproduziert durch populärwissenschaftliche Argumentatio-
213 nen und gegen weiblich gelesene Personen gerichtete Sexismen ein zutiefst re-
214 aktionäres Menschen- und Geschlechterrollenbild.

215 Nach Meinung der Autor*innen ist dies aber eher ein Grund, weiterhin auf die
216 Gemachtheit von Geschlecht hinzuweisen, daher werden die Sternchen auch in
217 diesem Text verwendet.

218 [2] Unter Cis-Männern werden Menschen verstanden, deren bei der Geburt
219 zugewiesenes männliches Geschlecht mit ihrer gelebten Geschlechtsidentität
220 übereinstimmt.

Begründung

Der fzs ist Bündnispartner im Bündnis gegen PickUp-Artists und sollte des-
wegen auch eine Beschlusslage dazu haben.

AntragstellerInnen

AS, Vorstand

54-7-I15

AntragstellerInnen: Ausschuss Studienreform

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Positionspapier Service Learning

1 Die Hochschule stellt für uns einen wichtigen Akteur in unserer Gesellschaft
2 dar. Sie sollte maßgeblich zur Gestaltung unseres Zusammenlebens beitragen
3 und progressive Ideen einbringen. Doch in der Regel stehen Hochschulen un-
4 ter einem enormen ökonomischen Druck, aufgrund von Unterfinanzierung und
5 Drittmittelabhängigkeit. Ausdruck findet diese Ökonomisierung von Studien-
6 inhalten beispielsweise im Konzept des *Service Learning*.

7 *Service Learning* verbindet ehrenamtliche Arbeit mit den im Studium erworbe-
8 nen Fähigkeiten. Neben der Anwendung des Fachwissens steht hier der Erwerb
9 von *soft skills* im Vordergrund. Hier wird Ehrenamt zu Selbstveredelungszwe-
10 cken ins Studium eingebunden.

11 Weiterhin sehen wir Ehrenamt als wichtigen Teil der Persönlichkeitsentwick-
12 lung, die neben dem Studium ermöglicht werden soll, aber nicht als selbst-
13 veredelnde Schlüsselkompetenz Teil des Studiums sein soll. Das Konzept des
14 *Service Learnings* dient vor allem einem Zweck, die Forderungen von Unterneh-
15 men nach Absolvent*innen mit gewissen *soft skills* zu erfüllen. Daher sehen wir
16 die Gefahr, dass Ehrenamt durch *Service Learning* zum strategischen Selbst-
17 zweck wird. Dabei besteht das Problem nicht in der Reflektion von ehrenamt-
18 lich ausgeübter Praxis in der Akademie, sondern in der Kommodifizierung der
19 gemeinwohlorientierten Arbeit.

20 Daraus stellt sich die Frage welche Faktoren in der Hochschullandschaft geän-
21 dert werden müssen, um eine gemeinwohlorientierte Ausrichtung der Hochschu-
22 len zu erreichen, die unabhängig von wirtschaftlichen Interessen oder Zwängen

23 arbeiten kann. Dies gilt es zu eruieren, um Verbesserungen zu erreichen. Eh-
24 renamtliches Engagement ist wichtig und sollte auch während des Studiums
25 ermöglicht werden. Hier gilt es Freiräume zu schaffen, dass Studium und eh-
26 renamtliche Arbeit gleichzeitig zu bewältigen sind und nicht gegenwärtig
27 abgewogen werden müssen.

AntragstellerInnen

Ausschuss Studienreform

54-7-I4

AntragstellerInnen: Alexander Buchheister u.a.

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Weiterentwicklung der Finanzierung des ESU-Pools aus Gutachter*innen für Quality Assurance und Anpassung der Aufwandsentschädigungen für die studentischen Gutachter*innen

- 1 1. Der fzs wird sich dafür einsetzen, dass ESU mittelfristig das Finanzierungs-
2 modell des ESU-QA-Pools als Solidaritätsmodell auf Grundlage von Aufwands-
3 entschädigungen der studentischen Gutachter*innen zu überdenken und es in
4 Richtung eines von den Aufwandsentschädigungen unabhängiges Modell wei-
5 terzuentwickeln.
- 6 2. Der fzs wird darauf hinwirken, dass ESU kurzfristig das aktuelle Finan-
7 zierungsmodell des ESU-QA-Pools als Solidaritätsmodell auf Grundlage von
8 Aufwandsentschädigungen der studentischen Gutachter*innen an die Anwen-
9 dung des Berichtigungskoeffizienten für die Dienst- und Versorgungsbezüge der
10 Beamten und sonstigen Bediensteten der Europäischen Union anpasst.

Begründung

Zu 1. Den Antragstellern erscheint es seltsam, dass im Falle des ESU QA-Pools Studierende selber für Ihre Beteiligung an Qualitätssicherung einen finanziellen Beitrag leisten müssen. Der ESU QA Pool besteht derzeit aus zirka 60

54-7-I4 Weiterentwicklung der Finanzierung des ESU-Pools aus Gutachter*innen für Quality Assurance und Anpassung der Aufwandsentschädigungen für die studentischen Gutachter*innen Mitglieder*innen, die sich durch sehr hohe Kompetenzen im Bereich von Qualitätssicherung in Higher educational institutions (HEI) auszeichnen. Dieser Pool wurde 2009 gegründet und besteht aus Mitglieder*innen der 39 Mitgliedsländer von ESU. Die Besetzung ändert sich einmal jährlich, verwaltet wird dieser durch ein Steering Committee. Die Poolmitglieder*innen werden für Verfahren der EUA IEP Institutional Evaluation Programme, von ENQA für die Akkreditierung von nationalen Akkreditierungsagenturen sowie für Verfahren an HEIs angefragt. Im nationalen Kontext wird sowohl der Studentische Pool in Deutschland, wie auch die entsprechenden Einrichtungen in der Schweiz und Österreich von den Qualitätssicherungsagenturen bzw. von der öffentlichen Hand unterstützt und ist in die Strukturen der nationalen Studierendenvertretung strukturell integriert. Die Aufwendungen der Koordination sowie der Verwaltung werden über Overheadkosten und die Unterstützung von Stakeholdern abgedeckt. Studierende, die das System als studentische Gutachter*innen unterstützen, erhalten für ihr mehrtägliches Engagement eine Aufwandsentschädigung. Diese liegt im Regelfall zwischen 500 Euro (Programmakkreditierung) und 1.000 Euro (Systemakkreditierung). Gemäß der Tabelle in der ESU-Selbstverpflichtungserklärung reichen die Honorare bei europäischen Verfahren wohl von 0 bis zu über 2.500 Euro, wobei der Regelfall nach Erfahrung der Antragssteller im Bereich 500-2.000 Euro für das mindestens dreitägige Verfahren plus der entsprechenden Vor- und Nachbereitungszeit, liegt. Der abzufühlende Anteil beginnt bei 30% und steigt auf bis zu 75% (vgl. Tab. 1). Nachfolgend soll anhand von drei Beispielen, noch einmal dargestellt werden, was mit verschiedenen Aufwandsentschädigungen passiert:

Höhe der Aufwandsentschädigung: 750 Euro | 1.500 Euro | 2.000 Euro

Anteil Gutachter*in: 450 Euro | 675 Euro | 700 Euro

Anteil ESU: 300 Euro | 825 Euro | 1.300 Euro

Dies führt dazu, dass der Anteilswert für die studentischen Experte, die Summen bei nationalen Verfahren deutlich unterschreitet. Dies scheint kurios und wird den erweiterten Anforderungen an die Gutachter*innen nicht gerecht. Zudem ergeben sich aus der „freiwilligen Spende“ an ESU auch bisher unbeantwortete steuerrechtliche Fragestellungen für die studentischen Gutachter*innen, da diese die erhaltene Aufwandsentschädigung vollständig und ohne Abzug des „ESU-Abführungsanteils“ versteuern müssen. Vor diesem Hintergrund scheint es schwierig, weitere Studierende für ein Engagement im ESU-QA-Pool nachhaltig zu motivieren. Partizipationshürden für ein Engagement in europäischer Dimension sind beispielsweise sehr umfangreich. Nachdem Erfahrungen im nationalen Qualitätssicherungssystem gemacht worden

*54-7-I4 Weiterentwicklung der Finanzierung des ESU-Pools aus
Gutachter*innen für Quality Assurance und Anpassung
der Aufwandsentschädigungen für die studentischen Gutachter*innen*

sind, nehmen diese Studierenden im Regelfall erst im fortgeschrittenen Studium Kenntnis vom ESU-QA-Pool. Dieser soll jährliche „Calls“ durchführen, welcher es Studierenden ermöglicht, sich für eine Mitgliedschaft im ESU-QA-Pool zu bewerben. Neben einem Nominierungsschreiben der nationalen Studierendenvertretung (benötigt eine entsprechende Bewerbung an dieser Stelle) ist auch ein umfangreicher Fragenkatalog auszufüllen. Nach der Entscheidung durch das entsprechende Steering Committee, sollen die Studierenden eines der organisierten Trainings besuchen. In den letzten zwei Jahren jedoch, fanden weder regelmäßige Calls noch Seminare statt. Zudem bedauern die deutschen Mitglieder des ESU-QA-Pools, dass Ausschreiben für Verfahren sehr kurzfristig stattfinden, die Webseiten nicht gepflegt werden und auch Verträge nicht beidseitig zugestellt werden. Es ist daher nicht vollends deutlich, inwiefern die verpflichtend abgeführten Mittel sinnvoll und effizient eingesetzt werden. Diese Punkte ergänzt um die Tatsache, dass die Studierenden die einzige Gruppe (im europäischen Kontext) sind, welche Teile Ihrer Aufwandsentschädigung abführen müssen, um partizipieren zu können, bilden eine ausreichende Grundlage, dass hier Handlungsbedarf in Richtung einer Weiterentwicklung besteht.

Ergänzend zu 2. Da Punkt 1 eine mittelfristige Perspektive hat und strukturelle Veränderungen benötigt, kann der unglückliche Zustand mit dem zweiten Punkt zeitlich kurzfristiger etwas abgeschwächt werden. Unstreitig sollte sein, dass die Kaufkraft in Europa aktuell leider unterschiedlich ist und die Bemühungen zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in der Europäischen Union keinen kurz- oder mittelfristigen Prozess darstellen. 100 Euro in Dänemark stellen somit einen anderen Gegenwert als 100 Euro in einem südosteuropäischen ESU-Mitgliedsland dar. Die Abführungstabellen sollten daher einem vergleichbaren System angepasst werden. Hierbei soll ein bestehendes System zurückgegriffen werden, was aber zeitgleich auch eine entsprechend adäquate Erstattung der Aufwendung für alle studentischen Gutachter*innen sicherstellt. Als Orientierung für die rein quantitative Bewertung der unterschiedlichen Lohnniveaus stellen die Antragssteller*innen den Berichtigungskoeffizienten für die Dienst- und Versorgungsbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten der Europäischen Union[1] in den Diskussionsraum. Entsprechende Koeffizienten für nicht EU-Länder sind ebenfalls vorhanden.[2] Setzt man die nationalen Werte in ein reziprokes Verhältnis zum Abführungsanteil (siehe Beispiel), ergibt sich nach Auffassung der Antragssteller*innen ein kurz- und mittelfristig besseres System Beispiel: Aufwandsentschädigung: 1.500 Euro (Anteil der Abführung nach ESU QA pool Solidarity Policy: 55%)

Indexwert Dänemark 131,3 %: $(100/131,3) * 55\% = 41,88\%$ | 628,20 € Abführung | 871,80 € Gutachter*in

54-7-I4 Weiterentwicklung der Finanzierung des ESU-Pools aus
Gutachter*innen für Quality Assurance und Anpassung
der Aufwandsentschädigungen für die studentischen Gutachter*innen
Indexwert Deutschland $96,4\% : (100/96,4) * 55\% = 57,05\% \mid 855,75 \text{ € Abführung} \mid 644,25 \text{ € Gutachter*in}$

Indexwert Kroatien $72,2\% : (100/72,2) * 55\% = 76,17\% \mid 1142,55 \text{ € Abführung} \mid 357,45 \text{ € Gutachter*in}$.

Diese unterschiedliche Höhe der Auszahlung darf natürlich nicht zu einem veränderten Auswahlverfahren bei den studentischen Expert*innen beim Steering Committee führen. Wie der bisherige Auslosungsprozess im Detail funktioniert, ist auch den Antragssteller*innen nicht bekannt. Mit diesem Vorschlag sehen wir jedenfalls eine fairere Bezahlung der Gutachter*innen als erfüllt an.

[1] [http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52014XC1212\(03\)&qid=1425244553811&from=EN](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52014XC1212(03)&qid=1425244553811&from=EN)

[2] [http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52014XC1212\(02\)&qid=1425244553811&from=EN](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52014XC1212(02)&qid=1425244553811&from=EN)
Eine ordentlich formatierte Version ist unter <http://goo.gl/TFZH8M> abrufbar.

AntragstellerInnen

Alexander Buchheister, Christopher Bohlens

54-7-I21

AntragstellerInnen: AStA Uni Lüneburg

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Nachhaltiger fzs

- 1 Der fzs verpflichtet sich, Konzepte von nachhaltiger Entwicklung in seinem
2 Handeln zu berücksichtigen.
- 3 Bei der Anschaffung von Ausstattungs- und Verbrauchsgegenständen sowie
4 Konsumgütern ist daher wie folgt vorzugehen:
 - 5 • Es ist zu prüfen, ob eine Anschaffung notwendig ist. Die Reparatur von
6 Ausstattungsgegenständen ist dabei einer Neuanschaffung vorzuziehen.
 - 7 • Ist die Notwendigkeit einer Anschaffung gegeben, ist die Ausleihe oder
8 der Kauf gebrauchter Gegenstände einer Anschaffung von Neuprodukten
9 vorzuziehen, sofern dies nicht ökologisch schädlich ist.
 - 10 • Ergibt sich die Notwendigkeit einer Anschaffung, sind dabei folgende
11 Kriterien besonders zu beachten: zertifiziert biologische, umweltfreund-
12 liche und fair gehandelte Produkte, sowie Produkte aus der Region sind
13 bevorzugt zu verwenden. Das Müllaufkommen ist durch langlebige und
14 recyclingfähige Produkte sowie die Vermeidung unnötiger Verpackungen
15 zu reduzieren.
 - 16 • Bei der Anschaffung sind kurze Wege und ein Transport ohne PKW zu
17 bevorzugen.
 - 18 • Der fzs soll Bildung für nachhaltige Entwicklung für seine Mitglieder, Or-
19 gane und alle Studierendenschaften leisten und Nachhaltigkeit als Quer-
20 schnittsthema über verschiedene Themen, statt als abgeschlossenen Be-
21 reich, behandeln.

22 Weiterhin verpflichtet sich der fzs, folgende Kriterien zu erfüllen:

- 23 ● Kaffee, welcher auf Verbandskosten angeschafft wird, muss das Fairtrade-
24 Siegel tragen.
- 25 ● Verpflegung wird ausschließlich vegan angeboten. Weiterhin sind regio-
26 nale und saisonale Produkte zu bevorzugen um Emissionen gering zu
27 halten.
- 28 ● Der fzs bezieht sog. „Ökostrom“ und achtet auch in seinem Konsumhan-
29 deln auf die Bevorzugung erneuerbarer Energien.
- 30 ● Inlandsflüge werden niemals erstattet. Für weitere Fahrt- und Flugkosten
31 sind ökologische Aspekte vor ökonomischen Erwägungen zu beachten.
32 Eine Erstattung von Emissionsausgleich soll für alle Reisen erfolgen.
- 33 ● Der fzs regt seine Organe dazu an, wenig Emissionen durch Fahrtkos-
34 ten und Verpflegung zu produzieren und präferiert daher beispielsweise
35 Telefonkonferenzen.
- 36 ● Die Gäste auf Veranstaltungen des fzs sind dazu aufgerufen, kein sog.
37 „Glitzer“ mehr zu verwenden und somit mögliche Umweltbelastungen
38 durch Mikroplastik zu vermeiden. Auf umweltfreundliche Alternativen
39 sei verwiesen.

40 Außerdem setzt sich der fzs folgende Ziele:

- 41 ● Versicherungen, Konten und ähnliches sind, sofern möglich, bei sozi-
42 al, ökologisch und ökonomisch nachhaltigen Anbieter*innen einzurichten
43 bzw. abzuschließen.
- 44 ● Es wird regelmäßig Seminarangebote zu nachhaltiger Wissenschaft und
45 nachhaltiger Hochschule angeboten, sowohl als eigene Themenschwer-
46 punkte sowie als in einzelnen Themenslots bei beispielsweise Einstei-
47 ger*innenseminaren.
- 48 ● Es wird angestrebt, eine Publikation zu nachhaltiger Hochschule und
49 zum nachhaltigen Handeln von Studierendenschaften zu entwickeln.
- 50 ● Jegliche Ausgaben und Geldflüsse des fzs sollten, sofern nachprüfbar,
51 nicht Organisationen zu Gute kommen, welche sozial oder ökologisch
52 schädlich handeln.

53 Diese Kriterien und deren Umsetzung sollen in angemessenem Rahmen vom
54 AS und dem AK Nachhaltigkeit und Ökologie evaluiert werden.

Begründung

Konkrete Kriterien für nachhaltiges Handeln des Verbandes empfinden wir als sehr sinnvoll. So passiert bestenfalls sofort etwas, bevor sich erst Arbeitsgruppen oder der Vorstand mit Lebenszyklusanalysen o.Ä. von einzelnen Veranstaltungsformaten befassen müssen.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

AntragstellerInnen

AStA Uni Lüneburg

54-7-I13

AntragstellerInnen: Studentische Mitglieder Des Vorstandes des Deutschen Studentenwerkes

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Unterstützung der Forderung nach einem Hochschulsozialpakt

- 1 Die Mitgliederversammlung des fzs unterstützt die Forderung der DSW-
2 Mitgliederversammlung vom 1./2. Dezember 2015 nach der Einrichtung eines
3 Hochschulsozialpaktes mit einem Volumen von 2,3 Mrd. Euro in den nächsten
4 fünf Jahren. Dieser umfasst:
- 5 1) die Schaffung von preisgünstigem und studienberechtigtem Wohnraum, wobei
6 der aktuelle Bedarf bei ca. 25.000 Wohnplätzen geschätzt wird
 - 7 2) das Zurverfügungstellen von kostenfreiem Baugrund zur Errichtung neuer
8 Studierendenwohnheime
 - 9 3) die verstärkte Förderung bei der Sanierung/ Modernisierung von bestehen-
10 den Studierendenwohnheimen
 - 11 4) dringende Investitionen in die Sanierung/ Modernisierung/ Ausbau von
12 hochschulgestornomischen Einrichtungen
 - 13 5) Investitionszuschüsse für den regionalen Ausbau der der Betreuungsangebote
14 für Kinder mit studentischen Eltern
 - 15 6) mehr Fördermittel für den Ausbau der Beratungsangebote seitens der Stu-
16 dierendenwerke für den steigenden Bedarf durch die Studierenden

Begründung

1. Die gepriesene Exzellenz des Studiums in der Bundesrepublik hat nicht wie fälschlicherweise gefordert nur ein Standbein sondern drei! Diese sind neben der Forschung, deren Rang nicht verschwiegen werden darf die Lehre und die soziale Absicherung ein Studium überhaupt beginnen und vollenden zu können.
2. Das Soziale Umfeld des Studiums hat sich seit 2008 drastisch geändert, so ist die Anzahl der Studierenden seither um ca. 40% auf 2,7 Mio gestiegen, die Angebote für Wohnheimplätze jedoch nur um 5%, auch das Angebot an Tischplätzen in Mensen und Cafeterien ist nur um 19% seither gestiegen.
3. Die Bundesweite Versorgungsrate mit Studierendenwohnheimen ist mit dem Zuwachs der Studierendenzahlen auf 9,86% gesunken, in dieser Zeit sind zwar ca. 27.000 neue Wohnheimplätze gepaut worden oder in der Planung, dennoch besteht ein weitere Bedarf von ca. 25.000 Plätzen. Bei einer Förderung von ca. 32.000€ pro Platz, wie es beispielsweise in Bayern geschieht, würde dies einen Zuschuss von ca. 800 Mio Euro bedeuten. Hierbei ist jedoch noch nicht der Sanierungsbedarf, welcher auf ca. 600 Mio Euro beziffert wird enthalten. Bestehende Wohnheime müssen den derzeitigen Studienbedingungen, modernen Baustandarts und der nachhaltigen Bewirtschaftung angepasst werden, dafür soll dieser Zuschuss dienen.
4. Die Hochschulgastronomie steht den steigenden Studierendenzahlen vielerorts mit mit einem teilweise veralteten Baubestand der Mensen und cafeterien gegenüber, die dem verschilten Studium nicht mehr gewachsen sind, daher wird ein investitions- und Zuschussbedarf von ca. 800 Mio Euro gesehen, diese auf einen modernen nachhaltigen Stand zu bringen und auch das Angebot an Speisen und Getränken an die Studierenden sowie deren Studienbedingungen anzupassen.
5. 2000 weitere Kitaplätze sowie die Erweiterung und Flexibilisierung der Öffnungszeiten sind notwendig um an den Hochschulen den Bedarf an Kinderbetreuung zu decken. 5% der deutschen und 11% der internationalen Studierenden benötigen mindestens einen Kinderbetreuungsplatz.
6. Die Beratungsangebote sind ein Baustein zur Sicherstellung des Studienerfolges. Die Studierendenwerke übernehmen häufig die Studienfinanzierungs-, Sozial-, und psychosoziale Beratung. Durch die gewachsenen Studierendenzahlen ist eine personelle Aufstockung in allen Beratungsbereichen dringend erforderlich. Die bestehenden Angebote, vor allem für die ausländischen Studie-

renden, finanzieren sind häufig mit befristete Projektmittel. Hier sind Bund und Länder gefordert eine dauerhafte Finanzierung zu schaffen.

AntragstellerInnen

Studentische Mitglieder des Vorstandes des Deutschen Studentenwerkes

54-7-I19

AntragstellerInnen: Vorstand

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

PEPP stoppen!

1 Der fzs beschließt, den Aufruf PEPP stoppen zu unterstützen. Weiterhin setzt
2 sich der fzs inhaltlich für ein bedarfsorientiertes Gesundheitssystem ein. Dies
3 umfasst auch eine kritische Auseinandersetzung mit gesundheitspolitischen Ak-
4 teur*innen.

5 **Aufruf**

6 Mit größter Sorge verfolgen wir die Entwicklung im Entgeltsystem für die
7 Psychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie, da die Errungenschaften der
8 Psychiatriereform der letzten 40 Jahren verloren zu gehen drohen. Am be-
9 drohlichsten ist, dass das neue Entgeltsystem keine Personal-Mindestgarantien
10 mehr enthält und die derzeitigen Vorschriften zur Zuteilung von Personal
11 entsprechend dem Schweregrad der behandelten Patientinnen und Patienten
12 (Psych-PV) in wenigen Jahren auslaufen. Eine humanitäre ausgerichtete Psychi-
13 atrie ist nur durch intensiven persönlichen Kontakt möglich. Das wird auch in
14 den aktuellen Urteilen des Bundesverfassungsgerichts zur Vermeidung von Ge-
15 walt und Zwangsbehandlungen durch Deeskalation, Gespräche und andere the-
16 rapeutische Interventionen verlangt. Mit der UN-Behindertenrechtskonvention
17 hat sich die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet, diese Menschenrechte
18 gerade auch im Bereich der Psychiatrie, Psychosomatik, Psychotherapie sowie
19 der Kinder- und Jugendpsychiatrie zu gewährleisten.

20 Zur Psychiatriereform gehörte in den letzten 40 Jahren die wohnortnahe Be-
21 handlung. Das neue Entgeltsystem führt stattdessen zu einer Zentrierung von

22 Angeboten in Großkliniken und zu einer gigantischen Bürokratisierung bei der
23 Überprüfung von Einzelleistungen und damit zum Verlust von Zeit, der den
24 Patienten im direkten Kontakt verloren geht. Für die Patientinnen und Pa-
25 tienten, ihre Angehörigen und die im Bereich der Psychiatrie, Psychosomatik
26 und Psychotherapie Tätigen stellt das neue Entgeltsystem eine humanitäre
27 Katastrophe dar!

28 Niemand käme auf die Idee, aus Spargründen im Bereich der chirurgischen
29 Operationen auf Mindeststandards bezüglich der Hygiene oder des qualifizier-
30 ten OP-Personals (Schwester oder Pfleger) zu verzichten. Dasselbe muss auch
31 für den Bereich der Psychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie gelten,
32 in dem menschliche Zuwendung nicht erneut (wie vor der Psychiatriereform)
33 durch überdimensionierte Großanstalten, Zwangsmedikation und Verwahrung
34 ersetzt werden kann!

35 Wir bitten Sie nachdrücklich, sich für die gesetzliche Fortschreibung der derzei-
36 tig gültigen Personal Mindestvoraussetzungen (Psych-PV) einzusetzen, bis eine
37 neue, den zeitgenössischen Anforderungen angepasste und Richtlinie zur Per-
38 sonalausstattung mit geregelter Finanzierung rechtswirksam beschlossen wur-
39 de.

40 Es geht um nichts weniger als den Erhalt der humanitären Errungenschaften
41 der letzten 40 Jahre Psychiatriereform!

Begründung

Erfolgt mündlich.

AntragstellerInnen

Vorstand

54-7-I18

AntragstellerInnen: Vorstand

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Unser Feminismus bleibt Antirassistisch

1 WORÜBER GESCHWIEGEN WIRD

2 Das Jahr 2016 hat in vielen Städten Deutschlands mit Übergriffen auf Frau-
 3 en* begonnen – auch in Köln. Sexualisierte Gewalt gegen Frauen* ist in der
 4 Silvesternacht sichtbar geworden – unübersehbar in die öffentliche Debatte
 5 gezerrt. Wieso plötzlich das mediale Interesse? Die Thematisierung ist rich-
 6 tig und wichtig. Den Betroffenen der sexualisierten Übergriffe von Silvester –
 7 und aller sexualisierten Übergriffe, die alltäglich passieren – muss jegliche ge-
 8 wünschte Solidarität und Unterstützung zukommen. Es ging dabei jedoch nicht
 9 vorrangig um die Benennung sexualisierter Gewalt, sondern um die vermeint-
 10 liche Herkunft der Täter – und das unverhohlen rassistisch: Im Verlauf wurde
 11 schnell nicht mehr über Sexismus gesprochen, sondern über die Verschärfung
 12 des Asylrechts, Abschottung und Abschiebung. Ein gängiges Fazit: Nicht der
 13 Sexismus in diesem Land sei das Problem, sondern die zu uns Geflüchteten.
 14 Jedoch: Sexismus ist nicht nach Deutschland eingewandert, Sexismus ist haus-
 15 gemacht. Er findet statt – schon immer, ständig und überall. Sexismus fin-
 16 det sich strukturell in unterschiedlich hoher Entlohnung, Benachteiligung aller
 17 Frauen*, speziell von Transfrauen und Frauen* of colour, am Arbeitsmarkt
 18 oder in unterschiedlichen Belastungen, bspw. durch Kinderbetreuung wieder.
 19 Er findet sich ebenso in sexistischer Werbung und in den Seminaren von so-
 20 genannten „Pick-up Artists“, in den Männer lernen, wie sie Frauen* gegen
 21 ihren Willen verfügbar machen. Nicht gesprochen wird über sexualisierte Ge-
 22 walt, die in den eigenen vier Wänden stattfindet. So finden 90% Prozent aller
 23 Vergewaltigungen im nahen Umfeld statt, von Verwandten, Bekannten und

24 (Ex-)Partnern. Nicht gesprochen wird über die alltägliche Sexualisierung und
25 sexualisierten Übergriffe auf Frauen* of colour.

26 WORÜBER WIR SPRECHEN SOLLTEN

27 Statt sich in rassistischen Debatten über Täterschaft zu ergehen, sollte über
28 die Funktion und Bedeutung von sexualisierter Gewalt und strukturellem Sex-
29 ismus gesprochen werden – und das weltweit. Es sollte um den Rassismus und
30 die andauernde Gewalt gegen Geflüchtete gehen, denn weiter gibt es täglich
31 Anschläge gegen Unterkünfte.

32 Es muss über die Kriege gesprochen werden, an denen die BRD beteiligt ist.
33 Über ihren brutalen Charakter, die Militarisierung nach Außen und Innen
34 und ihre Fortsetzung in den Geschlechterverhältnissen. Diese Kriege vertreiben
35 Menschen, zerstören ihre Lebensgrundlage und zwingen sie zur Flucht. Dafür
36 trägt die menschenverachtende Politik der EU die Verantwortung – voran die
37 BRD. Viele Frauen* und Kinder sind auf der Flucht und auf dem lebensge-
38 fährlichen Weg in Richtung Sicherheit und in den Geflüchtetenunterkünften
39 in höchstem Maße sexualisierter Gewalt ausgesetzt. Viele Frauen* und Kinder
40 müssen zurückbleiben und werden durch die Beschlüsse der deutschen Bundes-
41 regierung, wie im Asylpaket II, in lebensgefährlichen Kriegsgebieten oder an
42 Europas Außengrenzen der Gewalt überlassen. Denn die Asylrechtsverschär-
43 fung, die die Regierung als Reaktion auf die sexualisierte Gewalt verkaufen
44 will, trifft in Wirklichkeit Frauen* und Kinder weltweit am härtesten.

45 Innerhalb Deutschlands sind wir schon seit Jahren mit einem Backlash (al-
46 so einem Rückschritt bei den feministischen Errungenschaften) konfrontiert.
47 Dabei stellen Entwicklungen wie ungleiche Lohnbezahlung, Herdprämie, die
48 Proteste der sogenannten Lebensschützer*innen, homo- und transphobe Mobi-
49 lisierungen gegen sexuelle Bildung und Antidiskriminierungsarbeit an Schulen
50 sowie die Akzeptanz sexualisierter Gewalt nur eine kleine Auswahl dar. Ak-
51 tuell werden diese in rassistischen und antifeministischen öffentlichen Debat-
52 ten deutlich. Rechtspopulistische Parteien und neonazistische Gruppierungen
53 erfahren einen Aufschwung, werden hoffähig gemacht und benutzt, um eine
54 rassistische Politik durchzusetzen.

55 WAS WIR FEIERN

56 Wir feiern kämpferische Frauen* und Frauen* in Kämpfen, die zeigen, dass
57 eine solidarische, befreite Zukunft möglich ist. So beispielsweise die Frauen,
58 die in der Revolution im syrischen Rojava aktiv sind.

59 Wir feiern alle, die in Frauen*häusern arbeiten oder Geflüchtete unterstüt-
60 zen.

61 Wir feiern all die mutigen Frauen*, Lesben, Trans* und Inter*personen, die
62 sich einer hierarchischen Geschlechterordnung widersetzen.

63 Wir feiern all jene, die Zäune überwunden haben und die Festung Europa
64 kurzzeitig ins Wanken gebracht haben – jetzt erst recht!

65 Organisieren wir uns global, ohne Grenzen!

66 Wir wollen eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Ausbeutung, ohne Ausgren-
67 zung, ohne den sexistischen und rassistischen Normalzustand. Wir wollen So-
68 lidarität und Respekt untereinander.

69 Es lebe die Verschiedenheit!

70 Im Rahmen des internationalen Frauen*kampftages wollen wir unseren Protest
71 sowohl gegen Sexismus als auch Rassismus entschieden, laut und kämpferisch
72 auf die Kölner Straßen tragen: Unser Feminismus ist antirassistisch – erst recht
73 nach den Übergriffen der Silvesternacht.

Begründung

Erfolgt mündlich.

AntragstellerInnen

Vorstand

54-7-I20

AntragstellerInnen: Ausschuss der Student*innenschaften u.a.

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Nationalismus ist keine Alternative

1 Es wird immer kälter in Deutschland. Menschenverachtung ist auf dem Vor-
2 marsch, extrem rechte Parteien stehen flächendeckend vor dem Einzug in die
3 Parlamente, ehemals demokratische Parteien hetzen gegen Flüchtende und die
4 etablierte Politik ist sich nahezu einig, Menschen nach Nützlichkeit und erfun-
5 denen Bedrohungsstati zu kategorisieren – Hungernde, Leidende und Unter-
6 drückte werden mit Kriegsoffern gegeneinander ausgespielt.

7 Währenddessen brennt es an anderer Stelle – die Kälte der Rede, die Hetze wird
8 zur Hitze der Handlung, nahezu jeden Tag sind rechtsterroristische Anschläge
9 zu beklagen, obschon sie vor purer Menge kaum noch wahrgenommen werden.
10 Die Menschlichkeit ist nicht nur in Sachsen verloren, sondern auch andernorts
11 mit der Lupe zu suchen. Menschliches Leben wird an Imaginationen bemessen
12 – wie der Imagination von Nation und "Herkunft".

13 Der freie Zusammenschluss von student*innenschaften sieht seine Aufgabe je-
14 doch nicht nur darin, zu klagen und zu trauern, sondern auch aktiv zu werden
15 gegen die Ursachen und organisierten Verursacher*innen von Leid. Als Teil
16 dieser Ursachen ist die sog. "Alternative für Deutschland" anzusehen. Deshalb
17 wird der freie Zusammenschluss von student*innenschaften Kampagnen gegen
18 alle nationalistischen Strukturen unterstützen, wie z.B. die Kampagne "Na-
19 tionalismus ist keine Alternative". Um die Aktivitäten auch auf lokaler Ebe-
20 ne voranzutreiben, werden die Mitgliedsstudierendenschaften lokale Bündnisse
21 unterstützen und aufbauen.

Begründung

Die umfangreiche Beschlusslage des fzs wendet sich gegen alles, wofür die AfD steht. Insbesondere lehnt der fzs bereits im Satzungszweck Nationalismus ab. In einer Zeit, in der ein aggressiver und gewalttätiger Nationalismus auf dem Vormarsch ist, muss der fzs somit auch aktiv werden.

Link zur Kampagnenseite von „Nationalismus ist keine Alternative“: <https://nationalismusistkeinealternative.net/>

AntragstellerInnen

Ausschuss der Student*innenschaften, Vorstand

54-7-I5

AntragstellerInnen: Ausschuss Studienreform

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Ingenieur_innengesetze: Akademische Selbstverwaltung statt zusätzliche Bürokratie

1 Hinsichtlich der Diskussion über die Novellierung von Ingenieurgesetzen , for-
2 dert der freie Zusammenschluss von StudentInnenschaften (fzs), dass hierzu
3 getroffene Regelungen die akademische Selbstverwaltung nicht beeinträchti-
4 gen dürfen. Die Ausgestaltung von Studium und Lehre muss weiterhin in den
5 Händen der Hochschulen und ihrer Gremien liegen und darf nicht von Drit-
6 ten beeinflusst werden. Eine mittelbare Beeinflussung durch Kammern mittels
7 zusätzlicher inhaltlicher Anforderungen oder durch zusätzliche Rechtsakte in
8 Form einer Verleihung für das Führen von Berufsbezeichnungen, lehnt der fzs
9 ab. Solche zusätzlichen Beeinflussungen führen nur zu noch mehr Intranspa-
10 renz, Ungleichheit und Unklarheit hinsichtlich der Studienwahl und Berufsori-
11 entierung.

Begründung

Erfolgt mündlich / wird nachgereicht.

AntragstellerInnen

Ausschuss Studienreform

54-7-I6

AntragstellerInnen: Ausschuss Studienreform

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Praxisphasen dualer Studiengänge im Berufsbildungsgesetz absichern

1 Auch Studierende in dualen Studiengängen müssen in ihren Praxisphasen in
2 den Betrieben über gesetzliche Schutzbestimmungen verfügen, wie sie für duale
3 Berufsausbildungen bereits erkämpft wurden. Weiter müssen dual Studieren-
4 de nicht nur in der studentischen sowie akademischen Selbstverwaltung der
5 Hochschulen eingebunden sein, sondern auch in der betrieblichen Mitbestim-
6 mung. Der fzs fordert daher, dass alle Praxisphasen dualer Studiengänge in
7 den Geltungsbereich des Berufsbildungsgesetzes aufgenommen werden müs-
8 sen. Weiterhin bestärkt der fzs seine Forderung, dass Studierende in einer
9 paritätisch auszugestaltenden akademischen Selbstverwaltung an allen Ent-
10 scheidungen über Studium und Lehre beteiligt werden.

Begründung

Erfolgt mündlich / wird nachgereicht.

AntragstellerInnen

Ausschuss Studienreform

54-7-I7

AntragstellerInnen: AS, Vorstand

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Keine Zusammenarbeit mit der AfD

- 1 Die 54. Mitgliederversammlung des freien Zusammenschlusses von studentIn-
- 2 nenschaften möge beschließen:
- 3 Der fzs lehnt jegliche Zusammenarbeit, Kontaktaufnahme oder Beantwortung
- 4 von Anfragen mit der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD), ihrer Ju-
- 5 gendorganisation „Junge Alternative“ (JA) sowie den Junge Alternative Hoch-
- 6 schulgruppen oder anderen AfD-parteinahen Hochschulgruppen sowie in diesen
- 7 Strukturen organisierten Personen ab. Darüber hinaus sieht sich der fzs in
- 8 der Pflicht, über die Gefahren, die von der AfD ausgehen, insbesondere in der
- 9 Hochschulpolitik, aufzuklären.

Begründung

Die AfD und ihre Jugendorganisation fallen immer häufiger durch besorgnis-
erregende Aussagen auf. Rassismus, Sexismus und Homophobie sind innerhalb
der rechtspopulistischen bis rechtsextremen Partei an der Tagesordnung.

Doch auch die öffentlich kaum diskutierten Ansätze für Hochschulpolitik der
AfD stehen sämtlichen Positionen des fzs konträr.

Die AfD sieht beispielweise in Studiengebühren "das Potenzial (...) Hoch-
schule und Studenten in ein anderes, von größeren Respekt und Zugehörig-
keitsempfinden geprägtes Verhältnis zu setzen und den Qualitätswettbewerb
bezüglich der Lehre zwischen den Hochschulen zu intensivieren." (sic!). Wei-
terhin dürfen laut der AfD "maßvolle zentrale erhobene Semestergebühren als

direkte Investition in die Lehre des jeweiligen Fachbereichs (...) kein Tabu sein." Passend dazu fordert die AfD Bremen die Kopplung von BAföG an die Regelstudienzeit.

Darüber hinaus stellt sich die AfD gegen eine Demokratisierung der Hochschulen. Sie fordert stattdessen, dass "die Gemeinschaft der Professoren (...) die Geschicke der Universität leiten" sollen.

Diese Forderungen münden in einem größeren Wettbewerb der Hochschulen untereinander sowie in einer "Entstaatlichung" des Hochschulwesens. So sei es "erforderlich, dass einige deutsche Universitäten auf internationale Spitzenpositionen vorrücken". Dabei soll es allerdings nur "eine geringe Zahl Spitzenpositionen" geben. Weiterhin setzt sich die AfD gegen die "Massenuniversität" und für ein "angemessenes Niveau" ein.

Bezüglich der "Entstaatlichung" fordert die AfD die Überführung der staatlichen Hochschulen in Stiftungen: "Deshalb sollte das Modell einer Überführung von Universitäten in Stiftungen bürgerlichen Rechts erwogen werden".

All dies wird mit der "Entlastung der Hochschulen von staatlicher Bürokratie" begründet und als "Einstieg in eine bessere Hochschulpolitik" propagiert.

Die AfD möchte weiterhin den Hochschulzugang schließen und Erfolgsmöglichkeiten minimieren. So sollen "Meister ohne Abitur oder Techniker und Absolventen von Fachschulbildungsgängen (...) nur studieren dürfen, wenn die Aufnahmeprüfung mindestens Abiturniveau haben". Zusätzlich soll es nur an Universitäten ein Promotionsrecht geben. So könnte nur hier "das für eine anspruchsvolle Promotionsleistung notwendige disziplinäre und interdisziplinäre Forschungs- und Lehrangebot zur Verfügung" gestellt werden.

Weiterhin lehnt die AfD Quoten auch im Hochschulbereich ab. Sie fordert eine Austrittsoption für Studierende aus der Verfassten Studierendenschaft und lehnt einen studentischen Tarifvertrag ab.

Schlussendlich sieht die AfD in studentischen Verbindungen und Burschenschaften wichtige Verbündete: "Damit sind Burschenschaften keine Feinde, sondern – im Gegenteil – eine Säule der freiheitlich-demokratischen Grundordnung." Hierbei heißt es weiterhin: "Wer an der Zugehörigkeit eines Amtsträgers zu einer Studentenverbindung Anstoß nimmt, offenbart intolerante und ideologisch verzerrte Weltsicht, von der eine größere Gefahr für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung ausgeht als von jeder Studentenverbindung."

Quellen:

Bundestagswahlprogramm der AfD

Landtagswahlprogramm der AfD Sachsen, Thüringen, Bremen, Hamburg

<http://patriotische-plattform.de/blog/2014/06/16/erklaerung-der-patriotische-plattform-studentenverbindungen-sind-ausdruck-von-bildung-demokratie-und-patriotismus/>

AntragstellerInnen

Ausschuss der Student*innenschaften, Vorstand

54-7-I8

AntragstellerInnen: Alexander Buchheister

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Ticketstudierende ABSCHAFFEN

- 1 Der fzs setzt sich dafür ein, dass Studierende, die 15 Jahre nach der Einschrei-
- 2 bung in ein Fach keinen Abschluss erreicht haben, dazu aufgefordert werden,
- 3 die Differenz zwischen dem ermäßigtem Semesterticket und den regulär er-
- 4 werbbaren Tickets zu bezahlen.

Begründung

Eine Solidargemeinschaft kann nur bestehen, wenn dies nicht von privilegierten ausgenutzt wird. Der fzs sollte sich für eine solche Regelung einsetzen, damit auch weiterhin gewährleistet werden kann, dass aktiv Studierenden ein aus der Solidargemeinschaft basierendes und preislich attraktives Ticket durch die Verkehrsverbünde und Verkehrsunternehmen angeboten werden kann.

AntragstellerInnen

Alexander Buchheister

54-7-I9

AntragstellerInnen: AStA Universität Lüneburg u.a.

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Danke für nichts – schafft Alternativen zur institutionellen Leere!

1 Student*innen kommen an die Hochschule, um zu lernen. Dabei steht für die
2 Hochschule das Interesse der Studierenden an bestimmten Lehrinhalten auf
3 keinen Fall an erster Stelle. Bildung im Kapitalismus steht permanent unter
4 dem Zwang sich zu flexibilisieren. Drittmittel müssen eingeworben werden,
5 Studierende für den Arbeitsmarkt fit gemacht werden und der nächste Exzel-
6 lenzcluster steht in den Startlöchern, um den Ruf der Institution zu verbessern,
7 öffentliche oder private Mittel einzuwerben und den Standort voranzubringen.
8 Deswegen wissen auch alle an der Uni: Kohle ist nie genug da. Also wird ra-
9 tionalisiert, gespart und gekürzt, was das Zeug hält.

10 Hochschulen sind zu outputorientierten Dienstleistungsunternehmen verkom-
11 men, deren Ziel es ist, möglichst schnell verwertbare Arbeitskräfte zu produzie-
12 ren. Die horizontalen Entscheidungsstrukturen, welche noch in der Tradition
13 der akademischen Selbstverwaltung standen, mussten zentral angelegten Ma-
14 nagementstrukturen weichen, Hochschulräte verkoppeln hochschulinterne Pro-
15 zesse mit wirtschaftlichen Ansprüchen, durch wettbewerbspolitische Leistungs-
16 indikatoren wird mittlerweile die Ressourcenverteilung geregelt, die Hochschu-
17 len sind flächendeckend unterfinanziert und sind auf die Einwerbung weiterer,
18 teils privatwirtschaftlicher, Mittel angewiesen. Das emanzipatorische Erkennt-
19 nisinteresse zugunsten des Allgemeinwohls der Gesellschaft musste also auch
20 hier einem profitorientierten Verwertungsansatz weichen.

21 Dem fallen dann oft Lehrinhalte und Fachbereiche zum Opfer, die nicht mehr
22 „zeitgemäß“ sind, nicht der aktuellen Ausrichtung des Studiengangs oder des

23 Institutes entsprechen oder eben nicht genug Drittmittel versprechen. Aus die-
24 sem Grund schließen sich vielerorts Studierende zusammen, um ihre Lehre
25 selber und nach ihren Vorstellungen zu gestalten. Denn um sich aus Zwängen
26 und Herrschaftsverhältnissen zu befreien, ist es nur konsequent, dass Studie-
27 rendenschaften es ermöglichen, Bildung auch ohne Creditpoints und Noten-
28 druck wahrzunehmen. Darum ruft der fzs die Studierendenschaften dazu auf,
29 selbstorganisierte, studentische Lehrangebote zu ermöglichen.

30 In selbstorganisierten Lehrveranstaltungen sollen Student*innen die Möglich-
31 keit bekommen, Themen zu vertiefen, welche in der Lehre vielleicht aktuell
32 nicht ausreichend Raum finden. Ob nun jemand eine interessante Hausarbeit
33 geschrieben hat und die Themen und Literatur gemeinsam mit anderen be-
34 raten möchte, Inhalte aus verschiedensten Einflüssen zusammen anhand eines
35 Leitthemas diskutieren möchte, einen Essay oder gleich ein ganzes Buch ge-
36 meinsam lesen will – all dies ist wertvoll und sollte ermöglicht werden. Es
37 soll Lehre stattfinden, die unabhängig von fachlichen Korsetts stattfindet und
38 auch fernab vom disziplinären Mainstream eine thematische Diversität bieten
39 kann.

40 Student*innen auf beiden Seiten der Veranstaltungen wird so ermöglicht, ei-
41 ne Aussicht auf freie Bildung zu erleben. Diejenigen, welche Veranstaltungen
42 anbieten, können ihre Themen gleichberechtigt mit den Teilnehmer*innen dis-
43 kutieren, ihre Perspektive erweitern und neue Ansichten gewinnen. Dadurch,
44 dass keinerlei Zwang oder Druck bestehen, etwas zu leisten oder bestimmte
45 Vorgaben einzuhalten, wird rein interessen geleitete Bildung erlebbar ge-
46 macht, soweit dies neben Regelstudienzeit, Maximalstudiendauer und finanzia-
47 ellem Druck möglich ist. Um einen Gegenentwurf zu den bestehenden Ausbeu-
48 tungsverhältnissen an Hochschulen darzustellen, sollten die Lehrenden in den
49 studentischen Alternativangeboten finanziell gestützt werden.

50 Wenn sich Menschen zusammenfinden, sich Zwecke setzen und diese gemein-
51 sam und auf Augenhöhe verwirklichen, dann ist das grundsätzlich begrüßens-
52 wert. Dabei sollte aber auch bedacht werden, dass dies oft aus der Not heraus
53 passiert. Doch bis zu dem Zeitpunkt, an dem Hochschulen basisdemokratisch
54 organisiert sind, Forschung und Lehre nicht durch Wettbewerbszwänge be-
55 stimmt werden und der Bildungssektor ausfinanziert ist, gilt:

56 Nehmen wir unsere Bildung selbst in die Hand!

Begründung

Die Begründung ist im Antragstext sichtbar, weitere Begründung erfolgt mündlich.

AntragstellerInnen

AStA Universität Lüneburg

AStA Universität Hannover

54-7-I10

AntragstellerInnen: Ausschuss Finanzen u.a.

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

Initiative Transparente Zivilgesellschaft unterstützen

1 Der freie Zusammenschluss von studentInnenschaften e.V. (fzs) ist als bildungs-
2 und gesellschaftspolitischer Akteur darauf bedacht transparent zu handeln. Da-
3 her ist es von besonderer Relevanz, dass er für die Öffentlichkeit nachvollzieh-
4 bar über seine interne Struktur, deren personelle Besetzung, seine Tätigkeiten,
5 seine verfügbaren Finanzmittel inkl. deren Herkunft und deren Verwendung
6 und über seine größten Geldgeber*innen informiert. Daher unterzeichnet der
7 fzs die Selbstverpflichtungserklärung der Initiative Transparente Zivilgesell-
8 schaft (ITZ).

9 Diese lautet (Zitat der Selbstverpflichtungserklärung der Initiative Transpa-
10 rente Zivilgesellschaft):

11 „Wir verpflichten uns, die nachstehend aufgeführten Informationen der Öffent-
12 lichkeit zur Verfügung zu stellen, indem wir sie mit dieser Erklärung leicht
13 auffindbar auf unsere Website stellen oder auf Anfrage elektronisch bzw. po-
14 stalisch versenden:

15 1. Name, Sitz, Anschrift und Gründungsjahr unserer Organisation

16 2. Vollständige Satzung oder Gesellschaftervertrag sowie weitere wesentliche
17 Dokumente, die Auskunft darüber geben, welche konkreten Ziele wir verfolgen
18 und wie diese erreicht werden

19 3. Datum des jüngsten Bescheides vom Finanzamt über die Anerkennung als
20 steuerbegünstigte (gemeinnützige) Körperschaft, sofern es sich um eine solche
21 Körperschaft handelt

- 22 4. Name und Funktion der wesentlichen Entscheidungsträger
- 23 5. Bericht über die Tätigkeiten unserer Organisation: zeitnah, verständlich und
24 so umfassend, wie mit vertretbarem Aufwand herstellbar
- 25 6. Personalstruktur: Anzahl der hauptberuflichen Arbeitnehmer und Arbeit-
26 nehmerinnen, Honorarkräfte, geringfügig Beschäftigte, Zivildienstleistende,
27 Freiwilligendienstleistende; Angaben zu ehrenamtlichen Mitarbeitern
- 28 7. Mittelherkunft: Angaben über sämtliche Einnahmen, dargelegt als Teil der
29 jährlich erstellten Einnahmen-/ Ausgaben- oder Gewinn- und Verlustrechnung,
30 aufgeschlüsselt nach Mitteln aus dem ideellen Bereich (z.B. Spenden, Mitglieds
31 und Förderbeiträge), öffentlichen Zuwendungen, Einkünften aus wirtschaftli-
32 chem Geschäftsbetrieb, Zweckbetrieb und / oder der Vermögensverwaltung
- 33 8. Mittelverwendung: Angaben über die Verwendung sämtlicher Einnahmen,
34 dargelegt als Teil der jährlich erstellten Einnahmen- und Ausgaben- oder
35 Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Vermögensübersicht bzw. der Bilanz
- 36 9. Gesellschaftsrechtliche Verbundenheit mit Dritten, z.B. Mutteroder Toch-
37 tergesellschaft, Förderverein, ausgegliederter Wirtschaftsbetrieb, Partnerorga-
38 nisation
- 39 10. Namen von juristischen Personen, deren jährliche Zuwendung mehr als zehn
40 Prozent unserer gesamten Jahreseinnahmen ausmachen. Angaben zu entspre-
41 chenden Spenden von natürlichen Personen werden nach Zustimmung dersel-
42 ben veröffentlicht, in jedem Fall aber als „Großspenden von Privatpersonen“
43 gekennzeichnet.
- 44 Wir bestätigen, dass die Organe, welche für unsere Organisation bindende Ent-
45 scheidungen zu treffen haben, regelmäßig tagen und dass die Sitzungen pro-
46 tokolliert werden. Anfragen an unsere Organisation werden in angemessener
47 Frist beantwortet. Die Jahresrechnung wird namentlich durch einen Entschei-
48 dungsträger unserer Organisation abgezeichnet.
- 49 Bei Prüfung unseres Jahresberichtes wird die Einhaltung dieser Verpflichtung
50 von unseren internen Prüfungsgremien (z.B. Kassenprüfer), dem vereidigten Buch-
51 prüfer oder dem Wirtschaftsprüfer kontrolliert.“

Begründung

Nachdem der Antrag nun zwei Mal vergeblich gestellt wurde, soll die Mitgliederversammlung mit diesem Antrag in die Lage versetzt werden, eine informierte Entscheidung über die Unterzeichnung der Selbstverpflichtungserklärung der Initiative Transparente Zivilgesellschaft (ITZ) treffen zu können.

Im Folgenden sind die Spezifizierungen der ITZ zu den Punkten der Selbstverpflichtung aufgelistet, die auf den Verband zutreffen. Alle folgenden Ausführungen, die ohne weitere Angaben in Anführungszeichen erfolgen, sind Zitate aus dem Leitfaden für die Umsetzung von Selbstverpflichtungserklärungen der ITZ.

Bei Zustimmung zu diesem Antrag gibt der fzs auf einer zentralen Seite Zugang zu mindestens folgenden Informationen:

„1. ‚Name, Sitz, Anschrift und Gründungsjahr unserer Organisation‘

a. Der Name der Organisation, so wie er im amtlichen Register bzw. Stiftungssatzung geführt wird, ist in voller Länge anzugeben.

b. Sitz ist der im amtlichen Register bzw. Stiftungssatzung eingetragene Sitz der Organisation. Dieser wird in der Regel mit der Anschrift identisch sein. Sofern dies der Fall ist, muß der Sitz nicht separat angegeben werden.

c. Anschrift: Physische Anschrift der Organisation. Bei Organisationen mit mehreren Büros dasjenige, welches als Hauptsitz/Verwaltungssitz angesehen wird.

d. Gründungsjahr: Jahr der ersten amtlichen Eintragung. (...)

2. ‚Vollständige Satzung (...) sowie weitere wesentliche Dokumente, die Auskunft darüber geben, welche konkreten Ziele wir verfolgen und wie diese erreicht werden (...)‘

a. Als Satzung (...) gilt das rechtlich konstituierende Dokument in der aktuell gültigen Fassung. (...) Das/die Dokument/e ist/sind vollständig wiederzugeben; Kürzungen sind nicht zulässig. (...)

b. Die Organisation soll beschreiben, welche Ziele sie verfolgt und was sie wie tut. In aller Regel verfügen die Organisationen bereits über entsprechende Seiten in ihrer Selbstdarstellung, ein Link zu dieser/n Seite/n ist dann ausreichend. (...)

3. ‚Datum des jüngsten Bescheides vom Finanzamt über die Anerkennung als steuerbegünstigte (gemeinnützige) Körperschaft, sofern es sich um eine solche Körperschaft handelt‘

a. Mindestangaben sind: Name des erteilenden Finanzamtes, Steuernummer, Datum der letzten Erteilung, sowie Zeitraum für den der Bescheid gültig ist. (...)

4. ‚Name und Funktion der wesentlichen Entscheidungsträger (z.B. Geschäftsführung, Vorstand und Aufsichtsorgane)‘

a. Alle Personen, die satzungs- bzw. gesellschaftsvertragsgemäße Entscheidungen fällen können, sind mit Vorname, Name und Position (Organstellung) aufzuführen. (...)

b. Geschäftsführer müssen mit Vorname, Name und Position benannt werden.

5. ‚Bericht über die Tätigkeiten unserer Organisation: zeitnah, verständlich und so umfassend, wie mit vertretbarem Aufwand herstellbar (z.B. Kopie des Berichts, der jährlich gegenüber der Mitglieder- oder Gesellschafterversammlung abzugeben ist)‘

a. Die Organisation soll umfassend darstellen, was sie in der Vergangenheit sowohl im Rahmen der Erfüllung ihrer Mission als auch außerhalb dieses Rahmens unternommen hat. (...)

b. Der Tätigkeitsbericht muß zeitnah sein, d.h. er muß eine Periode abdecken, die vor höchstens 12 Monaten beendet wurde. Der Bericht muß einen Zeitraum von nicht weniger als 3 und nicht mehr als 24 Monaten umfassen. (...)

6. ‚Personalstruktur: Anzahl der hauptberuflichen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, Honorarkräfte, geringfügig Beschäftigte, Zivildienstleistende, Freiwilligendienstleistende; Angaben zu ehrenamtlichen Mitarbeitern‘

a. Die Organisation soll die Gesamtheit der Personen darstellen, die an der Umsetzung der Tätigkeiten der Organisation beteiligt war. Hierzu zählen insbesondere Angestellte, aber auch Ehrenamtliche, Zivildienstleistende und Honorarkräfte. A[lternativ]: Die Angabe bei Angestellten muß entweder nach Zahl und Art erfolgen (also z.B. 10 Vollzeit, 4 Teilzeitangestellte), oder auf Basis von Vollzeitäquivalenten (also wenn alle Teilzeitangestellten im vorhergehenden Beispiel halbtags tätig sind, als 12 Vollzeitäquivalente). (...)

b. Der Zeitraum, für den die Angaben gemacht werden, muß benannt werden und darf nicht vor dem Zeitraum des Tätigkeitsberichts liegen.

c. A[ternative]: Bei Ehrenamtlichen kann entweder die Zahl der durchschnittlich im Zeitraum aktiven Personen oder die geschätzte Anzahl von Arbeitsstunden an geleisteter Tätigkeit angegeben werden.

7./8. „Mittelherkunft: Angaben über sämtliche Einnahmen, dargelegt als Teil der jährlich erstellten Einnahmen- / Ausgaben- oder Gewinn- und Verlustrechnung, aufgeschlüsselt nach Mitteln aus dem ideellen Bereich (z.B. Spenden, Mitglieds und Förderbeiträge), öffentlichen Zuwendungen, Einkünften aus wirtschaftlichem Geschäftsbetrieb, Zweckbetrieb und / oder der Vermögensverwaltung

Mittelverwendung: Angaben über die Verwendung sämtlicher Einnahmen, dargelegt als Teil der jährlich erstellten Einnahmen- und Ausgaben- oder Gewinn und Verlustrechnung sowie der Vermögensübersicht bzw. der Bilanz'

a. Die Organisation muß Auskunft geben über die Details und Gesamtheit der Einnahmen und Ausgaben für den Zeitraum des Tätigkeitsberichtes. Die Summen von Einnahmen und Ausgaben einschließlich Gewinn/Verlust müssen identisch sein. Die Darstellung muß für einen sachkundigen Dritten nachvollziehbar sein. (...)

b. Einnahmen und Ausgaben sind sinnvoll zu gliedern. (...) Die Gliederung sollte mindestens unterteilen (jeweils sofern vorhanden) in

i. Mitgliedsbeiträge/Spenden

ii. Staatliche Zuwendungen

iii. Erträge aus Leistungen

iv. Sonstige Einnahmen

v. Personalkosten

vi. Büro- und sonstige Verwaltungskosten

vii. Projektkosten

viii. SonstigeAufwendungen

ix. Rechnungsabgrenzungsposten/Rückstellungen/Rücklagenbildung

x. Jahresergebnis

(...)

c. Die Bilanz bzw. Vermögensübersicht sollte dargestellt werden.

9 ‚Gesellschaftsrechtliche Verbundenheit mit Dritten, z.B. Mutter- oder Tochtergesellschaft, Förderverein, ausgegliederter Wirtschaftsbetrieb, Partnerorganisation‘

(...)

e. Sofern die SVE-unterschreibende Organisation sich im wesentlichen aus anderen Organisationen als Mitglieder/Gesellschafter (Unterorganisationen) zusammensetzt, so sind diese Unterorganisationen zumindest der Art nach zu bezeichnen (z.B. ein DRK-Landesverband hat 12 Kreisverbände als Mitglieder)

f. Sofern die SVE-unterschreibende Organisation Mitglied/Gesellschafter einer sich im wesentlichen aus anderen, ähnlichen Mitgliedern/Gesellschaftern gebildeten Überorganisation ist, so ist diese Überorganisation mit vollständigem Namen anzugeben (z.B. DRK-Landesverband ist Mitglied im DRK-Bundesverband)

(...)

10 ‚Namen von juristischen Personen, deren jährliche Zuwendung mehr als zehn Prozent unserer gesamten Jahreseinnahmen ausmachen. Angaben zu entsprechenden Spenden von natürlichen Personen werden nach Zustimmung derselben veröffentlicht, in jedem Fall aber als „Großspenden von Privatpersonen“ gekennzeichnet.‘

a. Als Zuwendungen sind jegliche finanziellen Transfers von natürlichen oder juristischen Personen zu betrachten. Hierzu gehören auch Zuwendungen von staatlicher Seite (z.B. Fördergelder einer Kita) oder Entgelte, welche die Organisation für Leistungen empfängt (z.B. Honorare für Beratungsleistungen). Es sind diejenigen Zuwender zu berücksichtigen, deren Zuwendung im Berichtszeitraum der Ein-/Ausgaben liegt und deren summierten Zuwendungen 10% der Einnahmen dieses Zeitraums überstiegen.

b. Bei juristischen Personen, welche die 10%-Grenze überschreiten, ist der vollständige Name (und sofern nicht eindeutig, der Sitz) anzugeben. (...).

(...)

AntragstellerInnen

Ausschuss Finanzen, Stuve FAU Erlangen-Nürnberg

54-7-I11-1

AntragstellerInnen: v

Gegenstand: 54-7-I11 Studierende sind keine Bittsteller*innen – gegen die Delegitimierung studentischer Gremienarbeit (Inhaltliche Anträge)

Änderungsantrag 54-7-I11-1

- 1 Ersetze alles durch: "Wie jede Interessenvertretung ist auch studentische Inter-
- 2 essenvertretung an den Chancen von Instrumenten der sogenannten direkten
- 3 Demokratie interessiert. Wenn Regelungen im Rahmen von Gesetzen vorgege-
- 4 ben werden, so sollen sich die Prinzipien am Wesen der jeweiligen gesetzge-
- 5 benden Kraft orientieren. Den weiteren Charakter soll selbstverständlich die
- 6 jeweilige studentische Vertretung im Rahmen der Selbstverwaltung selbst be-
- 7 stimmen können."

Begründung

Möge die politischen Verhältnisse sich auf die Realitäten der üblichen Politik beziehen, wenn sie „auferlegt“ werden.

Im Übrigen kann das das Ganze auch gern anders formuliert werden. Das grundsätzliche Ablehnen von „Initiativen“ und das Beharren auf (ausschließlich) repräsentativer Demokratie ist vielleicht zu vermeiden, oder?

AntragstellerInnen

v

54-7-I8-1

AntragstellerInnen: Vorstand

Gegenstand: 54-7-I8 Ticketstudierende ABSCHAFFEN (Inhaltliche Anträge)

Änderungsantrag 54-7-I8-1

1 Streiche alles, ersetze durch:

2 Titel: Fahrscheinloser ÖPNV für alle

3 Antragstext:

4 Der fzs betrachtet solidarisch finanzierte Semestertickets als einen

5 wichtigen Ansatzpunkt für eine Öffnung des Öffentlichen Personen

6 Nahverkehrs (ÖPNV). Sie ermöglichen Menschen mit deutlich geringeren

7 kosten und ohne ein Fahrschein- und Kontrollsystem Verkehrsmittel zu

8 nutzen, die im Vergleich zum motorisierten Individualverkehr

9 umweltschonend sind. Der fzs möchte das Konzept nicht als Privilegierung

10 von Studierenden verstanden wissen – sondern vielmehr als Anstoß, allen

11 Menschen einen fahrscheinlosen ÖPNV zu ermöglichen. Dazu unterstützt der

12 fzs Konzepte eines Steuer- oder übergangsweise Umlagefinanzierten ÖPNV,

13 der ohne Kontrollen und ohne Stigmatisierung von sog \“Schwarzfahren-
14 den\“

15 aus ökonomischen Gründen funktioniert. Wir fordern, allen Menschen

16 Mobilität zu ermöglichen – fahrscheinlos und barrierefrei.

Begründung

Diese Form des Antragstextes zielt ebenfalls auf die „Abschaffung“ sogenannter „Ticketstudierender“ ab. Allerdings nicht durch Exmatrikulation oder exorbitante Verschuldung und somit soziale Notlagen, sondern durch ein wirklich solidarisches Modell einer ökologischeren Mobilität.

AntragstellerInnen

Vorstand

54-7-I2-1-15

AntragstellerInnen: AStA Marburg

Gegenstand: 54-7-I2 Prekäre Personalkategorie der wissenschaftlichen Hilfskräfte abschaffen! (Inhaltliche Anträge)

Änderungsantrag 54-7-I2-1-15

1 Prekäre Personalkategorie der wissenschaftlichen Hilfskräfte mit abgeschlosse-
2 ner wissenschaftlicher Hochschulbildung abschaffen!

3 Der fzs fordert die Abschaffung der Personalkategorie der wissenschaftlichen
4 Hilfskräfte mit abgeschlossener wissenschaftlicher Hochschulbildung* sowie die
5 konsequente Umwandlung in Tarifpersonal und vertritt diese Position gemein-
6 sam mit den Gewerkschaften gegenüber den Gesetzgeber*innen und anderen
7 politischen Akteuren.

8 Wissenschaftliche Hilfskräfte (WHK) sind ~~meist~~ hochqualifiziertes Personal,
9 welches elementare Aufgaben der Hochschulen, sowohl in der Lehre, Forschung
10 und der Verwaltung übernimmt. WHK mit abgeschlossener wissenschaftlicher
11 Hochschulbildung sind ~~Dieses Personal ist~~ also weder durch ihre Aufgaben
12 noch ihre ~~bzw.~~ Qualifikation von wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen oder
13 administrativen Mitarbeiter*innen, bspw. in Technik, Verwaltung, etc. ~~nicht~~
14 zu unterscheiden. Der Unterschied besteht in den deutlich schlechteren Arbeits-
15 verhältnisse (kein Tarifvertrag, geringere Bezahlung, kurze Vertragslaufzeiten,
16 etc.) der wissenschaftlichen Hilfskräfte. Hierdurch wird zudem Tarifperso-
17 nal verdrängt und Personal an Hochschulen zunehmend ausgebeutet und in
18 prekäre Beschäftigung überführt. Die Personalkategorie der wissenschaftlichen
19 Hilfskräfte mit abgeschlossener wissenschaftlicher Hochschulbildung ist also
20 stets prekär und muss abgeschafft werden!

- ²¹ * Der fzs versteht unter "wissenschaftlichen Hilfskräfte mit abgeschlossener
²² wissenschaftlicher Hochschulbildung" Hilfskräfte mit vorliegendem Master,
²³ Magister, Diplom oder einem ersten Staatsexamen.

Begründung

Änderungsbegründung: Die Änderungen stellen eine Klarstellung der Definition wissenschaftlicher Hilfskräfte dar. Der Begriff „wissenschaftliche Hilfskraft“ wird in einigen Bundesländern Hilfskräften die einen ersten Hochschulabschluss (meist Bachelor) besitzen zugeordnet in anderen wird der Begriff nur für Hilfskräfte mit abgeschlossener wissenschaftlicher Hochschulbildung (z.B. Master, Magister, Diplom, erstes Staatsexamen) verwendet.

Die Begründung ist analog für wissenschaftliche Hilfskräfte mit abgeschlossener wissenschaftlicher Hochschulbildung zu verstehen.

AntragstellerInnen

AStA Marburg

54-7-I12-1-101

AntragstellerInnen: AStA Marburg

Gegenstand: 54-7-I12 Für eine Verwirklichung der Menschenrechte
und gegen Fluchtursachen (Inhaltliche Anträge)

Änderungsantrag 54-7-I12-1-101

- 1 Ersetze überall "Flüchtlinge" durch "Geflüchtete"
- 2 Ersetze im Titel "Fluchtursachen" gegen "neokoloniale Außenpolitik"
- 3 Ersetze in Zeile 2 "reichsten" gegen "wirtschaftlich stärksten"
- 4 Ersetze in Zeile 8 "weniger entwickelten" gegen "wirtschaftlich schwächeren"
- 5 Ersetze in Zeile 28 "Zugewanderten" gegen "Geflüchteten und Mi-
- 6 grant*innen"
- 7 Ergänze in Zeile 40 nach "legale" "und sichere"
- 8 Ersetze in Zeile 77 "Fluchtursachen" gegen "der neokolonialen Außenpolitik
- 9 der Imperialmächte des globalen Nordens als Ursache für Flucht"
- 10 Ersetze in Zeile 78 "gutes" gegen "sicheres"
- 11 Ergänze in Zeile 79 "Fluchtursachen sind Krieg und Ressourcenkonflikte" ge-
- 12 gen "Ursachen von Flucht sind Krieg, Ressourcenkonflikte, totalitäre Regime,
- 13 Bürgerkrieg und wachsende Armut"
- 14 Ersetze in Zeile 97 "der Betreuung und Versorgung von Geflüchteten" gegen
- 15 "in Unterkünften für Geflüchtete und Gemeinnützigen Organisationen für ge-
- 16 flohene Menschen"
- 17 Ersetze in Zeile 101 "Asylsuchenden" gegen "Geflüchtete"

Begründung

erfolgt mündlich

AntragstellerInnen

AStA Marburg

54-7-I1-3

AntragstellerInnen: Studierendenvertretung der Hochschule Koblenz

Gegenstand: 54-7-I1 Internationale Studierendenplattform (Inhaltliche Anträge)

Änderungsantrag 54-7-I1-3

- 1 Ersetze "zwei" durch "drei" so das nunmehr lautet:
- 2 "Der fzs hält eine internationale Zusammenarbeit von Studierende und für
- 3 Bildung wichtig. Dabei können dreiAufgaben unterschieden werden."
- 4 Füge hinzu: "3. Eine Organisation die die Vernetzung auf Hochschulsportli-
- 5 cherEbene voranbringt, wie die FIFA."

Begründung

Der Sport sollte nie unterschätzt werden und dementsprechend auch gewürdigt werden.

AntragstellerInnen

Studierendenvertretung der Hochschule Koblenz

54-7-I4-4

AntragstellerInnen: AStA Uni Lüneburg

Gegenstand: 54-7-I4 Weiterentwicklung der Finanzierung des ESU-Pools aus Gutachter*innen für Quality Assurance und Anpassung der Aufwandsentschädigungen für die studentischen Gutachter*innen (Inhaltliche Anträge)

Änderungsantrag 54-7-I4-4

- 1 Modifikationsantrag zum Änderungsantrag:
- 2 Ergänze am Ende von 1):
- 3 Die Finanzierung des QA-Pools soll in Kooperation mit den Agenturen, oder
- 4 projekt- bezogen, erfolgen.

Begründung

Neben der Streichung von 2), um sich mit dem Beschluss nicht Umverteilungsgedanken zu versperren, wird eine kleine Anpassung von 1) von uns vorgeschlagen.

Der AS hat den durch die Änderungsanträge entstehenden Beschluss in Folge von an den AS verwiesener MV-Anträge in exakt dieser Fassung schon zwei Mal gefasst. Dabei wurden sowohl Argumente zur Finanzierungsstruktur des QA-Pools als auch zur Frage von Kaufkraftparitäten berücksichtigt und diskutiert.

Weitere Begründung erfolgt auf Wunsch mündlich.

AntragstellerInnen

AStA Uni Lüneburg

54-7-I7-6

AntragstellerInnen: Delegation FAU Erlangen Nürnberg

Gegenstand: 54-7-I7 Keine Zusammenarbeit mit der AfD (Inhaltliche Anträge)

Änderungsantrag 54-7-I7-6

- ¹ Streiche "anderen AfD-parteinahen Hochschulgruppen"

Begründung

Wenn es andere AfD Nahe Gruppierungen gibt die wir ausschließen wollen, dann haben wir diese klar zu benennen. Die Einführung eines Gummiparagraphen wird uns nicht helfen.

Denn ob wir die Diskussion über jede einzelne Gruppierung jetzt vollziehen oder dann wenn wir den Gummiparagraphen anwenden wollen wird das Ergebnis nicht ändern. So oder so kommen wir an einer Benennung dieser Gruppen nicht vorbei.

Diese schwammige Beschreibung kann maximal dazu führen das jemand AS/Vorstand/MV eine andere Vorstellung hat mit welcher Person/Gruppe man noch sinnvoll zusammen zu arbeiten hat. Dies sollte vermieden werden.

AntragstellerInnen

Delegation FAU Erlangen Nürnberg

54-7-I4-6

AntragstellerInnen: Delegation FAU Erlangen Nürnberg

Gegenstand: 54-7-I4 Weiterentwicklung der Finanzierung des ESU-Pools aus Gutachter*innen für Quality Assurance und Anpassung der Aufwandsentschädigungen für die studentischen Gutachter*innen (Inhaltliche Anträge)

Änderungsantrag 54-7-I4-6

- ¹ Streiche Absatz 2 und somit Punkt 2 ersatzlos.

Begründung

Wir erkennen die allgemeine Idee hinter dem gesamten Antrag, auch Punkt 2. Jedoch halten wir die angestrebte Umsetzung für nicht ziel führend.

1) Frei nach: „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“ würden wir uns sehr darüber freuen wenn man jeden Menschen gleich behandeln kann.

2) Laut dem Beispiel in der Erklärung, würde man in Kroatien von 1500 Euro Aufwandsentschädigung 350 behalten können. Von diesen 1500 Euro kann ein uns unbekannter Steuersatz abverlangt werden, so dass dann von 1500 Euro Aufwandsentschädigung wenig übrig bleibt.

AntragstellerInnen

Delegation FAU Erlangen Nürnberg

54-7-I7-7-9

AntragstellerInnen: AStA Marburg

Gegenstand: 54-7-I7 Keine Zusammenarbeit mit der AfD (Inhaltliche Anträge)

Änderungsantrag 54-7-I7-7-9

- 1 Streiche letzten Satz und ersetze durch:
- 2 Diskriminierende Inhalte und Äußerungen der rechtspopulistischen bis rechts-
- 3 extremen Partei und ihr Eintreten für eine Elitisierung der Hochschulen stehen
- 4 den Forderungen des fzs nach einer offenen, diskriminierungsfreien Hochschule
- 5 direkt entgegen. Der fzs sieht sich deshalb in der Pflicht über die Gefahren, die
- 6 von AfD und nahen Strukturen ausgehen, aufzuklären und aktiv gegen deren
- 7 Erstarken, insbesondere an der Hochschule, vorzugehen.

Begründung

Da nur die Anträge, nicht aber die Begründungen bei Annahme veröffentlicht werden, ist uns wichtig, dass sich auch die inhaltliche Kritik an der AfD im Antrag wiederfindet. Da die AfD explizit diskriminierendes Verhalten an den Tag legt ist uns ein boses Aufklären nicht genug, gegen ein Erstarken solcher menschenverachtender Strömungen muss aktiv gearbeitet werden.

AntragstellerInnen

AStA Marburg

54-7-I6-8

AntragstellerInnen: Ausschuss Studienreform

Gegenstand: 54-7-I6 Praxisphasen dualer Studiengänge im Berufsbildungsgesetz absichern (Inhaltliche Anträge)

Änderungsantrag 54-7-I6-8

- ¹ Streiche im letzten Satz "über Studium und Lehre"

Begründung

Das Beteiligungsrecht sollte sich auf alle Bereiche erstrecken nicht nur auf den Bereich Studium und Lehre

AntragstellerInnen

Ausschuss Studienreform

54-7-I9-8; 50

AntragstellerInnen: StuV Uni Würzburg

Gegenstand: 54-7-I9 Danke für nichts – schafft Alternativen zur institutionellen Leere! (Inhaltliche Anträge)

Änderungsantrag 54-7-I9-8; 50

¹ ersetzt "der Uni" durch "den Hochschulen" und "Zwecke" durch "Ziele"

Begründung

–

AntragstellerInnen

StuV Uni Würzburg

54-7-I6-9

AntragstellerInnen: AStA Marburg

Gegenstand: 54-7-I6 Praxisphasen dualer Studiengänge im Berufsbildungsgesetz absichern (Inhaltliche Anträge)

Änderungsantrag 54-7-I6-9

- ¹ Ergänze in Zeile 9: Dies soll in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen
- ² Branchengewerkschaften geschehen.

Begründung

Erfolgt mündliche

AntragstellerInnen

AStA Marburg

54-7-I3-15

AntragstellerInnen: StuV Uni Würzburg

Gegenstand: 54-7-I3 Kritische Wissenschaft für alle statt Exzellenz
für die Interessen weniger (Inhaltliche Anträge)

Änderungsantrag 54-7-I3-15

¹ ersetze in Zeile 15 "Eckpunkte" durch "Ziele"

Begründung

mündlich

AntragstellerInnen

StuV Uni Würzburg

54-7-I1-17

AntragstellerInnen: Delegation FAU Erlangen Nürnberg

Gegenstand: 54-7-I1 Internationale Studierendenplattform (Inhaltliche Anträge)

Änderungsantrag 54-7-I1-17

- ¹ Der letzte Satz möge gestrichen werden.

Begründung

In dem Satz wird konkret gefordert das wir erst/nur Mitglied werden wenn klare Bedingungen erfüllt sind, dann folgt jedoch eine unklare Auflistung „Emanzipierung z.B. der Union von Nordkorea...“.

AntragstellerInnen

Delegation FAU Erlangen Nürnberg

54-7-I9-28-29

AntragstellerInnen: AS

Gegenstand: 54-7-I9 Danke für nichts – schafft Alternativen zur institutionellen Leere! (Inhaltliche Anträge)

Änderungsantrag 54-7-I9-28-29

- 1 Füge in Zeile 28 nach "... und Notendruck wahrzunehmen." folgendes ein:
- 2 "Für diese Lehrveranstaltungen sind viele didaktische Konzepte denkbar. Von
- 3 Einzelveranstaltungen über semesterbegleitende regelmäßige Veranstaltungen
- 4 bis zum jährlich vom fzs initiierten stattfindenden *festival contre le racisme*."
- 5 Ergänze in Zeile 29 nach "... zu ermöglichen." um:
- 6 "und sich an der fzs-Kampagne *festival contre le racisme* aktiv zu beteiligen."

Begründung

erfolgt mündlich

AntragstellerInnen

AS

54-7-I8-54-7-I8 Ä1

AntragstellerInnen: Alexander Buchheister

Gegenstand: 54-7-I8 Ticketstudierende ABSCHAFFEN (Inhaltliche Anträge)

Änderungsantrag 54-7-I8-54-7-I8 Ä1

- 1 Modifikationsantrag zum Änderungsantrag 1
- 2 Streiche den Änderungsantrag 1 vollständig und ersetze diesen durch:
- 3 "Ergänze am Ende des Beschlussvorschlags: Der Gesetzgeber hat gleich-
- 4 zeitig die Pflicht, für sozial schwächere entsprechende und sozialverträgliche
- 5 Angebote zu schaffen".

Begründung

Der Vorstand vermischt hier unzulässigerweise einmal mehr seinen Auftrag einer hochschulpolitischen Interessensvertretung und allgemeinpolitischen Forderungen. Die Intention zur Einführung und rechtlichen Akzeptanz eines Semestertickers dürfte bekannt sein und kann in der Entscheidung– 1 BvR 1510/99 – des Bundesverfassungsgerichtes gerne noch einmal nachgelesen werden:

„(...)

Auf einer verfassungsrechtlich unbedenklichen Auslegung des einfachen Rechts beruht auch die Auffassung des Bundesverwaltungsgerichts, die Einführung des Semestertickets falle als Wahrnehmung studienspezifischer sozialer Belange unter die Regelung des §71 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 WissHG und halte sich

damit im Rahmen der von der Studierendenschaft legitimerweise wahrzunehmenden Aufgaben. Zur Begründung seiner Auffassung, die mit dem Semesterticket erreichte Verbilligung der Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs betreffe unbeschadet des Interesses auch anderer Bevölkerungskreise an einer solchen Nutzung spezifische Interessen der Studierenden, hat das Bundesverwaltungsgericht maßgeblich darauf abgestellt, dass die Studienkosten zunehmend durch die Fahrtkosten zur Hochschule bestimmt werden. Angesichts dessen und mit Rücksicht auf die ausbildungsbedingte finanzielle Bedürftigkeit Studierender ist es einleuchtend und verfassungsrechtlich unbedenklich, die Verbilligung dieses Bedarfs als Wahrnehmung eines studienspezifischen sozialen Belangs anzusehen (vgl. Leuze, a.a.O., Rn. 22f. m.w.N.; Hendler/Friebertshäuser, a.a.O., S. 42ff.; Schmidt, Studentenschaftsbeiträge für den Studentenausweis als Nahverkehrszeitkarte, NVwZ 1992, S. 41f.; Bizer, Studententicket. Finanziert über studentische Zwangsbeiträge, IUR 1992, S. 30f.; a.A.: Kettler, Semestertickets und das Grundgesetz, DÖV 1997, S. 674f.).

Diesem Ergebnis steht nicht entgegen, dass die Einführung des Semestertickets daneben oder zusätzlich einen allgemeinpolitisch-ökologischen Effekt hat. Zwar gehört es nicht zu den Aufgaben der Studierendenschaft, beitragsfinanziert die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs zu fördern. Soweit sie allerdings bei der Wahrnehmung der in §71 WissHG genannten Aufgaben wie dargelegt den Studienbezug wahrt, sind allgemeinpolitisch-ökologische Nebeneffekte unbedenklich. (...)

AntragstellerInnen

Alexander Buchheister

54-7-I8-alle

AntragstellerInnen: Arbeitskreis life long learning, Norman

Gegenstand: 54-7-I8 Ticketstudierende ABSCHAFFEN (Inhaltliche Anträge)

Änderungsantrag 54-7-I8-alle

- 1 ersetze den Titel durch:
- 2 abschaffen ABSCHAFFEN!!!!111elf
- 3 ersetze den Antragstext durch:
- 4 Der fzs setzt sich dafür ein, dass Studierende deren Anträge an die fzs MV mehr
- 5 als fünf mal vertagt oder nicht befasst wurden dem neubewaffneten Frauentri-
- 6 bunal überstelltwerden.

Begründung

MIR DOCH EGAL!!!!11elf

AntragstellerInnen

Arbeitskreis life long learning (Ü18)

54-7-I12-Modifikationsantrag 2 an den Änderungsantrag des AStA Marburg

AntragstellerInnen: LAK-Niedersachsen-Koordination

Gegenstand: 54-7-I12 Für eine Verwirklichung der Menschenrechte
und gegen Fluchtursachen (Inhaltliche Anträge)

Änderungsantrag 54-7-I12-Modifikationsantrag 2 an den Änderungsantrag des AStA Marburg

- ¹ Streiche "Ersetze in Zeile 77 "Fluchtursachen" gegen "der neokolonialen Au-
- ² ßenpolitik der Imperialmächte des globalen Nordens als Ursache für Flucht""

AntragstellerInnen

LAK-Niedersachsen-Koordination

54-7-I12-Modifikationsantrag 1 an den Änderungsantrag des AStA Marburg

AntragstellerInnen: LAK-Niedersachsen-Koordination

Gegenstand: 54-7-I12 Für eine Verwirklichung der Menschenrechte
und gegen Fluchtursachen (Inhaltliche Anträge)

Änderungsantrag 54-7-I12-Modifikationsantrag 1 an den Änderungsantrag des AStA Marburg

- ¹ Ersetze den Titel durch "Für eine Verwirklichung der Menschenrechte, gegen
- ² Fluchtursachen und neokoloniale Außenpolitik"
- ³ Ergänze in Zeile 78 hinter "gutes" "und sicheres"

AntragstellerInnen

LAK-Niedersachsen-Koordination

54-7-I7-Änderungsantrag des ASTA Marburg

AntragstellerInnen: AStA Marburg

Gegenstand: 54-7-I7 Keine Zusammenarbeit mit der AfD (Inhaltliche Anträge)

Änderungsantrag 54-7-I7-Änderungsantrag des ASTA Marburg

- ¹ Ersetze "rechtspopulistischen bis rechtsextremen Partei" durch "extrem rechten Partei"
- ² ten Partei"

Begründung

erfolgt mündlich

AntragstellerInnen

AStA Marburg

54-7-I5-ergänzend nach Zeile 11

AntragstellerInnen: Ausschuss Studienreform

Gegenstand: 54-7-I5 Ingenieur_innengesetze: Akademische Selbstverwaltung statt zusätzliche Bürokratie (Inhaltliche Anträge)

Änderungsantrag 54-7-I5-ergänzend nach Zeile 11

- 1 Im Hinblick auf solche Debatten, lehnt der fzs gesondert durch eigene Gesetze
- 2 verliehene Berufs- und Standesbezeichnungen ab, da diese einen unnötigen bü-
- 3 rokratischen Aufwand hervorrufen. Der Studienabschluss reicht als Berufstitel
- 4 vollkommen aus und bedarf keines zusätzlichen traditionsgeschuldeten Titels.
- 5 Die Ingenieurgesetze sind daher abzuschaffen.

Begründung

Im Ausschuss Studienreform herrscht keine Einigkeit darüber, ob Berufs- und Standesbezeichnungen (wie z.B. der Ingenieurtitel) abgeschafft werden sollten. Die Debatte um die Ingenieur_innengesetze bieten eine gute Gelegenheit, um diese Frage zu diskutieren und somit eine Position für den fzs zu finden.

Aufgrund unserer Uneinigkeit in der Frage, lassen wir die MV über diesen Änderungsantrag abstimmen.

AntragstellerInnen

Ausschuss Studienreform

54-8-St17

AntragstellerInnen: FAU Erlangen-Nürnberg

Gegenstand: TOP 8: Strukturelle Anträge

Mindestanforderung an Berichte

- 1 Die fzs-mv möge beschließen:
- 2 Berichte von Ausschüssen und Gremien sollen folgende Angaben enthalten:
- 3 • Berichtszeitraum
- 4 • Mitglieder, sowie deren Amtszeiten insofern sie vom Berichtszeitraum
- 5 abweichen
- 6 • Kontaktdaten (z.B. Verteiler-Adresse)

Begründung

Dieser Antrag soll keine Kritik an den eingereichten Berichten darstellen. Beim Durcharbeiten der diesjährigen Berichte hat sich gezeigt, dass bestimmte Angaben sehr hilfreich sind. Daher schlagen wir vor bestimmte Angaben als Mindestanforderungen an einen Bericht zu definieren. Da die Berichte auch Teil des Protokolls einer MV sind ist es sinnvoll bestimmte Angaben wie z.B. Mitglieder eines Gremiums dokumentiert zu haben.

AntragstellerInnen

FAU Erlangen-Nürnberg

54-8-St6

AntragstellerInnen: Christopher Bohlers

Gegenstand: TOP 8: Strukturelle Anträge

Live-Streaming der AS-Sitzungen ermöglichen

- 1 Der fzs unterstützt die Möglichkeit auch per Live-Streaming an den Sitzun-
- 2 gen des AS als Beobachter*innen teilzunehmen, um die neusten Ergebnisse
- 3 und Beschlüsse des Verbandes zu den Studierendenschaften transportieren zu
- 4 können. Der Vorstand des fzs soll zusammen mit dem AS die Möglichkeiten
- 5 eruieren den öffentlichen Teil der AS-Sitzung live in das Internet zu übertragen.
- 6 Nutzer*innen sollen die Möglichkeit erhalten die fzs-AS-Sitzung in Video und
- 7 Ton mitverfolgen zu können. Nicht-Öffentliche Teile werden nicht übertragen.
- 8 Insgesamt soll eine möglichst Kostengünstige bestenfalls Kostenlose, wennmög-
- 9 lich Open-Source Lösung gefunden werden das Videosignal und Tonsignal als
- 10 Internet-Stream zu übertragen.

Begründung

Als studentischer Dachverband ist es wichtig, die Mitglieder*innen, Studierenden und sonstigen Interessierten erreichen zu können. Daher soll es möglich sein, trotz physikalischer Abwesenheit bei der fzs-AS-Sitzung die Ereignisse, Diskussionen und Ergebnisse mitverfolgen zu können. Ein Videostream soll jedoch nicht dazu führen, dass die physikalische Anwesenheit abnimmt. Dennoch gibt es genügend Interessierte die aufgrund von Partizipationshürden wie Fahrtkosten oder hohe Reisezeiten nicht den Weg zu einer fzs-AS-Sitzung schaffen. Dieses könnte durch einen Live-Videostream ermöglicht werden. Bei bereits anderen Veranstaltungen werden bereits Live-Videostreams unter Beachtung des Persönlichkeitsrechtes eingesetzt. **Der AS hat den Antrag mit 0/5/0 abgelehnt.**

AntragstellerInnen

Christopher Bohlens

54-8-St2

AntragstellerInnen: Alexander Buchheister u.a.

Gegenstand: TOP 8: Strukturelle Anträge

Transparenz statt Klängelei – Einrichtung eines politischen Beirats

- 1 Der fzs richtet mit Beginn des Jahres 2017 ein Gremium ein, indem gemein-
- 2 sam mit den hochschulpolitischen Gruppen auf Bundesebene parteiübergrei-
- 3 fend grundsätzliche Fragestellungen diskutiert werden können. Über die Sit-
- 4 zungen sind Protokolle zu führen und öffentlich bereitzustellen. Perspektivisch
- 5 sollte eine strukturelle Einbindung des Gremiums in wissenschaftspolitische
- 6 Fragestellungen geprüft werden.
- 7 Das Konzept hierzu sollte verbandsöffentlich und gemeinsam mit den hoch-
- 8 schulpolitischen Listen auf Bundesebene erarbeitet werden.

Begründung

Politik und Gesellschaft sind daran interessiert einen verlässlichen, effizient arbeitenden Ansprechpartner auf studentischer Seite zu haben. Dieser Anspruch kann aufgrund der zum Teil rivalisierenden Arbeit der studentischen Verbände nicht erfüllt werden. Um das Ziel, die Darstellung und Stärkung der studentischen Position, zu erreichen, bedarf es einer stärkeren Zusammenarbeit in grundsätzlichen Themen. Diese findet aktuell jedoch nur vereinzelt und dann in informeller und nicht-transparenter Art und Weise statt. Da unabhängig von gemeinsamen Positionen die vielfältigen Ansichten und Positionen gewahrt bleiben sollten, kommuniziert das Gremium nur Konsensbeschlüsse und stellt in anderen Fällen stets die vollständige Bandbreite der Meinungen dar. **Auf**

der MV in Lüneburg wurde der Antrag an den AS verwiesen und dort mit 0/5/0 abgelehnt.

AntragstellerInnen

Alexander Buchheister, Christopher Bohlens

54-8-St4

AntragstellerInnen: Alexander Buchheister u.a.

Gegenstand: TOP 8: Strukturelle Anträge

Partizipationshürden senken – Erarbeitung eines Wikis zur Hochschulpolitik

- 1 Der Arbeitskreise und Ausschüsse des fzs erarbeiten unter Federführung des
- 2 Vorstandes ein Wiki zur Hochschulpolitik, in dem grundsätzliche Zusammen-
- 3 hänge aufgeführt und leicht verständlich dargestellt werden. Das Wiki soll allen
- 4 Studierendenschaften in geeigneter Art und Weise zur Verfügung gestellt wer-
- 5 den. Es soll eruiert werden, ob die Inhalte des Wikis in einen Papierbehafteten
- 6 Reader überführt werden sollten.

Begründung

In Zeiten schwindenden studentischen Engagements ist nach Auffassung der Antragsteller eine Wissensdokumentation essentiell und Grundlage für die Unterstützung studentischen Engagements. Vieles Wissen ist aktuell nur personenbezogen verfügbar und nicht fundiert dokumentiert. Weiterhin werden viele Fragestellungen periodisch und parallel erneut bearbeitet, statt aus der Vergangenheit zu lernen. Ein solches Wiki hat nicht nur praktischen Nutzen, sondern kann auch zur verstärkten Wahrnehmung des Verbandes führen. Auch ist es möglich aus dem Wiki ein gedrucktes Handbuch zu erstellen. Die weitere Begründung erfolgt mündlich. **Der AS hat den Antrag abgelehnt.**

AntragstellerInnen

Alexander Buchheister, Christopher Bohlens

54-8-St3

AntragstellerInnen: Alexander Buchheister u.a.

Gegenstand: TOP 8: Strukturelle Anträge

Mitglieder transparent aufführen und vorstellen

- 1 Der Vorstand aktualisiert die Mitgliederliste auf der Webseite zeitnah und
- 2 ergänzt die Auflistung um eine Kurzvorstellung der entsprechenden Studie-
- 3 rendenschaften und Nennung der Ansprechpartner*innen. Hierzu sollen die
- 4 Studierendenschaften zur Mitarbeit angesprochen werden.

Begründung

Die Auflistung scheint seit längerer Zeit nicht mehr aktuell zu sein und führt nicht nur bei interessierten Besucher*innen zur Verwirrung, sondern erschwert auch Gremien des Verbandes die Bearbeitung spezifischer Fragestellungen. Es ist zudem unklar, ob die u.a. über die E-Mail-Signatur kommunizierte Nachricht "Der freie Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs) e.V. ist der überparteiliche Dachverband von Studierendenschaften in Deutschland. Mit rund 90 Mitgliedern vertritt der fzs etwa eine Million Studierende (...)", annähernd stimmig ist – so liefert die aktuelle Auflistung lediglich 73 Mitglieder. **Der AS hat den Antrag mit 0/5/0 abgelehnt.**

AntragstellerInnen

Alexander Buchheister

Christopher Bohlens

54-8-St5

AntragstellerInnen: Christopher Bohlens

Gegenstand: TOP 8: Strukturelle Anträge

Visualisierung des Haushalts des fzs nach OpenSpending

- ¹ Der fzs möge beschließen, den aktuellen Haushalt auf Grundlage der „Open-
- ² Spending“ Webapplikation online zu stellen.

Begründung

Im Sinne einer transparenten studentischen Politik bin ich der Meinung, dass es für die Studierenden möglich sein sollte, jederzeit Einsicht in den Haushalt des fzs nehmen zu können. Jede Studierendenschaft trägt derzeit mit seinem Anteil für die Finanzierung des studentischen Dachverbandes bei. Durch die studentischen Selbstverwaltungsbeiträge finanzieren daher die Studierenden der Mitgliedhochschulen den Verband. Daher sollten nicht nur die Mitglieder*innen des fzs den vollständigen Haushaltsplan kennen, sondern dieser jederzeit für die Öffentlichkeit abrufbar sein. Dieser Antrag sieht vor, dass der Haushalt auf Grundlage einer Webapplikation „OpenSpending“ (<http://openspending.org>) ins Internet gestellt wird. Bei der Webapplikation „OpenSpending“ handelt es sich um eine Open-Source Software, die eine Visualisierung von Daten hier insbesondere von Finanzdaten/Haushaltsdaten ermöglicht. Mit der Webapplikation „OpenSpending“ können die Daten sehr gut visuell dargestellt werden. Es handelt sich dabei um eine Open-Source Applikation, die die Rohdaten visuell sehr anschaulich darstellen kann. Beispiele für diese Visualisierung sind unter folgenden Webseiten zu finden:

Bundeshaushalt: <http://bund.offenerhaushalt.de> Städte: <http://www.stadt-koeln.de/politik-und-verwaltung/finanzen/os/#pg/2012/aufwand>
<http://bremen.gevisys.de> <http://haushalt.frankfurt-gestalten.de>
https://da-bei.darmstadt.de/page/Offener_Haushalt_2015 https://openspending.org/city_of_bochum_expenditure <http://www.offenerhaushalt.treuchtlingen.de/treuchtlingen/2015/ausgaben/> <https://openspending.org/hh2015os> Studierendenschaften: https://openspending.org/leuphana_students – Im Aufbau <https://www.uni-ulm.de/stuve/struktur/stex/haushalt.html> Wenn die Daten kontinuierlich gepflegt werden, so dass der Jahresansatz, Jahresabschluss, eventuelle Nachtragshaushalte berücksichtigt wird, kann über die Jahre ein sehr überschaubarer Haushalt entstehen. Ein überschaubarer Haushalt ermöglicht, auch jederzeit Vergleiche zwischen den Jahren bzw. Nachtragshaushalte vornehmen zu können. Es werden jedoch keine Transaktionen erfasst, somit bleiben Persönlichkeitsrechte bewahrt. Jeder Mensch hat die Möglichkeit sich durch den Haushalt navigieren zu können und zu erkennen, woher das Geld kommt und wie das Geld verwendet wird. Welcher Mensch hat schon die Zeit, sich Fachwissen oder die Motivation zu finden, einen bisher komplizierten Haushalt, der in einer Excel Datei gepflegt wird zu verstehen. Durch die Webapplikation „OpenSpending“ werden die komplexen Daten des Haushalts durch moderne Webtechnologie erschlossen und finden sich in einem offenen und wiederverwendbaren Datenformat zugänglich. Die Informationen können daher ausgewertet, visualisiert und so miteinander in Verhältnis zu anderen Daten gebracht werden. Mit der Umsetzung des Projektes sehe ich einige Vorteile hier drin verbunden, wie beispielsweise die Baumstruktur des Haushalts und die einfache Navigation. Würden wir unseren Haushalt mit der Webapplikation „OpenSpending“ Plattform zur Verfügung stellen, würden wir die erste bundesweite studentische Interessensvertretung sein, die dieses eingesetzt hat. Da es sich um ein Open-Source Projekt handelt, können auch andere Studierendenschaften / Verbände daran teilnehmen bzw. es umsetzen. Für ein Modellprojekt bei uns können zukünftig auch andere Studierendenschaften aus diesem Projekt lernen. Daher würde die Umsetzung bei uns ein Modellprojekt ergeben, von dem auch andere Studierendenschaften lernen können ihren Haushalt transparenter und visualisiert darzustellen.

AntragstellerInnen

Christopher Bohlens

54-8-St1

AntragstellerInnen: Alexander Buchheister u.a.

Gegenstand: TOP 8: Strukturelle Anträge

Einrichtung eines AK „Lifelong Learning“

- 1 Der fzs richtet einen neuen Arbeitskreis „Lifelong Learning“ ein.

Begründung

Während in Politik und Gesellschaft meistens noch das Bild von Studierenden im Altersbereich von 18-23 Jahren existiert, ist dieses Bild durch verschiedenste Einflüsse längst ein anderes. Neben den heterogenen Studienanfänger*innen gibt es auch im Bereich des lebenslangen Lernens Studierende die deutlich älter sind. Zudem gibt es häufig Studierende, die z.B. aus Gründen der Studienfinanzierung oder der Familienbetreuung das Studium erst in einer späteren Phase beginnen oder einen längeren Zeitraum für dieses benötigen. Dieser Wandel hat auch zu neuen allgemein hochschulpolitischen Entwicklungen geführt wie die Integrierung des Lebenslangen Lernen in den Zielkatalog des Bologna-Prozesses, der Forderung nach mehr Chancengleichheit, der Heterogenisierung der Studierendenschaft und schließlich die zunehmende Wertschätzung der Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung. In Deutschland stellt dies Studierende vor Herausforderungen wie: Der 30. Geburtstag ist beim BAföG, bei diversen Studienkrediten sowie auch bei der studentischen Krankenversicherung ein entscheidender Zeitpunkt: Studierende fallen aus dem günstigen Studententarif und werden in den günstigsten Tarif für Arbeitnehmer eingestuft. Die Krankenversicherung wird entsprechend teurer. Aber auch schon der 25. Geburtstag sorgt dafür, dass das Kindergeld entfällt. Der Arbeitskreis soll mögliche Themen dieser Studierendengruppe eruieren und im Verband thematisieren, um diesen hierfür zu sensibilisieren. Auch

sollen ausgehend des Arbeitskreises entsprechende Positionen und Anträge für Mitgliederversammlungen vorbereitet werden. **Auf der letzten MV wurde dieser Antrag an den AS verwiesen, der AS hat die Einrichtung des AK mit 0/6/0 (ohne Begründung) abgelehnt. Den Antragssteller*innen ist es wichtig, hier voranzukommen und im besten Fall der kommenden MV bereits eine Skizzenpapier zur Dimension der Thematik vorzulegen, sodass auf der übernächsten MV ein konkretes Arbeitsprogramm mit spezifischen Schwerpunkten verabschiedet werden kann.**

AntragstellerInnen

Alexander Buchheister, Christopher Bohlens

54-8-St7

AntragstellerInnen: Alexander Buchheister

Gegenstand: TOP 8: Strukturelle Anträge

Beschlüsse wirklich umsetzen und deren Umsetzung nachverfolgen können

- 1 Der Vorstand richtet gemeinsam mit dem AS eine entsprechende Beschluss-
- 2 übersicht/Beschlussdatenbank der Gremien (MV und AS) ein und veröffent-
- 3 licht diese auf der Webseite. Der reine Beschluss soll um einen Kommentar des
- 4 Vorstandes ergänzt werden, der darlegt ob und in welcher Form der Beschluss
- 5 umgesetzt worden ist. Auf jeder Mitgliederversammlung ist unter dem Punkt
- 6 Bericht ein Unterpunkt "Offene Umsetzungen" einzuführen, indem seitens des
- 7 Vorstandes und des AS ausgeführt wird, warum entsprechende Beschlüsse noch
- 8 nicht umgesetzt sind. Die Maßnahme wird nach zwei Jahren evaluiert.

Begründung

Die Gremien des fzs beschließen regelmäßig verschiedenste Anträge und Handlungsaufforderungen. In der Vergangenheit konnte man jedoch sehen, dass einige dieser Beschlüsse nicht umgesetzt worden sind. Dies soll nun nachverfolgt werden können.

AntragstellerInnen

Alexander Buchheister

54-8-St8

AntragstellerInnen: Johannes Starosta u.a.

Gegenstand: TOP 8: Strukturelle Anträge

Aufgaben des AS in alternative Strukturen überführen

- 1 Der fzs richtet eine Arbeitsgruppe ein, die sich in mindestens drei verbandsöf-
- 2 fentlichen Sitzungen mit der Weiterentwicklung des AS bzw. der Überführung
- 3 in alternative Strukturen beschäftigt. Zwischen den Sitzungen soll allen inter-
- 4 essierten über ein Online-Beteiligungsverfahren die Mitwirkung an diesem Pro-
- 5 zess – auch ortsunabhängig – ermöglicht werden. Spätestens zur übernächsten
- 6 ordentlichen Mitgliederversammlung sollen entsprechende Beschlussvorlagen
- 7 vorgelegt werden. Der Vorstand unterstützt das Engagement der Arbeitsgrup-
- 8 pe. Die Mitgliederversammlung stellt im Haushalt ein entsprechendes Budget
- 9 zur Durchführung der Arbeitsgruppe zur Verfügung.
- 10 Die Arbeitsaufnahme der Arbeitsgruppe soll unmittelbar erfolgen.

Begründung

In der Vergangenheit gab es bereits mehrere Anträge zur Abschaffung des AS. Auch in der jüngeren Vergangenheit ist die Arbeit des AS für einige Mitglieder und Aktive des Verbandes nicht transparent und zufriedenstellend. So werden Entscheidungen getroffen, welche nicht nachvollziehbar und teilweise nicht legitimiert scheinen. Auf diesbezügliche Anfragen erfolgen keine Rückmeldungen durch den AS und die Befragung und Wahl von AS-Studierendenschaft gleicht häufig einem schlechten Laien-Schauspiel und ist zudem wenig substanziell. Dazu kommen weitere strukturelle Probleme: – Für Studierendenschaften mit

einer geringen Anzahl aktiver Studierende, ist eine Partizipation relativ schwierig. – Der AS benötigt für Entscheidungen stets eine Mehrheit. Dies führte in der Vergangenheit oft dazu, dass bei einer hinreichend pluralistischen Zusammensetzung des AS oft gar keine Beschlüsse gefasst oder auf die MV vertagt wurden. Wurden Beschlüsse gefasst, so kamen diese oft dadurch zustande, dass bei der entsprechenden AS-Sitzung eine bestimmte “Strömung” dominierte, was wiederum innerhalb des Verbands bei Vertreter*innen der anderen “Strömung” auf Kritik stieß. – Die Wahl von Studierendenschaften hat wiederholt zu Problemen geführt, wenn es innerhalb der AS-Studierendenschaften zu einer Neubesetzung der Gremien (durch Rücktritte und/oder Neuwahlen) vor Ende der AS-Legislatur kam. Je nach Situation waren dann die ursprünglich an einer Mitarbeit interessierten Menschen nicht mehr in der Lage, für ihre Struktur zu sprechen, während diese Struktur nach wie vor im AS gewählt war, ohne wirklich aktiv zu sein. Bei einem anderen Fall war sogar unklar, ob die entsprechende Studierendenschaft noch Mitglied im AS ist, oder nicht. Anders als die bisherigen Anträge, den AS abzuschaffen, soll mit diesem Antrag ein Diskurs über Alternativen gestartet werden, an dessen Ende ein Fundament gebaut ist, dass der Verband weiterentwickeln möchte. **Der Antrag wurde an den AS verwiesen, dort ohne Begründung mit 0/5/0 abgelehnt.**

AntragstellerInnen

Johannes Starosts, Christopher Bohlens, Alexander Buchheister

54-8-St9

AntragstellerInnen: Christopher Bohlens

Gegenstand: TOP 8: Strukturelle Anträge

Live-Streaming der MV endlich umsetzen

- 1 Der Beschluss zum Thema Live-Streaming der MV muss umgesetzt werden.
- 2 Solange die Umsetzung eines Live-Streamings nicht erfolgt, erfolgt eine Live-
- 3 Präsentation des Protokolls der MV im Internet.

Begründung

Der Beschluss auch die MV via Live-Streaming im Internet zu übertragen wurde vor einigen MVen beschlossen. Leider hat es bisher an der Umsetzung gefehlt. De facto hat kein Live-Streaming länger als drei Stunden einer MV bisher funktioniert. Ob Technik hin oder her, ein Live-Streaming muss konsequent umgesetzt werden, wenn es ein Beschluss vorsieht. Oft wurde die Schuld der Technik, dem fehlenden Zubehör, dem Ausrichter oder etc. gegeben, jedoch hat sich nie jemand verantwortlich gefühlt. Das muss sich ändern! Als studentischer Dachverband ist es wichtig, die Mitglieder, Studierenden und sonstigen Interessierten erreichen zu können. Daher soll es möglich sein, trotz physikalischer Abwesenheit bei der fzs-MV die Ereignisse, Diskussionen und Ergebnisse mitverfolgen zu können. Ein Videostream soll jedoch nicht dazu führen, dass die physikalische Anwesenheit abnimmt. Dennoch gibt es genügend Interessierte die aufgrund von Partizipationshürden wie Fahrtkosten oder hohe Reisezeiten nicht den Weg zu einer fzs-MV schaffen. Dieses könnte durch einen Live-Videostream ermöglicht werden. Bei bereits anderen Veranstaltungen werden bereits Live-Videostreams unter Beachtung des Persönlichkeitsrechtes eingesetzt.

AntragstellerInnen

Christopher Bohlens

54-8-St10

AntragstellerInnen: Alexander Buchheister

Gegenstand: TOP 8: Strukturelle Anträge

Verständnis linker Hochschulpolitik definieren

1 Der Verband beschließt für sich und seine Arbeit folgende Definitionen als
2 gemeinsames Verständnis:

3 Hochschulpolitik: "Gesamtheit von Bestrebungen im Hinblick auf das Hoch-
4 schulwesen" (Duden)

5 Linke Hochschulpolitik: "Präambel

6 Wir leben in einer Welt der Widersprüche. Die stetige Steigerung Effektivie-
7 rung der Produktionskapazitäten des Kapitalismus führt zu steigendem Wachs-
8 tum des Reichtums und des Überflusses weniger Begünstigter. Gleichzeitig
9 werden große Teile der Menschheit, sowohl in Entwicklungs-, als auch Indus-
10 trielländern, immer mehr von Wohlstand und Lebenssicherheit abgekoppelt, in
11 prekäre Lebensverhältnisse gezwungen und den Zwängen kapitalistischer Aus-
12 beutung unterworfen. Gleichzeitig wächst weiterhin die Armut in den Ländern
13 des Südens und hält zunehmend auch im Norden Einzug. Die Umweltzerstö-
14 rung bedroht unsere Zukunft, Kriege und Aufrüstung nehmen zu, nicht ab.
15 Die Profitmaximierung, das fundamentale Prinzip der kapitalistischen Kon-
16 kurrenzgesellschaft steht einer gerechten Verteilung des Reichtums und einer
17 friedlichen und lebenswerten Welt im Wege.

18 Als Hochschulverband streiten wir für Sozialismus, d.h.: soziale Gerechtigkeit,
19 Demokratie, Frieden, ökologische Nachhaltigkeit, für Emanzipation und die
20 Gleichstellung von Männern und Frauen sowie von Menschen mit unterschiedli-
21 chen sexuellen Orientierungen, unterschiedlicher Hautfarbe, Herkunft und Re-
22 ligion. Wir kämpfen gegen den marktradikalen und antidemokratischen Umbau

23 der Gesellschaft, gegen Sozialabbau, gegen Ausgrenzung und Diskriminierung
24 aller Art, gegen Krieg und Umweltzerstörung.

25 Diese Ziele sind nur durch eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft
26 zu realisieren. Der Kapitalismus ist für uns nicht das Ende der Geschichte.
27 Wir stehen ein für die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung
28 und stellen ihr unsere handlungsbestimmende Perspektive einer sozialistischen
29 Gesellschaft entgegen. Dazu gehört zunächst die Demokratisierung aller gesell-
30 schaftlichen Lebensbereiche. Wirtschaft und Verwaltung müssen demokratisch
31 kontrolliert und ihre Ziele und Aufgaben demokratisch ausgehandelt werden,
32 um den materiellen und emanzipatorischen Bedürfnissen der Menschen unter-
33 geordnet zu werden.

34 Wir als Studierende werden uns in gesellschaftliche Auseinandersetzungen ein-
35 mischen. Wir verstehen den Kampf gegen die aktuelle marktradikale Umstruk-
36 turierung der Hochschule als eine Facette der Auseinandersetzung um den
37 herrschenden Kapitalismus. Wir bleiben dabei: Hochschulen sind nicht los-
38 gelöst von der Gesellschaft zu betrachten. Deshalb muss die Forderung nach
39 einer demokratischen Hochschule immer auch mit einer Forderung nach einer
40 Änderung der Gesellschaft verbunden sein. Wir kämpfen dabei für die Über-
41 windung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Eine wesentliche Grundla-
42 ge unserer Politik ist daher der Widerstand gegen den kapitalistischen Umbau
43 des gesamten Bildungssektors- vom Kindergarten bis zur Weiterbildung. Denn
44 Bildung dient auch dazu, gesellschaftlichen Konsens über die herrschenden
45 Verhältnisse herzustellen. Als Hochschulverband führen wir diese Auseinander-
46 setzung in unserem Lebensumfeld. Hochschulen sind Orte der Ausbildung und
47 der Wissenschafts- sowie der Ideologieproduktion, und damit ein Austragungs-
48 ort sozialer und kultureller Auseinandersetzungen um Deutungshoheit und ge-
49 gesellschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten in die wir uns einmischen. Deshalb
50 begreifen wir den Kampf gegen die an kapitalistischen Verwertungslogiken ori-
51 entierende Umstrukturierung der Hochschulen Umbaus der Hochschulen nicht
52 nur als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, sondern führen sie auch als eine
53 solche: an der Hochschule und darüber hinaus. Gemeinsam mit Anderen strei-
54 ten wir für eine neue Linke, die sich der Herausforderung universeller Eman-
55 zipation stellt.

56 1. Hochschule im heutigen Kapitalismus

57 Im gegenwärtigen Kapitalismus bestehen spezifische Ansprüche an Hochschu-
58 len, mit denen wir uns im Hier und Jetzt auseinandersetzen müssen. Diese An-
59 sprüche führen insgesamt dazu, dass die Errungenschaften der Bildungsreform

60 der Nachkriegszeit in Ostdeutschland (u.a. bildungsherkunfts-unabhängiger
61 Zugang zu den Hochschulen) und der 60er und 70er Jahre in Westdeutsch-
62 land (u.a. Demokratisierung der Hochschule) rückgängig gemacht wir

63 Wir befinden uns in einer Situation, in der der kapitalistische Umbau der Hoch-
64 schulen vorangetrieben wird und es der hochschulpolitischen Linken nicht ge-
65 lingt, die Errungenschaften der Bildungsreformen zu verteidigen und die ersten
66 Ansätze der sozialen Öffnung und Demokratisierung der Hochschulen auszu-
67 bauen. Vielerorts werden die demokratischen Rechte der Studierenden (in Bay-
68 ern und Baden- Württemberg gibt es noch nicht einmal Verfasste Studieren-
69 denschaften) sowie die der wissenschaftlichen und technisch- administrativen
70 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beschnitten. Die Interessen des Kapitals
71 halten per Drittmittelforschung, Privat- bzw. Stiftungshochschulen und priva-
72 ten Lehrstühlen zunehmend ungehinderten Einzug in Forschung und Lehre und
73 richten sich hart gegen kritische Wissenschaft. Durch die Einführung von Stu-
74 diengebühren wird die Lehre zusätzlich Marktmechanismen ausgesetzt, da sie
75 zu einer Anpassung des Studierverhaltens und der Lehre an den Bedürfnissen
76 der Unternehmen führt. Unter dem Gesichtspunkt der Investition in das eigene
77 „Humankapital“ muss das Studium auf die auf dem Arbeitsmarkt zu erzielende
78 Rendite ausgerichtet werden. Gleichzeitig verschärfen Studiengebühren, neben
79 restriktiven Zulassungsbeschränkungen, die soziale Auslese.

80 Die Spezialisierung, die bloße Reproduktion von Wissen und der Zeitdruck in
81 den neuen Bachelorstudiengängen orientieren sich ebenfalls an den Interessen
82 der Wirtschaft, indem nicht nur die Kosten für die Ausbildung sondern auch
83 die Personalkosten der künftigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ge-
84 senkt werden. Die Entwicklung an den Hochschulen ist aber nur eine Facette
85 des marktradikalen Umbaus der gesamten Gesellschaft. Unter den Bedingun-
86 gen von Massenarbeitslosigkeit werden »Hartz IV« und die Privatisierung der
87 öffentlichen Daseinsvorsorge dazu genutzt, den Beschäftigten durch Angst vor
88 Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg immer weitere Zugeständnisse abzurin-
89 gen. Auch Studierende sind zunehmend von Unsicherheit betroffen. Die gesell-
90 schaftlichen Kräfteverhältnisse verändern sich, durch die Zersetzung der Flä-
91 chentarifverträge, die schwindende Macht der Gewerkschaften und die Abkehr
92 der Sozialdemokratie von sozialstaatlichen Prinzipien, elementar zu Ungunsten
93 der Lohnabhängigen. Auch linke, kritische und in der Interessensvertretung
94 engagierte Studierende erleben wie ihre linksakademische Gegenwelt – vom
95 linken AStA über das autonome Café bis hin zum selbstorganisierten Semi-
96 nar im Strudel aus Bachelorisierung, Studiendruck und Zwang zur Lohnarbeit
97 – geschliffen wird. Studierenden werden ihre Entfaltungsmöglichkeiten durch
98 Verengung und Verkürzung des Studiums genommen. Ihnen wird, ebenso wie

99 beispielsweise den Erwerbslosen, die Verantwortung für ihren Status zugeschoben:
100 über die Privatisierung der Hochschulbildung wird den Studierenden die
101 Verantwortung ihrer eigenen zukünftigen Verwertung übertragen.

102 Gleichzeitig erleben sie – wenn auch in abgeschwächter Form – den Druck des
103 Arbeitsmarktes mit unbezahlten Praktika, schlecht bezahlten Nebenjobs, Arbeitslosigkeit
104 von Akademikerinnen und Akademikern und zunächst einigen Jahren der prekären
105 Beschäftigung beim Berufseinstieg. Diese Alltagserfahrung der Unsicherheit, des
106 allgegenwärtigen Druck des Arbeitsmarktes und der Zerstörung bisheriger Gewissheiten
107 teilen Studierende mit lohnabhängig Beschäftigten, die bisher allerdings noch keinen
108 politischen Ausdruck gefunden hat.
109

110 Wir können dem aktuellen marktradikalen Umbauprozess nur wirksam entgegen
111 treten, wenn wir die dahinter stehenden Strategien in all ihrer Widersprüchlichkeit
112 analysieren und konkrete Forderungen und Strategien der Gegenwehr entwickeln.
113

114 1. Hochschule in der kapitalistischen Verwertungslogik

115 Der Kapitalismus hat in seiner kurzen Geschichte eine beispiellose Entwicklung
116 der Wissenschaft ermöglicht: doch solange diese Mittel zur Kapitalverwertung
117 ist, kann sie sich nicht frei entfalten und ihr dem Menschen dienendes Potential
118 realisieren. Die Interessen des Kapitals – auch wenn sie nicht immer homogen
119 sind – orientieren sich im Kern darauf, günstige Bedingungen für die Steigerung
120 des Mehrwertes zu schaffen. Gesellschaftliche Ziele wie die Verbesserung der
121 Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen, der Schutz der Umwelt, die humane
122 und nutzenorientierte Gestaltung der Produktion, die humane Organisation der
123 Gesellschaft etc. werden diesem Ziel unterworfen.

124 Hochschulen erfüllen im Kapitalismus aber nicht nur die Aufgabe, wirtschaftlich
125 verwertbare Leistungen durch Forschung und Lehre zu produzieren. Sie wirken durch
126 die Ausbildung und Forschungsaktivitäten ihrer Mitglieder auf die Gesellschaft
127 zurück. Sie sind Institutionen, die gesellschaftliche Verhältnisse analysieren und
128 erklären. Dieser Prozess hat eine politische Dimension und ist umkämpft. Hochschulen
129 können Orte kritischer Reflexion und Infragestellung des Status quo sein. Unter
130 den gegebenen Herrschaftsverhältnissen des Kapitalismus dominiert in den Hochschulen
131 in ihrer Gesamtheit allerdings die Verteidigung der bestehenden Ordnung.
132

133 Dies funktioniert über vielfältige Mechanismen: Abhängigkeit von Drittmittelförderung
134 durch das Kapital, offener Kampf gegen kritische Lehrinhalte und

135 die Nichtberufung kritischer Dozentinnen und Dozenten sind die offensichtli-
136 chen Hebel dieser Politik.

137 Die Zurichtung der Lehre auf bloße Marktverwertung funktioniert dagegen
138 weniger offensichtlich. Den Wünschen der späteren Arbeitgeberinnen und Ar-
139 beitgeber wird vorauseilender Gehorsam geleistet. Dies bezieht sich nicht nur
140 auf scheinbar neutrale Anforderungen an die Qualifikation, sondern auch auf
141 unmittelbar politisch ausgerichtete Forschungsansätze und Ergebnisse. Enge
142 fachlich eingegrenzte Bildung führt zu fachlicher Beschränktheit und zur Frag-
143 mentierung wissenschaftlicher Prozesse, die ganzheitliches, kritisches Denken
144 erschweren und Selbstzensur von Lehrenden und Studierenden begünstigen.

145 Damit werden den Hochschulen ihre kritischen Potentiale genommen und sie
146 werden zu einer bedeutenden Quelle ideologischer Rechtfertigungen des ka-
147 pitalistischen Status quo. Dies betrifft nicht nur Gesellschaftswissenschaften
148 sondern auch vermeintlich „objektive“ Naturwissenschaften. Gleichwohl bein-
149 halten Bildung und Forschung immer auch Anknüpfungspunkte für die indivi-
150 duelle und kollektive Emanzipation.

151 Auch die Hochschule im Kapitalismus bietet Freiräume, in denen nicht nur
152 wirtschaftlich verwertbare Innovationen gedeihen können. Sie können auch ge-
153 nutzt werden, um Kritik an herrschenden Ideen und gesellschaftlichen Zustän-
154 den zu entwickeln.

155 1. Sozialistische Hochschulpolitik

156 Bereits jetzt sind die Produktivkräfte so hoch entwickelt, dass der Mensch
157 wesentlich planend, lenkend und organisierend neben den Produktionsprozess
158 treten kann. Im Sozialismus sind Hochschulen eine zivilgesellschaftliche In-
159 stitution, in der diese gesellschaftlicher Planung, Lenkung und Entwicklung
160 realisiert wird und sich die Bildungssubjekte für diese Aufgabe qualifizieren.
161 In dem Maße, in dem die Menschen als sozial gleiche assoziiert demokratisch
162 über Ziel und Inhalt der Produktion verfügen und somit die gesellschaftliche
163 Entwicklung bewusst gemeinsam kontrollieren, schaffen sie die Bedingungen
164 für die freie Entfaltung eines jeden. Individuelle und kollektive Emanzipation
165 bilden daher eine Einheit.

166 Deshalb hat individuelle Emanzipation wenig gemein mit dem traditionellen
167 bürgerlichen Bildungsideal der umfassenden und autonom neben der Gesell-
168 schaft stattfindenden Bildung und Wissenschaft.

169 Dieses bürgerliche Bildungsideal ist zum einen durch die wissenschaftliche Ar-
170 beitsteilung nicht mehr realisierbar. Zum anderen verschleiert die proklamier-
171 te Autonomie der Hochschule, die euphemistisch als Freiheit der Wissenschaft
172 missverstanden wird, die tatsächliche Abhängigkeit der Hochschule von der
173 öffentlichen und zunehmend auch privaten Finanzierung und insbesondere den
174 Ansprüchen an die bloße Marktverwertung ihrer Leistungen. Durch selbstbe-
175 stimmte, kollektiv-demokratische Prozesse kann das bürgerliche Bildungsideal
176 der Aufklärung radikalisiert und im positiven Sinne erneuert werden. Eman-
177 zipatorische Bildung und Wissenschaft sind nur im gesellschaftlichen Kontext
178 denkbar. Sie müssen immer die Gesamtheit und ihre Wechselwirkungen mit
179 einbeziehen, um den gesellschaftlichen Realitäten gerecht zu werden. Dies be-
180 dingt aber auch, dass Wissenschaft und Lehre nicht neutral sein können, son-
181 dern sich immer inmitten gesellschaftlicher Auseinandersetzungen befinden.

182 Freiheit der Wissenschaft kann also nicht darin liegen, ihre Zweckfreiheit zu be-
183 tonen. Vielmehr ist kritische Wissenschaft nur möglich, indem ihre gesellschaft-
184 liche Dimension immer mit einbezogen wird. Die Ansprüche der Gesellschaft
185 an Forschung und Lehre müssen von ihr selbst auf ihre Berechtigung überprüft
186 und dürfen nicht zurück gewiesen werden. Ein Rückzug in den wissenschaft-
187 lichen Elfenbeinturm ist gesellschaftlich nicht sinnvoll und deshalb nicht zu
188 akzeptieren. Stattdessen werden wir die gesellschaftliche Auseinandersetzung
189 um den Zweck und Inhalt von Forschung und Lehre führen.

190 Weil wir diese Auseinandersetzung demokratisch gestalten werden ist ein zen-
191 trales Ziel die demokratische Organisation und Selbstverwaltung der Hochschu-
192 le. Dazu gehört eine Demokratisierung der Hochschulverwaltung in Form der
193 Viertelparität, die die Statusgruppen der Professorinnen und Professoren, der
194 Studierenden und der wissenschaftlichen sowie der technisch-administrativen
195 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gleichberechtigt an der Meinungsbildung be-
196 teiligt. Damit ist gewährleistet, dass alle Mitglieder an der Hochschule über
197 gleiche Mitbestimmungsmöglichkeiten verfügen. Somit können Studierende als
198 größte Gruppe an der Hochschule realen Einfluss auf die Ausgestaltung der
199 Hochschule nehmen. Damit steigen gleichzeitig die Notwendigkeit der Verfass-
200 ten Studierendenschaft und die Bereitschaft, sich aktiv an den demokratischen
201 Prozessen der Hochschule zu beteiligen. In Bezug auf den Einfluss von anderen
202 gesellschaftlichen Gruppen außerhalb der Hochschule muss ein demokratisch
203 gewähltes, paritätisch besetztes Gremium geschaffen werden, in dem Anforde-
204 rungen an die Hochschule formuliert werden.

205 Die Ablehnung des wissenschaftlichen Elfenbeinturms beinhaltet auch einen
206 stärkeren Bezug auf gesellschaftliche Realitäten in Forschung und Lehre. Im

207 heutigen Kapitalismus verbirgt sich hinter dieser Forderung allerdings eine
208 stärkere Marktorientierung, die bei vielen Studierenden unter dem Druck der
209 mangelnden Studienfinanzierung, des Arbeitsmarktes und auf Grund der le-
210 bensfernen Konzeption vieler Studiengänge häufig positiv aufgenommen wird.
211 Wir stellen uns eindeutig gegen eine unkritische Zurichtung von Forschung
212 und Lehre auf die bloßen, kurzfristigen Anforderungen des Marktes. Statt-
213 dessen stehen wir für einen Realitätsbezug im Sinne einer Überprüfung von
214 Forschungsergebnissen in der Praxis und einer Reflexion über die zukünftige
215 Übersetzung des Erlernten und Erforschten in Beruf und Freizeit ein. Durch
216 eine kritische Selbstreflexion über Forschung und Lehre müssen sich Lehrende,
217 Lernende und Forschende immer wieder der Instrumentalisierung durch gesell-
218 schaftliche Einzelinteressen entziehen und dazu beitragen, Wissenschaft und
219 Bildung als kritische Rationalität im Dienste des Menschen zu betreiben.

220 1. Die neue Linke an der Hochschule

221 Wir werden die Linke an den Hochschulen neu organisieren. Die Hochschule
222 ist der Ort an dem wir einen Großteil unseres Studienlebens verbringen. Hier
223 werden wir einen Beitrag zum Aufbau einer neuen Linken leisten. Es wird
224 Zeit, dass sich die Kräfte zusammenschließen, die die Auseinandersetzung ge-
225 gen Krieg und Sozialabbau, gegen Diskriminierung jeder Art, für den Erhalt
226 der Umwelt und für eine offene demokratische und gesellschaftskritische Hoch-
227 schule führen.

228 Wir werden uns bundesweit an den Hochschulen organisieren, bundesweit um
229 eine andere Politik ringen und neue politische und kulturelle Entwicklungsräu-
230 me erstreiten. Es ist an der Zeit die regionale Zersplitterung zu überwinden, die
231 uns durch die föderalen Strukturen im Bereich der Hochschulpolitik nahe ge-
232 legt wird. Wir brauchen endlich einen bundesweit organisierten, starken linken
233 Studierendenverband. Wir werden hochschulpolitisch aktiv werden und politi-
234 sche Forderungen, Strategien und Handlungsmöglichkeiten und Vorstellungen
235 einer demokratischen Hochschule entwickeln, die wir bundesweit artikulieren.
236 Dazu werden wir in der Verfassten Studierendenschaft, in den studentischen In-
237 teressenvertretungen im Süden der Republik und in der Akademischen Selbst-
238 verwaltung mitarbeiten und darum kämpfen die dortige politische Hegemonie
239 nach links zu bewegen. Dabei grenzen wir uns nicht reflexartig von anderen ab,
240 sondern sehen andere linke Gruppen an der Hochschule ebenso wie Gewerk-
241 schaften als wichtige Akteure, mit denen wir zusammenarbeiten wollen.

242 Wir setzen an den Problemen und Interessen der Studierenden an und möchten
243 gemeinsam mit ihnen, aber auch mit Dozentinnen und Dozenten und Hoch-

244 schulangestellten, Veränderungen durchsetzen. Darüber hinaus kämpfen wir
245 für den Erhalt bzw. die Einführung der Verfassten Studierendenschaften sowie
246 für das allgemeinpolitische Mandat und werden dieses offensiv wahrnehmen.
247 Dazu gehören auch die Verankerung kritischer Wissenschaft und Freiräume für
248 Diskussionen über kritische, linke und marxistische Theorie an der Hochschu-
249 le. Wir brauchen die intellektuelle Auseinandersetzung über gesellschaftliche
250 Gegenentwürfe und Strategien ihrer Umsetzung für unsere politische Praxis
251 und werden beides miteinander vereinen. Daneben ist die soziale Situation der
252 Studierenden ein wichtiger Bezugspunkt unserer politischen Arbeit. Zentra-
253 les Element dieser Arbeit ist der Kampf gegen jedwede Form von Studien-
254 und Verwaltungsgebühren und der Kampf für eine elternunabhängige und be-
255 darfsdeckende finanzielle Grundsicherung, sowie eine Studienorganisation, die
256 Menschen in allen Lebenslagen ihr Studium ermöglicht.

257 Die zunehmende Unsicherheit unter Studierenden nähert sich Erfahrungen
258 lohnabhängig Beschäftigter an. In dieser gemeinsamen Erfahrung der Unsi-
259 cherheit sehen wir eine neue Entwicklung, an die es anzuknüpfen und die es zu
260 politisieren gilt. Unseres Erachtens kann sie Quelle neuer Bündniskonstellatio-
261 nen sein, in denen soziale Interessen zum Ausgangspunkt gemeinsamer Kämpfe
262 werden könnten.

263 Gleichzeitig begreifen und nutzen wir die Besonderheiten der Hochschule als
264 Austragungsort gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Immer noch sind die
265 Entwicklungsmöglichkeiten von Studierenden wesentlich größer als diejenigen
266 der Menschen, die sich unmittelbar in den Zwängen von Arbeitsverhältnissen
267 befinden. Erstens haben wir an der Hochschule gerade wegen ihrer gesellschaft-
268 lichen Funktion der analytischen Auseinandersetzung mit der Welt leichter die
269 Möglichkeit, Kritik in Abgrenzung zum Mainstream zu entwickeln und kriti-
270 sche Wissenschaft zu diskutieren und zu verankern. Zweitens konnten bis heute
271 erhebliche von der 68er Bewegung errungene demokratische Selbstverwaltungs-
272 und Teilhabemöglichkeiten verteidigt werden. Drittens können wir uns an den
273 Hochschulen leichter zu politischen Bewegungen konstituieren. Wir sind in
274 einem großen betriebsähnlichen Umfeld mit einer hohen Konzentration von
275 Menschen die kollektiv arbeiten und lernen. Gleichzeitig sind wir aber an-
276 ders als Beschäftigte in Betrieben weniger Repressionen ausgesetzt und nicht
277 sofort darauf angewiesen Mehrheiten z.B. für einen Arbeitskampf zu gewin-
278 nen, um politisch handlungsfähig zu werden. Diese Vorteile werden wir auslo-
279 ten, die Organisierung der Linken an der Hochschule vorantreiben und in eine
280 Perspektive gemeinsamer gesellschaftlicher Kämpfe einbinden. Wir sehen uns
281 verbunden mit den Kämpfen sozialer Bewegungen wie der Gewerkschaften,
282 der Erwerbslosen-, der Friedens- und der globalisierungskritischen Bewegung,

283 antifaschistischen und emanzipatorischen Gruppen. Gesellschaftliche Kräfte-
284 verhältnisse werden sich nur gemeinsam mit diesen außerparlamentarischen
285 Akteuren verschieben lassen. Als Studierendenverband sind wir Bestandteil
286 des neu zu gründenden Jugendverbandes der LINKEN. Diese sowohl organi-
287 satorische als auch politische Verbundenheit wird sich in einer engen Zusam-
288 menarbeit und gegenseitiger Unterstützung ausdrücken.

289 Wir beziehen uns positiv auf die neu zu gründende Partei DIE LINKE. weil
290 sie für einen linken gesellschaftlichen Aufbruch steht und eine zentrale Rolle in
291 den kommenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen einnehmen wird.

292 Dessen ungeachtet beharren wir auf unserer politischen und organisatorischen
293 Autonomie und werden unsere politischen Positionen gegenüber der Partei
294 DIE LINKE. offensiv vertreten und unsere intellektuellen Freiräume bewah-
295 ren. Auch im Verhältnis zur neuen Partei DIE LINKE. wollen wir unserem
296 politischen Anspruch gerecht werden. Wir werden unsere bildungspolitischen
297 Forderungen und Stellungnahmen in die Partei einbringen, ein qualifizierter
298 Ansprechpartner für hochschulpolitische Fragen werden und uns dabei den-
299 noch nicht auf die Formulierung hochschulpolitischer Forderungen beschrän-
300 ken.” (Selbstverständnis Die Linke.SDS)

Begründung

Aktuell gibt es im Verband unterschiedlichste Auffassungen von den Grenzen und auch der Definition der Begriffe „Hochschulpolitik“ und „linke Hochschulpolitik“. Unwissen und auch Unverständnis, resultieren in einem nicht gleichem Verständnis der eigenen Richtung. Es scheint notwendig, dass der Verband diese Begriffe für sich einmal klar definiert und transparent an Mitglieder und Interessierte kommuniziert. Dies beugt nicht nur Missverständnissen und Enttäuschungen vor, sondern führt auch zu einem gemeinsamen Verständnis der eigenen Arbeit. **Die Definitionen dienen als Grundlage aus dem Duden, die gerne per Änderungsantrag geändert werden dürfen und auch sollen.**

AntragstellerInnen

Alexander Buchheister

54-8-St11

AntragstellerInnen: Alexander Buchheister

Gegenstand: TOP 8: Strukturelle Anträge

Strategie entwickeln um Ziele zu erreichen

- 1 Der Vorstand wird beauftragt, gemeinsam mit dem AS der nächsten ordentli-
- 2 chen MV ein Strategie- bzw. Visions-Papier vorzulegen. Dieses beinhaltet die
- 3 grundsätzlichen Ziele des Verbandes und die strategischen Leitplanken der po-
- 4 litischen Arbeit. Im Rahmen dieser grundsätzlichen Strategie sollen anschlie-
- 5 ßend die Arbeitsprogramme abgeleitet werden, damit durch kontinuierliche
- 6 Verfolgung von Zielen, diese perspektivisch auch erreicht werden und nicht
- 7 regelmäßig lediglich Partikularinteressensvertretung stattfindet.

Begründung

In den letzten Jahren zeigte sich, dass der Verband in seiner Richtung keine klare gemeinsame Linie hat und sich nicht auf übergeordnete Ziele festlegen konnte. Eine Strategie kann einen gemeinsamen Rahmen bilden, in dessen Leitplanken die politischen Diskussionen über die genaue Ausgestaltung stattfinden kann.

AntragstellerInnen

Alexander Buchheister

54-8-St12

AntragstellerInnen: Christopher Bohlens u.a.

Gegenstand: TOP 8: Strukturelle Anträge

Indikatoren und Kennzahlen definieren um den Erfolg der Verbandsarbeit evaluieren zu können

- ¹ Der Vorstand wird beauftragt, Indikatoren und Kennzahlen zu ermitteln, an
- ² denen der Erfolg der eigenen Arbeit gemessen werden kann.

Begründung

Aktuell findet eine Diskussion, Aussprache und Bewertung von scheidenden Vorständen vielfach politisch und nicht inhaltlich statt. Dies zeigte sich bei vergangenen Mitgliederversammlungen beispielsweise daran, dass anwesende Delegationen sogar Buttons trugen, denen man zuordnen konnte, welchem Vorstandsmitglied Sie Nahe standen. Ein konstruktiver Dialog über Stärken und Schwächen des scheidenden Vorstandes mit dem Ziel hieraus Chancen und Risiken für einen zukünftigen Vorstand zu identifizieren, fanden nicht statt. Zur Erreichung der strategischen Ziele des Verbandes, der Erfüllung der satzungsgemäßen Aufgaben des Verbandes sowie auch zur inhaltlichen Bewertung der Zielerreichung ist eine gemeinsame Diskussionsgrundlage notwendig. Diese notwendigen und individuellen Indikatoren und Kennzahlen sollte der Verband in einem bottom-up-Ansatz entwickeln und im Sinne eines gemeinsamen Weges als objektive Grundlage für zukünftige Debatten und Planungen verwenden.

AntragstellerInnen

Christopher Bohlens, Alexander Buchheister

54-8-St13

AntragstellerInnen: Christopher Bohlens u.a.

Gegenstand: TOP 8: Strukturelle Anträge

Klimaneutrale Verbandsveranstaltungen durchführen

- 1 Der Vorstand wird beauftragt, der nächsten ordentlichen Mitgliederversamm-
- 2 lung ein Konzept mit Maßnahmen zur Beschlussfassung vorzulegen, wie Ver-
- 3 bandsveranstaltungen (Mitgliederversammlungen, Seminare und Sitzungen
- 4 von Gremien) klimaneutral realisiert werden können.

Begründung

Der Verband bekennt sich zu seiner Verantwortung gegenüber der Gesellschaft und erachtet es daher als notwendig, die durch ihn verursachten Emissionen zu minimieren bzw. zu kompensieren. Konkret heißt dies, dass alle Emissionen die direkt als auch indirekt durch Veranstaltungen entstehen (von Emissionen bei der Raumnutzung, über Emissionen durch Reisetätigkeiten als auch bei der Verpflegung und Veranstaltungsdurchführung) möglichst im Vorhinein vermieden oder minimiert werden. Für den Teil, für den dies nicht gelingt, sollen Kompensationsmaßnahmen im freiwilligen Klimaschutz erfolgen.

AntragstellerInnen

Christopher Bohlens, Alexander Buchheister

54-8-St14

AntragstellerInnen: AStA Landau u.a.

Gegenstand: TOP 8: Strukturelle Anträge

Auflösung von Arbeitskreisen

- 1 Die folgenden Arbeitskreise, welche in den letzten Jahren lediglich formal be-
- 2 stand hatten, werden aufgelöst:
- 3 AK Bildungsgipfel
- 4 AK Bildungswerk (hat eine Homepage)
- 5 AK Antifa/ Politische Bildung
- 6 AK Hochschulpolitik
- 7 AK Soziale Einrichtungen für Studierende
- 8 AK Informationstechnologien in Hochschulverwaltung und Studium
- 9 AK Informationstechnologien und Videoüberwachung
- 10 AK Globalisierung
- 11 AK Integration von Studierendenschaften mit kleinen Strukturen in den fzs
- 12 AK Studienführer
- 13 AK CHE stoppen
- 14 AK Best Practice
- 15 AK gegen soziale Ausgrenzung
- 16 AK Konzepte der „Neuen Rechten“
- 17 AK Rasterfahndung

- 18 AK Nachhaltigkeit
- 19 AK Militarisierung/Internat
- 20 AK EU Hochschulpolitik
- 21 AK Leitungsstrukturen/ Hochschulgesetze
- 22 AK Arbeitsauftrag
- 23 AK Feministische Politik
- 24 AK Partizipation
- 25 AK Soziale Einrichtungen für Student*innen
- 26 AK studentische Fachvertretungen
- 27 AK Rechte der Studierenden, Studierendenschaften und deren Vertretungen
- 28 AK VS-Süd

Begründung

Es bestehen derzeit formal mind. 37 Arbeitskreise. Auf der Homepage sind nur wenige angegeben, aktiv sind ebenfalls nur ein kleiner Teil der Arbeitskreise. Um die Arbeitskreise – eine wichtige Form des Engagements im fzs – besser fördern zu können, empfiehlt sich eine übersichtliche Anzahl an AKs, welche Dopplungen und Erledigtes vermeidet. Deshalb soll dieser Antrag die Anzahl an Als so weit reduzieren, dass die übrigen Arbeitskreise aktiviert und weiter gestärkt werden können.

Mit dem Antrag bleiben die folgenden AKs bestehen:

AK Antidiskriminierung (hat eine Homepage)

AK Antifaschismus/Antirassismus

AK Informationstechnologie an Hochschulen

AK Studierendenschaften mit kleinen Strukturen

AK Lehrer*innenbildung und Schule

AK Semesterticket

AK Archiv

AK Nachhaltigkeit und Ökologie

AK Studentische Beschäftigungsverhältnisse

AK Kulturpolitik

Die MV hat die Möglichkeit, per Änderungsantrag Arbeitskreise gewissermaßen zwischen den Listen zu verschieben oder eventuell fehlende Arbeitskreise zu ergänzen. Da die Recherche recht aufwendig ist und kein vollständiges Archiv derzeit existiert – was ein Problem darstellt, zu dessen Behebung der Antrag dienen möchte – wird keine Vollständigkeit in der Liste der dann fortbestehenden AKs garantiert.

AntragstellerInnen

AStA Landau, StuV Uni Würzburg, AStA Marburg, StuRa Uni Heidelberg, AStA/SprecherInnenrat der Uni Passau, StuRa Uni Freiburg, AStA Uni Lüneburg, Ausschuss der Student*innenschaften, Ben Seel

54-8-St15

AntragstellerInnen: Alexander Buchheister

Gegenstand: TOP 8: Strukturelle Anträge

Webseite zeitnah veröffentlichen oder Projekt begraben

- ¹ Der fzs veröffentlicht die neue Webseite bis Juni 2016 oder beendet das Projekt
- ² um weitere Kosten zu vermeiden.

Begründung

Das Projekt Webseite besteht seit Jahren ohne wirklichen Fortschritt und kostet aktuell nur Zeit und Geld.

AntragstellerInnen

Alexander Buchheister

54-8-St16

AntragstellerInnen: Ausschuss der Student*innenschaften

Gegenstand: TOP 8: Strukturelle Anträge

Fahrtenbuch abschaffen

- ¹ Der Vorstand wird entpflichtet, ein Fahrtenbuch mit der Berechnung des
- ² Bahncard-50-Preises der jeweiligen Strecken zu führen und vorzulegen.

Begründung

Die über längere Zeit ausführlich geführten Fahrtprotokolle sowie die Berichte der Vorstände zeigen, dass sich die Bahncard 100 sehr schnell finanziell lohnt. Dies zeigt sich schon, wenn berechnet wird, welche hypothetische Geldsumme pro Woche für Fahrten ausgegeben werden müsste, damit sich die BC100 rechnet: ca. 76 Euro. Die Ausführlichkeit des Fahrtenbuchs zeugt von bedenklichen Überwachungstendenzen und zwingt die Vorstandsmitglieder private Daten preis zu geben. Für den fzs besteht kein Zweifel, dass jedes Vorstandsmitglied, auch in Anbetracht der regelmäßigen Anwesenheit in der Geschäftsstelle in Berlin, dies ohne Probleme ausgeben würde. Dazu ermöglicht die Bahncard 100 unter anderem Zugang zur DB-Lounge an vielen Bahnhöfen, in welcher in Wartezeiten verhältnismäßig ungestört gearbeitet werden kann.

Weiterhin ist die Qualität der Vorstandsarbeit nicht aus gefahrenen Kilometern abzuleiten, vielmehr sorgt das Führen eines Fahrtenbuchs noch für strukturellen Mehraufwand. Diese Zeit kann besser für inhaltliche Arbeit eingesetzt werden. Der fzs wird daher die Vorstandsarbeit nicht an formalen Fragen wie gefahrenen Kilometern messen, sondern an der Vernetzungsarbeit, der inhaltlichen Arbeit und deren Wirksamkeit. Dafür ist es notwendig, dass alle Vorstandsmitglieder gleichberechtigt Vernetzungsarbeit nachgehen können.

Zusätzlich ermöglicht die BahnCard 100 die Teilnahme an Veranstaltungen/Treffen o.ä., die mit einer BahnCard50 nicht wahrgenommen werden würden.

AntragstellerInnen

Ausschuss der Student*innenschaften

54-8-St17-7

AntragstellerInnen: StuV Uni Würzburg u.a.

Gegenstand: 54-8-St17 Mindestanforderung an Berichte (Strukturelle Anträge)

Änderungsantrag 54-8-St17-7

- ¹ Füge ein: "Dabei steht es jedem Mitglied frei welchen Namen es angibt."

Begründung

mündlich

AntragstellerInnen

StuV Uni Würzburg, SV HS Coburg, Uni Erlangen Nürnberg

54-8-St16-alle

AntragstellerInnen: Alexander Buchheister

Gegenstand: 54-8-St16 Fahrtenbuch abschaffen (Strukturelle Anträge)

Änderungsantrag 54-8-St16-alle

- 1 Ersetze alles durch "Der Vorstand wird beauftragt, die Dokumentation in Form
- 2 eines Fahrtenbuches mit der Berechnung des BahnCard-50-Preises der jeweili-
- 3 gen Streckenweiterzuentwickeln und und zeitnah bzw. live im interen Bereich
- 4 zur Verfügung zu stellen.

Begründung

Die Führung eines Fahrtenbuches ist gängige und bewährte Praxis und nicht aus Gründen der Transparenz eigentlich selbstverständlich. Die vier BahnCards belasten den Haushalt mit über 15.000 Euro im Jahr, sind aber essentiell für die dienstlichen Fahrten. Da davon ausgegangen wird, dass die BahnCard ausschließlich für dienstliche Fahrten genutzt wird, ist das Argument der Privatsphäre hier nicht belastbar. Ebenso entsteht für die BahnCard-Inhaberinnen und BahnCard-Inhaber kein Mehraufwand, da davon auszugehen ist, dass ein Fahrtenbuch ohnehin für die steuerliche Berücksichtigung der BahnCard des jeweiligen Vorstandsmitgliedes geführt wird. Es sollte jedoch geprüft werden, ob nicht ein passenderer und unmittelbarer Weg zur Dokumentation genutzt werden kann.

Der Antrag wird zurückgezogen, wenn die Vorstandsmitglieder erklären, dass Sie die BahnCard regulär versteuern (wollen).

AntragstellerInnen

Alexander Buchheister

54-8-St14–

AntragstellerInnen: Sudetendeutsche Landsmannschaft

Gegenstand: 54-8-St14 Auflösung von Arbeitskreisen (Strukturelle Anträge)

Änderungsantrag 54-8-St14–

- ¹ Streiche "AK VS-Süd"

Begründung

Wir fordern den Erhalt des AK VS-Süd

AntragstellerInnen

Sudetendeutsche Landsmannschaft

54-8-St8-alle

AntragstellerInnen: Arbeitskreis alter weißer Männer

Gegenstand: 54-8-St8 Aufgaben des AS in alternative Strukturen überführen (Strukturelle Anträge)

Änderungsantrag 54-8-St8-alle

1 ersetze alles durch:

2 **Männer in alternative Strukturen überführen**

3 Der fzs richtet eine Arbeitsgruppe ein, die sich in mindestens drei verbandsöf-
4 fentlichen Sitzungen mit der Frage beschäftigt, wie alte weiße Männer daran
5 gehindert werden können immer wieder die gleichen Anträge an die fzs MV zu
6 stellen.

Begründung

Augenscheinlich

AntragstellerInnen

Arbeitskreis alter weißer Männer

54-8-St2-alle

AntragstellerInnen: Die Volksgemeinschaft

Gegenstand: 54-8-St2 Transparenz statt Klüngerlei – Einrichtung eines politischen Beirats (Strukturelle Anträge)

Änderungsantrag 54-8-St2-alle

- ¹ ersetze alles durch:
- ² **Für die Volksgemeinschaft der Studenten**
- ³ Ich kenne keine Parteien mehr, nur noch Studenten.

Begründung

Wir wollen den Erika-Steinbach-Gedächtnispreis für deutsche Wissenselite.

AntragstellerInnen

Die Volksgemeinschaft

54-8-St1-alle

AntragstellerInnen: ak fit for fun u.a.

Gegenstand: 54-8-St1 Einrichtung eines AK „Lifelong Learning“
(Strukturelle Anträge)

Änderungsantrag 54-8-St1-alle

- 1 Ersetze alles durch:
- 2 **Einrichtung eines AK „Lifelong Fun“**
- 3 Der fzs richtet einen neuen Arbeitskreis „Lifelong Fun“ ein.

Begründung

Fun is all we need!

AntragstellerInnen

ak fit for fun (ak triple-f)

54-8-St7-alle

AntragstellerInnen: Arbeitskreis nachhaltige Antragsstellung

Gegenstand: 54-8-St7 Beschlüsse wirklich umsetzen und deren Umsetzung nachverfolgen können (Strukturelle Anträge)

Änderungsantrag 54-8-St7-alle

¹ ersetze alles durch:

² **freu dich: freudig scheitern 2.0**

³ Der fzs Vorstand richtet eine Datenbank ein, in der alle gescheiterten Anträge
⁴ von alten weißen Männern witzig kommentiert werden. Der Recyclingprocess
⁵ dieser Anträge wird zudem evaluiert werden.

Begründung

Die Gremien des fzs lehnen regelmäßig verschiedenste Anträge und Handlungsaufforderungen ab. In der Vergangenheit konnte man jedoch sehen, dass einige dieser Anträge immer und immer wieder auftauchten. Dies soll nun witzig nachverfolgt werden können.

AntragstellerInnen

Arbeitskreis nachhaltige Antragsstellung

54-8-St11-alle

AntragstellerInnen: Arbeitskreis turn-on u.a.

Gegenstand: 54-8-St11 Strategie entwickeln um Ziele zu erreichen
(Strukturelle Anträge)

Änderungsantrag 54-8-St11-alle

1 ersetze alles durch:

2 **Phrasen-dresch-maschinen nutzen um Überschriften zu entwickeln**

3 Es muss eine Linie durch's Land gehen. Die Verbandsmitglieder werden mit

4 Pilzen oder anderen Drogen ihrer Wahl ausgestattet um endlich Visionen 2.0

5 TM zu entwickeln.

Begründung

Der Antrag wurde noch gar nicht abgelehnt! Irgendwas mit Autobahn“!“

AntragstellerInnen

Arbeitskreis turn-on, tune-in,drop-out

54-8-St12-alle

AntragstellerInnen: Arbeitskreis AntragsTÜV

Gegenstand: 54-8-St12 Indikatoren und Kennzahlen definieren um den Erfolg der Verbandsarbeit evaluieren zu können (Strukturelle Anträge)

Änderungsantrag 54-8-St12-alle

- 1 ersetze den Antragstext durch:
- 2 Der Vorstand wird beauftragt, Indikatoren und Kennzahlen zu ermitteln, an
- 3 denen der Erfolg von abgelehnten Anträgen gemessen werden kann.

Begründung

Den Antragstitel konnten wir leider nicht satirisch aufwerten. Chapeau!

AntragstellerInnen

Arbeitskreis AntragsTÜV

54-9-1-S1

AntragstellerInnen: Studierendenschaft der Philipps-Universität Marburg/AStA Marburg

Gegenstand: TOP 9: Änderungen von Satzungen und Ordnungen

Namensänderung

- 1 Ersetze in Artikel 1 Absatz 1 der Satzung:
- 2 „Der freie Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs) e.V.“ durch „Der
- 3 freie Zusammenschluss von studierendenschaften (fzs) e.V.“

Begründung

Die Gründung des fzs liegt nunmehr knapp 23 Jahre zurück. In dieser Zeit haben sich die Ansprüche und Praxen geschlechtergerechter Sprache deutlich gewandelt.

Standen zu dieser Zeit noch Begriffsbildungen wie „StudentInnenschaft“ hörbar angelehnt an das traditionelle „Studentenschaft“ im Vordergrund, so gibt es heute eine Vielzahl von deutlich geschlechtersensiblen Begriffen. Dazu zählen etwa „Student_innenschaft“ oder „Student*innenschaft“. Bei all diesen Begrifflichkeiten ist, jenseits der formulierten Ansprüche, der Rückbezug auf die heteronormative „Studentenschaft“ leider sprachlich noch nicht völlig verschwunden. Es bleibt die Frage offen, inwieweit dies vollständig umsetzbar sein kann und wird.

Um jedoch auf diesem Wege zumindest ein kleines Stück voran zu kommen, schlagen wir vor nunmehr den in der Praxis etablierten und praktisch gut nutzbaren Begriff der „Studierendenschaften“ an prominenter Stelle in der Satzung zu implementieren und gleichzeitig den Namen des Vereins entsprechend zu ändern.

AntragstellerInnen

Studierendenschaft der Philipps-Universität Marburg/AStA Marburg

54-9-1-S1-1

AntragstellerInnen: AStA Uni Lüneburg

Gegenstand: 54-9-1-S1 Namensänderung (Änderungen von Satzungen und Ordnungen)

Änderungsantrag 54-9-1-S1-1

- ¹ Ersetze "Der freie Zusammenschluss von Studierendenschaften (fzs) e.V." durch
- ² "Der freie Zusammenschluss von student*innenschaften (fzs) e.V."

Begründung

Die Gründung des fzs liegt nunmehr knapp 23 Jahre zurück. In dieser Zeit haben sich die Ansprüche und Praxen geschlechtergerechter Sprache deutlich gewandelt.

Standen zu dieser Zeit noch Begriffsbildungen wie „StudentInnenschaft“ hörbar angelehnt an das traditionelle „Studentenschaft“ im Vordergrund, so gibt es heute eine Vielzahl von deutlich geschlechtersensiblen Begriffen als „studentInnenschaft“. Dazu zählen etwa „Student_innenschaft“ oder „student*innenschaft“. Bei all diesen Begrifflichkeiten ist, jenseits der formulierten Ansprüche, der Rückbezug auf die heteronormative „Studentenschaft“ leider sprachlich noch nicht völlig verschwunden. Es bleibt die Frage offen, inwieweit dies vollständig umsetzbar sein kann und wird.

Um jedoch einen wichtigen Schritt zu gehen und die sprachliche Einbindung aller Geschlechtsidentitäten zu ermöglichen schlagen wir vor, den praktisch gut nutzbaren Begriff der „student*innenschaften“ an prominenter Stelle in der Satzung zu implementieren und gleichzeitig den Namen des Vereins entsprechend zu ändern.

Der aktuelle Antrag des AStA Marburg verwendet die Partizipialform „Studierende“ zur Umsetzung des Gleichstellungsgedankens. Dieses Vorgehen entspricht nicht dem aktuellen Forschungsstand einer Vielzahl von Perzeptionsstudien und Diskursuntersuchungen der Sprachwissenschaften, da Partizipialformen dementsprechend vor allem mit männlichen Personen und Merkmalen assoziiert werden. Beispielsweise konnte die Studie von Karin Kusterle zeigen, dass Partizipialformen zu einem geringfügig höheren gedanklichen Einbezug von nichtmännlichen Personen gegenüber der Verwendung des generischen Maskulinums führen, während Alternativformen wie der Gender-Star ein deutlich höheres Wahrnehmungsergebnis erzielen (Vgl.Kusterle, Karin (2011): Die Macht von Sprachformen: Der Zusammenhang von Sprache, Denken und Genderwahrnehmung. Frankfurt am Main, Brandes und Apsel Verlag.).

AntragstellerInnen

AStA Uni Lüneburg

54-9-1-S1-1ff.

AntragstellerInnen: AK Altnäs*innen

Gegenstand: 54-9-1-S1 Namensänderung (Änderungen von Satzungen und Ordnungen)

Änderungsantrag 54-9-1-S1-1ff.

1 Ersetze

2 "Ersetze in Artikel 1 Absatz 1 der Satzung:

3 „Der freie Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs) e.V.“ durch „Der
4 freie Zusammenschluss von studierendenschaften (fzs) e.V.“

5 durch:

6 "Die MV führt ein offenes Voting über den Vereinsnamen durch. Das Er-
7 gebnis ersetzt den Wortlaut "freier Zusammenschluss von studentInnenschaf-
8 ten" in Artikel 1 Absatz 1 der Satzung. Hierbei bestehen folgende **Voting-**
9 **Optionen:**

- 10 1. freier Zusammenschluss von skrupellosigkeit
- 11 2. freidrehender zweckverband selbstbespaßung
- 12 3. freier zensurverband von sichselbstvertretenden
- 13 4. fröhlich zerstrittener spaßverband
- 14 5. fantastisch zynischer spottverband
- 15 6. freundlich Zusammenschluss von schlafnasen
- 16 7. flexibler Zusammenschluss von standpunktlosigkeit
- 17 8. frustrierter Zusammenschluss von studentinnenschaften

- 18 9. freilaufend zweckloser superverband
19 10. freischwimmer, Zyniker, spielverderber
20 11. friedliche zusammenkunft von scheindebattenführenden
21 12. freitags zusammensitzende szenepolitikerInnen
22 13. förderverein zweckfreier StrukturdebattInnen
23 14. fall zunehmender sinnlosigkeit

24 Modifikationsanträge Willkommen!

25 **Alternative:** Siehe Antrag 50–50-Sa-29-alles-alles:

26 Ersetze §1.1 der Satzung durch 'Der Vereinigten Deutschen Studentenschaften
27 (VDS) e.V. ist der freiwillige Zusammenschluss der Studierendenschaften in
28 der Bundesrepublik Deutschland.'

29 Ersetze in allen Satzungen und Ordnungen 'fzs' durch 'VDS'.

30 Die Mitgliederversammlung des VDS wird vertagt. Zu weiteren wird nicht
31 mehr eingeladen. Nach zwei Jahren soll ein neuer Dachverband gegründet wer-
32 den. Zur Gründungsversammlung sind alle Studierendenschaften Deutschlands
33 einzuladen."

Begründung

Erfolgt mündlich oder ist in der Chronik des fzs bei Facebook, Twitter, auf der Homepage (Haha!) oder www.fzs-mv.de nachzulesen.

AntragstellerInnen

AK Altnäs*innen

54-9-2-GO2

AntragstellerInnen: Ausschuss frauen- und genderpolitik

Gegenstand: TOP 9: Änderungen von Satzungen und Ordnungen

Anpassung der harmonischen Redeliste

1 Die MV möge beschließen:

2 Ersetze §8 der Geschäftsordnung durch:

3 "(1) Die Sitzungsleitung führt zwei getrennte Redelisten. Die erste Redeliste
4 ist Frauen vorbehalten. Die Zweite steht allen Menschen offen.

5 (2) Die Sitzungsleitung erteilt abwechselnd einer Person der ersten und der
6 zweiten Liste das Wort. Dabei werden Wortmeldungen von Personen bevor-
7 zugt, die sich erstmalig zu Wort melden. Die Listenquotierung bleibt davon
8 unberührt.

9 (3) Ist eine der beiden Redelisten leer und gibt es nach Aufforderung durch
10 die Sitzungsleitung keine weitere Meldung, so wird ein letzter Redebeitrag
11 nach Listenquotierung zugelassen. Danach sind die Redelisten geschlossen und
12 die Aussprache bzw. Debatte grundsätzlich beendet, es sei denn es melden
13 sich noch weitere Personen entsprechend der Quotierung, dann werden die
14 Listen regulär weiter geführt und die Personen entsprechend aufgerufen. Sollte
15 der letzte Redebeitrag zurück gezogen werden, folgt die nächste Person der
16 jeweiligen Liste. Wenn die Liste dann leer ist, ist die Debatte bzw. Aussprache
17 beendet.

18 (4) Wenn die Listen geschlossen sind, kann eine Person, die noch reden möch-
19 te, aber nicht mehr reden darf, die Wiederöffnung der Redelisten beantragen.
20 Dieser Antrag muss von der Mehrheit der anwesenden Frauen angenommen

21 werden und darf höchstens zwei Mal im Verlauf einer Debatte gestellt wer-
22 den.

23 (5) Auf Antrag des Frauen-, des Queerplenums oder eines Plenums nach An-
24 tidiskriminierungsvorschrift kann mit 2/3 Mehrheit der anwesenden eintrage-
25 berechtigten Personen auf der ersten Redeliste die erste Redeliste für weitere
26 benachteiligte Gruppen im Sinne der Antidiskriminierungsvorschrift geöffnet
27 werden.”

28 Diese Änderung tritt sofort in Kraft.

Begründung

Nachdem die neue Redeliste auf der 53. Mitgliederversammlung in Lüneburg beschlossen und direkt angewandt wurde, wurden Defizite in der Umsetzung sichtbar. Diese sollen mit diesem Antrag entsprechend behoben werden. Außerdem soll das Erstrederecht verankert werden.

AntragstellerInnen

Ausschuss frauen- und genderpolitik

54-9-2-GO1

AntragstellerInnen: Studierendenschaft der Philipps-Universität Marburg/AStA Marburg

Gegenstand: TOP 9: Änderungen von Satzungen und Ordnungen

Geschlechtergerechtigkeit von Anträgen sicherstellen

- 1 Füge einen neuen Absatz 4 in § 11 der Geschäftsordnung ein:
- 2 „(4) Bei allen Anträgen ist auf eine geschlechtergerechte Formulierung zu ach-
- 3 ten. Hierbei ist nach Beispiel dieser Geschäftsordnung zu verfahren. Geschieht
- 4 dies nicht ist die*der Antragssteller*in vom jeweiligen entgegennehmenden
- 5 Gremium darauf hinzuweisen. Erfolgt daraufhin durch die*den Antragsstel-
- 6 ler*in keine korrigierte Einreichung bis spätestens zur Behandlung des ent-
- 7 sprechenden Tagesordnungspunktes des jeweiligen Gremiums, ist der Antrag
- 8 abzuweisen.“

Begründung

Die Implementierung von Geschlechtergerechtigkeit verlangt, neben vielem Anderem, auch in aufgeklärten Zusammenhängen stets eine Reflexion für den Umgang mit derartigen Ansprüchen in der konkreten politischen Praxis. Ein Element davon kann, und dies hat sich seit seiner Inkraftsetzung 2014 in Marburg gut bewährt, auch formaler Struktur entsprechend des Antrags sein.

Durch derartige Selbstdisziplinierungsinstanzen werden wir bei Antragsstellung stets, auch gerade wenn Anträge übereilt gestellt werden, auf unsere eigenen Ansprüche an Geschlechtergerechtigkeit in der Sprache verwiesen. Damit

hat sich in Marburg, und kann dies auch bundesweit, auf dem formalen Wege die Sensibilität für Sprache nochmals erhöht.

AntragstellerInnen

Studierendenschaft der Philipps-Universität Marburg/AStA Marburg

54-9-2-GO2-15

AntragstellerInnen: StuV Uni Würzburg

Gegenstand: 54-9-2-GO2 Anpassung der harmonischen Redeliste
(Änderungen von Satzungen und Ordnungen)

Änderungsantrag 54-9-2-GO2-15

¹ ersetze in Zeile 15 "Eckpunkte" durch "Ziele"

Begründung

mündlich

AntragstellerInnen

StuV Uni Würzburg

54-9-3-F1

AntragstellerInnen: Christopher Bohlens

Gegenstand: TOP 9: Änderungen von Satzungen und Ordnungen

Haushalt des fzs veröffentlichen

- 1 Füge der Finanzordnung folgenden Satz dem § 7 Abs. 1 Bedeutung, Vorlagefrist
- 2 und vorläufige Haushaltsführung hinzu:
- 3 “Der Haushalt wird in Maschinenlesbarer Form auf der Homepage im öffentli-
- 4 chen Bereich veröffentlicht.”

Begründung

Im Sinne einer transparenten studentischen Politik bin ich der Meinung, dass es für die Studierenden möglich sein sollte, jederzeit Einsicht in den Haushalt des fzs nehmen zu können. Jede Studierendenschaft trägt derzeit mit seinem Anteil für die Finanzierung des studentischen Dachverbandes bei. Durch die studentischen Selbstverwaltungsbeiträge finanzieren daher die Studierenden der Mitgliedhochschulen den Verband. Daher sollten nicht nur die Mitglieder*innen des fzs den vollständigen Haushaltsplan kennen, sondern dieser jederzeit für die Öffentlichkeit abrufbar sein.

AntragstellerInnen

Christopher Bohlens

54-9-4-W1

AntragstellerInnen: Alexander Buchheister

Gegenstand: TOP 9: Änderungen von Satzungen und Ordnungen

Vorstand mündlich befragen

- ¹ Streiche §7 Abs. 3 der Wahlordnung ersatzlos

Begründung

Es ist nicht nachzuvollziehen, weshalb zukünftige Vorstandsmitglieder hier anders als Ausschussmitglieder befragt werden sollten. Gerade von Vorstandsmitgliedern erwartet man in besonderem Maße, dass diese in Ihrem Amt Argumentationen und Antworten auf direkte Fragen geben können. Es erscheint daher nur sachgerecht unter einer Begleitung der entsprechenden Antidiskriminierungsbeauftragten, diesen Passus zu streichen und die Befragung der Vorstandskandidaturen auf einen zeitgemäßen Stand umzustellen.

AntragstellerInnen

Alexander Buchheister

fzs-MV

54. Mitgliederversammlung des fzs -11.-13. März '16 in Marburg

54-10-1-AS1

Name: AStA Marburg
Gegenstand: TOP 10: Wahlen

Bewerbung AStA Marburg

Die Studierendenschaft der Universität Marburg bewirbt sich für den Ausschuss der Student*innenschaften. Wir haben nach Jahren der mehr oder minder ausgeprägten internen Desorganisation und bundespolitischen Abstinenz es seit 2014 endlich wieder geschafft funktionsfähige Strukturen in unseren Organen zu etablieren. Dies gilt ebenso für die Hochschulpolitik in welcher wir nach einer kurzen Neuorientierungsphase seit Beginn des vergangenen Jahres unsere Arbeit versuchen ständig zu intensivieren. So arbeiten wir seitdem in KO des ABS, der „Lernfabriken meutern...“-Kampagne, dem Koordinierungskreis zum WissZeitVG etc. mit, versuchen in Zusammenarbeit mit anderen ASten die politische Vertretung auf Landesebene zu verbessern und kontinuierlich sicherzustellen, vernetzen uns mit anderen LAKs u.v.m.

Dabei ist es uns immer wichtig feministische, antimilitaristische, ökologische und emanzipatorische Inhalte in den Diskursen um Studium, Studienfinanzierung, Forschung usw. zu verankern.

Infolgedessen haben wir uns auch im Dezember 2015, trotz der finanziellen Hürde, zu einem Wiederbeitritt in den fzs entschlossen.

AStA
M A R B U R G

Geschlecht:
keine Angabe

Geburtsdatum:
1946/1964

Website:
<http://www.asta-marburg.de/>

Wir möchten, dass ihr uns, durch die Wahl in den AS, die Möglichkeit bietet uns noch stärker konstruktiv und kontinuierlich in der bundesweiten Studierendenvertretung zu engagieren und für eine progressive Hochschullandschaft und Gesellschaft zu streiten.

Biografie

1946 gegründet. Am 30.1.1949 wurde hier die Vorläuferorganisation des fzs e.V. der „Verband Deutscher Studentenschaften“ gegründet. Seit 1964 durch Satzung verfasst.

fzs-MV

54. Mitgliederversammlung
des fzs -11.-13. März '16 in Marburg

54-10-1-AS5

Name: StudierendenRat Uni Heidelberg

Gegenstand: TOP 10: Wahlen

**Bewerbung
StudierendenRat Uni Heidelberg**

Die Verfasste Studierendenschaft der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg kandidiert nach einer Periode Abstinenz nun wieder für die Mitgliedschaft im Ausschuss der Student*innenschaften. Die konstruktive Arbeit des letzten AS hat uns zu diesem Schritt motiviert. Schwerpunkte unserer Mitarbeit soll dabei die Hilfe bei der Umsetzung und Weiterverfolgung der auf dieser MV getroffenen Beschlüsse sein – es sind diesmal erfreulich viele und gute Beschlüsse!

Geschlecht:

keine Angabe

Geburtsdatum:

10.12.2013

Website:

[www.stura.](http://www.stura.uni-heidelberg.de)

uni-heidelberg.de

Biografie

1386 gegründet, seit dato immer wieder revolutionär aufgefallen, Besetzungen, Unterdrückung und Abschaffung der Studierendenschaft inklusive, 2013 dann endlich wieder verfasst. Gründungsmitglied des fzs anno 1990. Wir fordern noch immer den Vereinssitz nach Kuba zu verlegen. – Getreu dem Unimotto: Mit Tradition in die Zukunft.

fzs-MV

54. Mitgliederversammlung
des fzs -11.-13. März '16 in Marburg

54-10-1-AS2

Name: AStA Uni Lüneburg

Gegenstand: TOP 10: Wahlen

Bewerbung AStA Uni Lüneburg

Geschlecht:
keine Angabe

Geburtsdatum:
01.05.1946

Liebe fzs-MV,

der AStA der Uni Lüneburg wäre gerne erneut im AS vertreten. Seit Anfang 2015 sind wir aktiv dabei und möchten das fortsetzen.

Die aktuellen Arbeitsschwerpunkte von StuPa und AStA sind u.a.:

- Emanzipatorische Hochschulreform
- Mündiges Studium
- Zivilklausel
- Für eine Willkommenskultur – Gegen Rechts
- Politische Bildung zu Frieden, Flüchtlingspolitik und Migration sowie Antidiskriminierung

In diesem Sinne möchten wir auch im AS arbeiten.

Es ist für uns kein Problem, quotierte Delegationen zu den Sitzungen zu entsenden.

Biografie

Die Studierendenschaft der Uni Lüneburg ist nach einem Austritt 2007 zunächst 2013 Fördermitglied und 2014 Vollmitglied im fzs geworden. Seit der 52. MV in Würzburg sind wir im AS vertreten und möchten auch weiter aktiv mitarbeiten.

fzs-MV

54. Mitgliederversammlung
des fzs -11.-13. März '16 in Marburg

54-10-1-AS3

Name: StuRa Freiburg
Gegenstand: TOP 10: Wahlen

Bewerbung StuRa Freiburg

Die Studierendenvertretung der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg (StuRa Uni Freiburg) kandidiert erneut für die Mitgliedschaft im Ausschuss der Student*innenschaften. Nach einem halben Jahr im AS würden wir uns gerne weiterhin dort einbringen.

Die Studierendenvertretung Freiburg setzt sich ein für eine demokratischere, transparentere Hochschule und Gesellschaft und setzt sich aktiv gegen Diskriminierung jeder Art ein. Mit der Grundposition wollen wir uns auch im AS einbringen und mit dem fzs emanzipatorische Politik betreiben.

Unsere derzeitigen Schwerpunkte, neben ständiger kritischer Begleitung des Universitätsbetriebs, sind Geflüchtete (Refugees Welcome), Gender, Bildungsfinanzierung (Exzellenzinitiative, QSM, Prestigebauten) und die Lehramtsreform.

Biografie

2013 verfasst, davor 30 Jahre lang als u-asta* Freiburg unabhängig organisiert. Als u-asta* schon im fzs



Geschlecht:
keine Angabe

Geburtsdatum:
8.10.2013

Themen:

Website:
www.stura.org

und auch weiterhin als verfasste Studierendenvertretung.

fzs-MV

54. Mitgliederversammlung
des fzs -11.-13. März '16 in Marburg

54-10-1-AS8

Name: AStA Uni Duisburg-Essen

Gegenstand: TOP 10: Wahlen

**Bewerbung
AStA Uni Duisburg-Essen**



Der AStA der Uni Duisburg Essen bewirbt sich für den Ausschuss der StudentInnenschaften.

Wir sind ein AStA aus Linker Liste, Grünen und ein bisschen Jusos. (Sehr linke Jusos die Antifa Veranstaltungen machen, einziges Makel: sie hören sich gern reden) Mit diesen drei Listen stellen wir seit Dezember den AStA der Ude.

Wir verstehen uns als emanzipatorisch, antirassistisch, antifaschistisch, und feministisch und setzen uns aktiv gegen jede Form von Kackscheiße ein. Und weil uns das in unseren Gremien soviel "Spaß" macht, wollen wir das jetzt auch in anderen Gremien machen: im AS zum Beispiel.

Wir halten uns für extrem Stressresistent, nicht nur weil wir die Jusos gezähmt haben, sondern auch weil wir LHG und RCDS als Oppositionslisten im Stupa ertragen. Perfekt für mehr Gremienarbeit also.

Für Glitzer, Wein und springende Kängurus. #wichtigeZiele

Geschlecht:
keine Angabe

Geburtsdatum:
2003

Website:
www.asta-due.de

wichtig- witzig, das sind doch bürgerliche Kategorien.

Biografie

2003 wurden die beiden Standorte Duisburg und Essen zusammen gelegt. Seitdem hat die Studierendenschaft dort viel erlebt, die Presse viel berichtet und seit 2012 lebt die Studierendenschaft wieder im PonyLiliparadies. #GHGLiLiLiebe

fzs-MV

54. Mitgliederversammlung
des fzs -11.-13. März '16 in Marburg

54-10-1-AS6

Name: Studierendenschaft Uni Hannover

Gegenstand: TOP 10: Wahlen

**Bewerbung
Studierendenschaft Uni Hannover**

Geschlecht:

keine Angabe

Geburtsdatum:

xxxxxx

Website:

www.asta-hannover.de

Bewerbung: AS Wir, als verfasste Studierendenschaft der Uni Hannover, möchten uns gerne als Mitglied des AS (wieder-) wählen lassen. Das Arbeiten im AS hat uns im letzten halben Jahr den (Wieder-) Einstieg in den fzs erleichtert, da wir direkt an den Debatten beteiligt waren. Mit dieser Motivation hatten wir uns auf der 53.MV in Lüneburg in den AS wählen lassen. Die Arbeit und vor allem die Zusammenarbeit mit den anderen Mitgliedern des AS hat diese Motivation nicht geschmälert sondern noch wachsen lassen. Daher würden wir gerne wieder Teil dieses Ausschusses sein. Die Arbeitsschwerpunkte der Studierendenschaft der Uni Hannover lassen sich zum einen durch die Projekte der inhaltlichen Sachbearbeiter*innen des AStA erkennen (Admission, Antifa, Antira, Antikap, FGP, Haskala, Teilhabe, Queer-Politik, Ziviklausel), sowie durch das Beratungsangebot des AStA und der Fachschaften. Zum anderen durch verschiedene (hochschul-) politische Kampagnen wie \”OpenUniversity\”, FCLR, RefugeeLawClinic, Alternatives Vorlesungsverzeichnis, Lernfabriken meutern ... Neben der Zusammenarbeit und Vernetzung auf bundesweiter Ebene, ist der AStA aktives Mitglied in der LAK NDS.

Biografie

k.A.

fzs-MV

54. Mitgliederversammlung
des fzs -11.-13. März '16 in Marburg

54-10-1-AS7

Name: AStA/SprecherInnenrat Universität Passau

Gegenstand: TOP 10: Wahlen

**Bewerbung
AStA/SprecherInnenrat
Universität Passau**

Geschlecht:

keine Angabe

Geburtsdatum:

/

Website:

stuve-unipassau.de

Der AStA/SprecherInnenrat der Universität Passau möchte sich für eine weitere Amtszeit im Ausschuss der Student*innenschaften bewerben.

Schwerpunkte unserer Mitarbeit soll dabei die Hilfe bei der Umsetzung und Weiterverfolgung der auf dieser MV getroffenen Beschlüsse sein.

Aber auch die Bereiche politische, emanzipatorische Bildung an der Hochschule liegen uns am Herzen.

Biografie

/

fzs-MV

54. Mitgliederversammlung
des fzs -11.-13. März '16 in Marburg

54-10-1-AS4

Name: Student*innenschaft Universität Vechta

Gegenstand: TOP 10: Wahlen

**Bewerbung Student*innenschaft
Universität Vechta**

Geschlecht:
keine Angabe

Geburtsdatum:
/

Liebe alle*,

hiermit möchte sich die Student*innenschaft der Universität Vechta erneut als Mitglied für den Ausschuss der Student*innenschaften (AS) bewerben. Wir sind flexibel, belastbar, kreativ, innovativ, begeisterungsfähig, teamfähig und kreativ. Auf Wunsch erfolgt eine nähere Vorstellung mündlich.

Mit solidarischen Grüßen

Biografie

/

fzs-MV

54. Mitgliederversammlung
des fzs -11.-13. März '16 in Marburg

54-10-3-HF1

Name: Christian Cordts

Gegenstand: TOP 10: Wahlen

Bewerbung Christian Cordts

Geschlecht:

männlich

Geburtsdatum:

21.11.1990

Liebe MV, hiermit kandidiere ich für den Ausschuss Hochschulfinanzierung und -struktur. Ich bin bereits seit der Frühjahrsvollversammlung 2015 Mitglied des Ausschusses Studienreform, davor war ich u.a. Referent für Hochschulpolitik im AStA sowie in verschiedenen Gremien der akademischen Selbstverwaltung (u.a. Senatskommissionen für Lehre & Studium sowie für Forschungskommission des Senats) an der Uni Göttingen aktiv gewesen. Ich sehe verschiedene Schnittmengen zwischen den Themenbereichen Studienreform und Hochschulfinanzierung und möchte durch die Arbeit in beiden Ausschüssen auch zu einem besseren Austausch bzw. einer besseren Zusammenarbeit beitragen.

Biografie

Studiere in Göttingen Politikwissenschaften, HoPo-Leben kann u.a. dem Bewerbungstext entnommen werden.

fzs-MV

54. Mitgliederversammlung
des fzs -11.-13. März '16 in Marburg

54-10-AD1

Name: Corinna Kalkowsky

Gegenstand: TOP 10: Wahlen

**Bewerbung
Corinna „Coo“ Kalkowsky**

Geschlecht:

weiblich

Geburtsdatum:

30.07.1990

Ich möchte mich als Antidiskriminierungsbeauftragte bewerben. Ich bin Studentin der Politikwissenschaft an der Uni Duisburg-Essen und dort auch im AStA als Kulturreferentin tätig. Vor meinem Studium habe ich eine Ausbildung als Erzieherin gemacht. Obwohl ich mich dagegen entschieden habe in diesem Arbeitsbereich zu bleiben, fehlt mir das direkte mit Menschen auseinander setzen, für sie Ansprechperson sein und an dem Umgang mit ihnen durch dritte aktiv zu arbeiten und etwas zu verbessern. Diskriminierung ist in unserer Gesellschaft allgegenwärtig und ich würde mich freuen aktiv daran mitzuwirken dies zu verändern.

Biografie

Ich wurde geboren, Jetzt bin ich hier, dazwischen ist viel passiert. An der Zukunft arbeite ich noch.

fzs-MV

54. Mitgliederversammlung
des fzs -11.-13. März '16 in Marburg

54-10-KPA4

Name: Anna Kirchner

Gegenstand: TOP 10: Wahlen

Bewerbung Anna Kirchner

Geschlecht:
weiblich

Hiermit bewerbe ich mich für den KPA. Ich würde mich freuen zusammen mit Verena Pintatis und Matthias Schröder, Daniel Janke und Jan Cloppenburg diese Aufgabe erledigen zu dürfen.

Geburtsdatum:
20.04.93

Biografie

xxx

fzs-MV

54. Mitgliederversammlung
des fzs -11.-13. März '16 in Marburg

54-10-KPA5

Name: Jan Cloppenburg

Gegenstand: TOP 10: Wahlen

Bewerbung Jan Cloppenburg

Geschlecht:
männlich

Geburtsdatum:
28.09.

Hiermit erkläre ich meine Kandidatur für den KPA. Gerne würde ich meine gesammelte Erfahrung als Finanzier meiner Studierendenschaft und im fzs-Vorstand nutzen, um heutige und künftige Vorstände bei ihrer Arbeit zu unterstützen. Ich freue mich auch auf die Zusammenarbeit mit wem auch immer

Biografie

Bitte fragen

fzs-MV
54. Mitgliederversammlung
des fzs -11.-13. März '16 in Marburg

54-10-KPA-1

Name: Daniel Janke
Gegenstand: TOP 10: Wahlen

Bewerbung Daniel Janke

Geschlecht:
männlich

Geburtsdatum:

Hiermit kandidiere ich für den KPA. Ich würde mich freuen zusammen mit Verena Pintatis und Matthias Schröder diese Aufgabe erledigen zu dürfen. Eine Ausführliche Vorstellung erfolgt mündlich.

Biografie

fzs-MV

54. Mitgliederversammlung
des fzs -11.-13. März '16 in Marburg

54-10-KPA-2

Name: Verena Pintatis

Gegenstand: TOP 10: Wahlen

Bewerbung Verena Pintatis

Geschlecht:
weiblich

Geburtsdatum:

Hiermit kandidiere ich für den KPA. Ich würde mich freuen zusammen mit Daniel Janke und Matthias Schröder diese Aufgabe erledigen zu dürfen. Eine ausführliche Vorstellung erfolgt mündlich.

Biografie

fzs-MV

54. Mitgliederversammlung
des fzs -11.-13. März '16 in Marburg

54-10-KPA-3

Name: Matthias Schröder

Gegenstand: TOP 10: Wahlen

Bewerbung Matthias Schröder

Geschlecht:
männlich

Geburtsdatum:

Hiermit kandidiere ich für den KPA. Ich würde mich freuen zusammen mit Verena Pintatis und Matthias Schröder diese Aufgabe erledigen zu dürfen. Ausführlicheres gerne mündlich.

Biografie

fzs-MV

54. Mitgliederversammlung
des fzs -11.-13. März '16 in Marburg

54-10-ASR-1

Name: Vincent Orth

Gegenstand: TOP 10: Wahlen

Bewerbung Vincent Orth

Geschlecht:
männlich

Ich kandidiere für den Ausschuss Studienreform und werde am letzten Mai Wochenende in VS/PM kooperiert

Geburtsdatum:
01.01.2001

Biografie

mündlich

fzs-MV

54. Mitgliederversammlung
des fzs -11.-13. März '16 in Marburg

54-10-ASR-2

Name: Philipp Droll

Gegenstand: TOP 10: Wahlen

Bewerbung Philipp Droll

Geschlecht:
männlich

Ich kandidiere für den Ausschuss Studienreform, um
den verband besser kennen zu lernen.

Geburtsdatum:
9.9.1999

Biografie

mündlich

fzs-MV

54. Mitgliederversammlung
des fzs -11.-13. März '16 in Marburg

54-10-HF-2

Name: Tine Möller

Gegenstand: TOP 10: Wahlen

Bewerbung Tine Möller

Geschlecht:
weiblich

Hiermit bewerbe ich, Tine Möller, vom AStA Marburg für den Ausschuss Hochschulfinanzierung und -struktur.

Geburtsdatum:
25.11.1990

Biografie

mündlich

54-11-1

AntragstellerInnen: Delegation Uni Hannover

Gegenstand: TOP 11: Initiativanträge

Solidarität mit „Reclaim Feminism“

- 1 Der fzs erklärt sich solidarisch mit dem Bündnis "Re-
- 2 claim Feminism" und der heutigen (12.3.16) Demons-
- 3 tration in Köln, welche (in diesen Stunden) unter dem
- 4 Motto "unser Feminismus ist antirassistisch" anläs-
- 5 slich des Frauenkampftages stattfindet.

Begründung

Mündlich

AntragstellerInnen

Delegation Uni Hannover

54-11-2

AntragstellerInnen: StuRa Uni Heidelberg u.a.

Gegenstand: TOP 11: Initiativanträge

„Keine Zusammenarbeit mit der AfD“ nach den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt und der Kommunalwahl in Hessen

1 Aufgrund des Beschlusses "Keine Zusammenarbeit
2 mit der AfD", ruft der Verband die demokra-
3 tischen Parteien in Baden-Württemberg, Sachsen-
4 Anhalt, NRW, Rheinland-Pfalz und in den kommu-
5 nalen Parlamenten in Hessen dazu auf, nicht mit den potentiell und reell in
6 die Parlamente eingezogenen AfD- Abgeordneten und -Fraktionen zu koope-
7 rieren sowie diese politisch zu isolieren. Es muss demokratischer Konsens sein,
8 dass mit Rechtspopulist*innen kein gemeinsames Wirken möglich ist. Dies gilt
9 verschärft, da sich, wie Recherchen öffentlich-rechtlicher Medien zeigen, immer
10 mehr faschistische Kräfte in der AfD tummeln und dort zusehends an Ein-
11 fluss gewinnen. Auch wenn unser Hauptaugenmerk auf den heutigen Wahlen
12 und der gerade erst stattgefundenen Wahl in Hessen liegt, bekräftigt der fzs
13 die folgende Forderung: "Keine Zusammenarbeit mit rechtsradikalen Parteien,
14 von nichts und niemanden, nirgendwo; in keinen Parlamenten und nicht in der
15 APO oder der Zivilgesellschaft!

Begründung

Der Beschluss „Keine Zusammenarbeit mit der AfD“ beschränkt sich auf die verbandsinterne Arbeit, allerdings sollte der Verband auch in die Öffentlichkeit kommunizieren, dass die AfD keine Alternative für eine politische Zusammenarbeit für Demokrat*innen bietet.

AntragstellerInnen

StuRa Uni Heidelberg, StuRa Uni Freiburg, AS-
tA PH Heidelberg, StuRa Uni Magdeburg, AStA
Duisburg-Essen, SprecherInnenrat Uni Regensburg,
StuV Uni Würzburg, AStA Marburg, AStA Hochschule
Niederrhein-Krefeld-Mönchengladbach, SprecherInnenrat Uni Passau, AStA
Uni Vechta, AStA Uni Lüneburg, AStA Uni Hannover, AStA Uni Bonn